**BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**
18. Wahlperiode

Plenarprotokoll 18/36
24. 08. 05

36. Sitzung

Mittwoch, 24. August 2005

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 1831 A

Abwicklung, Änderung und Ergänzung der **Tagesordnung** 1831 A

Aktuelle Stunde 1831 A

Fraktion der GAL:

Energiepolitik: Hin zu Uldall oder weg vom Öl?

Christian Maaß GAL 1831 B, 1838 C
Hartmut Engels CDU 1832 B
Ingo Egloff SPD 1833 A, 1840 C
Gunnar Uldall, Senator 1834 A, 1838 A, 1839 B
Jens Kerstan GAL 1835 A, 1841 B
Barbara Ahrons CDU 1836 A
Dr. Michael Freytag, Senator 1836 D
Dr. Monika Schaal SPD 1837 A, 1841 D
Dr. Andreas Mattner CDU 1839 D
Dr. Diethelm Stehr CDU 1842 A

Fraktion der CDU:

WM 2006: Hamburg feiert Fußball

Dr. Andreas Mattner CDU 1842 C
Jürgen Schmidt SPD 1843 B, 1846 D
Dr. Verena Lappe GAL 1844 A, 1847 C
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin 1845 B
Lars Dietrich CDU 1846 A

Fraktion der SPD:

Stadtvertreibungspolitik als Programm? – Der Senat und die Kleingärtner

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union
– Drs 18/2645 – 1848 B

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde
– Drs 18/2726 – 1848 B

Ergebnisse 1852 C

Antrag der Fraktion der CDU:

Einsatz von LED-Lichtsignalanlagen auf Hamburger Straßen
– Drs 18/2693 – 1848 C

Klaus-Peter Hesse CDU 1848 C
Karin Timmermann SPD 1849 B
Jörg Lühmann GAL 1849 D

Beschluss 1850 A

Senatsmitteilung:

Schnelle Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder
– Drs 18/2649 – 1850 B

Heiko Hecht CDU 1850 B

Ingrid Cords SPD 1850 D
Jörg Lühmann GAL 1851 D
Dr. Michael Freytag, Senator 1852 B
Beschluss 1852 C

Bericht des Rechtsausschusses:

Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Landesrechts
– Drs 18/2421 – 1852 D
Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU 1852 D
Rolf-Dieter Klooß SPD 1853 C
Dr. Till Steffen GAL 1854 C, 1856 D
Roland Heintze CDU 1855 C
Dr. Andreas Dressel SPD 1856 C
Beschlüsse 1857 A

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Chaos beim Büchergeld: Alles wird teurer – nichts wird besser
– Drs 18/2602 – 1857 C

und

Antrag der Fraktion der SPD:

Keine Studiengebühren für das Erststudium
– Drs 18/2472 – 1857 C
Britta Ernst SPD 1857 C, 1862 D
Dittmar Lemke CDU 1859 A
Christa Goetsch GAL 1860 B, 1864 A
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin 1861 D
Robert Heinemann CDU 1863 C
Dr. Barbara Brüning SPD 1864 B
Wolfgang Beuß CDU 1865 B
Dr. Heike Opitz GAL 1865 D
Beschlüsse 1867 B

Große Anfrage der Fraktion der GAL:

Jugendarbeitslosigkeit und Jugendhilfe in Hamburg
– Drs 18/2422 – 1867 B
Gudrun Köncke GAL 1867 C
Egbert von Frankenberg CDU 1868 D
Gesine Dräger SPD 1869 C, 1872 A
Gunnar Uldall, Senator 1870 D, 1872 A
Hans-Christoff Dees SPD 1873 D
Beschlüsse 1875 A

Senatsmitteilung:

E-Government – Service für Bürger und Wirtschaft
– Drs 18/2476 – 1875 A
Kai Voet van Vormizeele CDU 1875 A
Jan Peter Riecken SPD 1875 D
Farid Müller GAL 1876 B
Beschluss 1877 A

Bericht des Rechtsausschusses:

Bericht der Sonderkommission zur Überprüfung der Hamburger Justizvollzugsanstalten
– Drs 18/2582 – 1877 B
Dr. Andreas Dressel SPD 1877 B
Viviane Spethmann CDU 1878 B
Dr. Till Steffen GAL 1879 C
Beschlüsse 1881 A

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben sich die Fraktionen darauf verständigt, zwei Debattenpunkte miteinander zu tauschen. Die ursprünglich für heute vorgesehene Debatte zu TOP 11, Große Anfrage der GAL-Fraktion zur Gesundheit in Haft, findet nun morgen statt.

Die für morgen vorgesehene Debatte zu TOP 8, Große Anfrage der GAL-Fraktion zur Jugendarbeitslosigkeit und Jugendhilfe in Hamburg, wird dafür auf den heutigen Tag vorverlegt.

Darüber hinaus haben die Fraktionen beschlossen, die Tagesordnung um einen weiteren Punkt zu ergänzen. Es handelt sich hierbei um die Drucksache 18/2747, ein interfraktioneller Antrag, der als Tagesordnungspunkt 73 nachträglich aufgenommen worden ist.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Hierzu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Energiepolitik: Hin zu Uldall oder weg vom Öl?

von der CDU-Fraktion

WM 2006: Hamburg feiert Fußball

B und von der SPD-Fraktion

Stadtvertreibungspolitik als Programm? – Der Senat und die Kleingärtner

Ich rufe auf das erste Thema. Das Wort wird gewünscht. Der Abgeordnete Maaß hat es.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, Meine Damen und Herren! In der Sommerpause war in den Zeitungen zu lesen, dass der Bürgermeister die Kompetenz in Sachen Energiepolitik von Senator Freytag auf Senator Uldall übergehen lassen wolle.

Mir sind beim Lesen dieser Nachricht zwei Gedanken gekommen, ein eher zustimmender und ein eher fragender. Der zustimmende Gedanke bestand darin, dass man eigentlich einen Zuwachs an Kompetenz beim Wirtschaftssenator gerade in der Energiepolitik nur begrüßen könnte.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Insoweit kann ich das Ziel des Bürgermeisters auch verstehen. Aber daran schließt sich der fragende Gedanke an. Das ist der Gedanke: Warum vermutet der Bürgermeister diese fehlende Kompetenz in Sachen Energiepolitik ausgerechnet bei seinem Umweltsenator? Und damit bei einem Senator, der in seiner Amtszeit noch keine einzige eigene Initiative zum Klimaschutz und zur Energiepolitik präsentiert hat.

(*Michael Neumann SPD*: Nicht nur da!)

Man muss sich fragen: Gibt es hier tatsächlich überhaupt etwas an überschießender Kompetenz, die man entziehen oder übertragen könnte?

(Beifall bei der GAL und der SPD) C

Das Hauptproblem in der Energiepolitik dieses Senates scheint mir vornehmlich darin zu liegen, dass es in diesem Senat schlichtweg kein Interesse an einer zukunftsfähigen Energiepolitik gibt. Die Bürgerschaft wartet jetzt, glaube ich, seit beinahe fast einem Jahr auf ein energiepolitisches Konzept. Das hat der Senat großartig angekündigt, aber bisher haben wir überhaupt nichts vorgelegt bekommen.

Hamburg braucht aber dringend ein energiepolitisches Konzept. Ein Konzept, was nicht nur für die Stabilisierung der Energiepreise, sondern auch für mehr Klimaschutz in dieser Stadt sorgt.

(Beifall bei der GAL)

Wir erleben in diesen Tagen auch genau das, was die Klimaforscher vorhersagen und vorhergesagt haben, nämlich eine deutliche Zunahme extremer Wetterereignisse. Hiermit meine ich nicht den Sommer auf Sylt, auch wenn das vielleicht ein extremes Wetterereignis war, was dem Senat ein bisschen näher geht. Ich meine hiermit eher die Hitzewellen und Dürren in Südeuropa sowie die tagelangen sintflutartigen Regenfälle im Alpenraum, verbunden mit den verheerenden Schäden für die Volkswirtschaften, Leib, Leben und Eigentum der Betroffenen, die ganz beträchtlich sind.

Besonders besorgniserregend sollten für uns alle auch die jüngsten wissenschaftlichen Berichte sein, wonach die arktischen Dauerfrostböden auftauen und Treibhausgase in unvorstellbaren Mengen abzugeben drohen.

Gerade hinsichtlich dieser sehr ernsten Ereignisse und Bedrohungen ist Klimaschutz kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, die ein ganz entschiedenes Umsteuern in der Energiepolitik erfordert. D

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Daher wäre es ein verheerendes Zeichen, wenn für die Energiepolitik in dieser Stadt zukünftig nicht mehr derjenige Senator zuständig ist, dem auch der Umweltschutz unterliegt, sondern ein Senator, der in dem Umweltschutz bisher nur ein Wettbewerbshindernis sieht. Das ist Herr Senator Uldall.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Genau diese Haltung machen wir dem Senat zum Vorwurf. Der Senat muss endlich begreifen, dass das Engagement im Klimaschutz mittelfristig ein Wettbewerbsvorteil ist. Der Senat spricht immer nur von den Kosten, die die erneuerbaren Energien und Energieeffizienzprogramme häufig produzieren. Sicher, solche Programme und erneuerbaren Energien kosten Geld und sind auch in vielen Bereichen noch nicht wettbewerbsfähig oder stehen erst an der Schwelle zur Wettbewerbsfähigkeit. Aber sie stehen auch an der Schwelle hierzu und werden in einigen Jahren wettbewerbsfähig sein. Die Volkswirtschaft, die dann die Technologien auf dem Weltmarkt anbieten kann, hat dann ganz große Potenziale vor sich. Das sind die Chancen, die der Senat einmal erkennen sollte.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Eine Regierung, die in Energieeinsparungen und erneuerbaren Energien investiert, schafft hier in Hamburg in der Bauwirtschaft und im Mittelstand Arbeitsplätze, an-

statt das Geld für Öl-, Gas- oder Kohleimporte zu bezahlen. Ich bin der Ansicht, dass dieses Geld in den 40 000 Arbeitsplätzen, die die Windenergie allein hier in Norddeutschland vorweisen kann, besser angelegt ist, als auf dem Konto irgendeines Kronprinzen oder Scheichs in Saudi Arabien oder Katar.

(Beifall bei der GAL)

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, welcher nun wirklich nicht grüner Umtriebe verdächtig ist, hat jüngst erwähnt, dass erneuerbare Energien die Energiepreise stabilisieren. Das war in der letzten Zeit die Hauptdebatte in der Energiepolitik. Stabile Energiepreise sind gerade für die deutsche Wirtschaft so wichtig.

Eine Volkswirtschaft, die heute in erneuerbare Energien investiert, macht sich unabhängiger von den Öl- und Gaslieferungen aus dem Ausland. Das sollten Sie sich einmal vor Augen halten, wenn Sie hier auf erneuerbare Energien herumhacken. Genau das ist das Problem und damit komme ich auch

(Glocke)

zum Ende, Herr Präsident.

Wir müssen endlich eine Diskussion ansetzen, wie die Energiepolitik vom Öl und Atom weggezogen und nicht hin zu Uldall geführt wird.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter Engels, darf ich das als Wortmeldung deuten? – Vielen Dank. Dann bekommen Sie es.

Hartmut Engels CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Maaß, Sie haben soeben einmal wieder vorgeführt, wie Sie mit einem großen Blick in die Luft die großen Ziele des Klimaschutzes und Ihre Energiepolitik betreiben wollen. Sie haben jetzt diese Politik auch einige Jahre betrieben, worauf ich noch eingehen werde. Aber entscheidend ist, dass wir eine realitätsgenaue Energiepolitik benötigen. Diese Politik betreibt der Senat und insbesondere, auch zugunsten unserer Stadt, Gunnar Uldall.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen, welche Probleme wir nicht nur in dieser Stadt sondern in ganz Deutschland mit den gestiegenen Energiekosten haben. Das ist ein entscheidender Punkt, der im Übrigen auch – und das werde ich Ihnen gleich ausführen – ökologische Auswirkungen haben wird.

Ein wirklich ökologisch erfolgreicher Standort ist entscheidend daran gebunden, dass er auch ökonomisch erfolgreich ist. Diese Politik werden wir jetzt zielgemäß fortsetzen und nicht die Traumpolitik von Herrn Trittin oder Frau Künast fortführen.

(Beifall bei der CDU)

Sie bejammern jetzt die gestiegenen Kosten, die die beiden soeben genannten Minister in Berlin zu verantworten haben. Hier werden alle möglichen Schuldzuweisungen gegeben. Es sind aber die Grünen gewesen, die immer darüber gejammert haben, dass die Energiepreise eigentlich zu niedrig seien, und zwar vor allen Dingen mit dem Ressourcenargument und insbesondere auch hinsichtlich der mangelnden Konkurrenzfähigkeit gerade wegen der Kosten der regenerativen Energien. Sie können sich jetzt nicht hinstellen und jammern, dass die Energiekosten zu hoch sind, wo Sie selber die Grundlage geschaffen haben, dass die Energiepreise höher sein müssten.

(*Farid Müller GAL*: Das ist doch Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch. Lesen Sie in Ihren alten Äußerungen nach.

(Beifall bei der CDU)

Es sind vonseiten dieses Senats – Sie haben den Namen Uldall genannt, was aber genau auch für Freytag und insbesondere auch für unseren Bürgermeister gilt – die Sorgen um eine der entscheidenden Entwicklungsgrundlagen für unsere Stadt, nämlich die Sorgen um die Energiepreise. Hier nützt auch nicht das Vorlegen von irgendwelchen Konzepten, sondern es ist besser, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Energieversorgung dieser Stadt preisgünstig und auch gesichert werden kann.

(*Ingo Egloff SPD*: Dann machen Sie das doch mal!)

Diese Gedanken werden sich dauernd gemacht. Das wissen Sie, aber diese werden von Ihnen kritisiert.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Die sind wohl geheim!)

Es gibt für die Kostensteigerung natürlich sehr viele Gründe. Ein Hauptgrund, welchen Sie überhaupt nicht verneinen können, ist natürlich die Entwicklung am Weltmarkt. Aber darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen. Ich möchte Ihnen am Beispiel der Windenergie vorführen, dass auch so genannte regenerative Energien ihre gewaltigen Kostensteigerungsmomente haben, die Sie nicht einfach ver- und ableugnen können, sondern Sie müssen sie in eine realistische Energiepolitik mit einbeziehen. Nur dann können Sie auch – und das wollen wir auch – alternative Energien auch wirklich fördern, wenn man sie ernsthaft und realistisch behandelt.

Ich will das am Beispiel der Windenergie einmal vorführen. Wir haben europaweit in Deutschland 50 Prozent aller Windenergiekraftwerke. Allein unser hamburgisches Energieversorgungsunternehmen Vattenfall/HEW macht dabei einen Bestandteil von 40 Prozent wiederum der deutschen Produktion aus. Es ist nicht so sehr die Einspeisevergütung, die zu einer Kostensteigerung beiträgt. Diese trägt zwar auch dazu bei, aber sie ist nicht entscheidend. Sie müssen einfach wissen, dass der Wind und insbesondere die Windschwankungen der entscheidende Grund ist, weswegen die Kosten für dieses Beispiel Windenergie besonders hoch sind.

Sie können davon ausgehen, dass allein für zehn Windkraftwerke in gleicher Kapazität normale konventionelle Kraftwerkskapazitäten bereitgehalten werden müssen, weil der Wind einfach nicht dauernd weht. Diese Ersatzmaßnahmen können nicht nur leer herumstehen, sondern müssen gewartet und betreut sowie für den Fall eines Falles auch eingesetzt werden, und zwar in 80 Prozent der Fälle. Der Wind weht eben nicht immer und das trägt insbesondere bei uns zu erheblichen Kostensteigerungen bei.

Diese Kostensteigerungen nennen Sie überhaupt nicht, sondern Sie reden davon, dass es nur noch mit alternativer Energie laufe. Das funktioniert nicht. Wir haben einen

erfreulichen Anstieg der Windenergiebeiträge. Sie schaffen auch eine CO_2-Minderung, aber sie sind nicht das Allheilmittel. Das ist eine Sache, die ich Ihnen weiterhin nachhaltig vorwerfe.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL*: Na, wenn das mal nachhaltig ist, Herr Engels! – Glocke)

– Gut, ich bin am Ende meiner Redezeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das freut Sie natürlich, aber wir sehen uns noch häufiger.

Ich gehe jedenfalls davon aus und wir sind davon überzeugt, dass die Energiepolitik der CDU eine erheblich realitätsgenauere als die Ihrige ist. Darauf kommt es an. – Dankeschön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Energiepolitik scheint dieses Haus nicht loszulassen. Nachdem wir vor den Ferien feststellen mussten, dass der Senat kein energiepolitisches Konzept hat, obwohl hier in diesem Hause auch mit den Stimmen der CDU beschlossen worden ist, dass bis zur Sommerpause 2005 ein solches vorzulegen war, müssen wir jetzt feststellen, dass nicht nur das Konzept fehlt, sondern anscheinend auch unklar ist, wer für die Energiepolitik zuständig ist.

Im Juli verkündete der Bürgermeister kraftvoll, dass zukünftig der Wirtschaftssenator für die Energiepolitik zuständig sei. Jetzt müssen wir feststellen, dass das Wort des Bürgermeisters anscheinend nichts wert ist,

(*Michael Neumann SPD*: Das ist ja keine Überraschung!)

weil es Herrn Senator Freytag nicht gefällt, dass er die Zuständigkeit für die Energiepolitik verliert. Ich sage ausdrücklich die Zuständigkeit, denn auf die Frage der Kompetenz ist der Kollege Maaß schon zu Recht eingegangen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Kompetenz konnten wir bei Herrn Freytag bisher nicht feststellen, weil er sich um den Bereich überhaupt nicht gekümmert hat. Aber wie gesagt, es geht hier um Zuständigkeiten und wahrscheinlich auch darum, was man zu seinem Bereich zählen darf. Wenn es dann um Einfluss oder vermeintlichen Einfluss geht, dann kämpft man natürlich auch darum, einen solchen Bereich zu behalten, obwohl man sich bisher in diesem Bereich durch Sachkenntnis und Sachpolitik nicht ausgezeichnet hat.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ob allerdings die Übertragung dieses Bereiches auf die Wirtschaftsbehörde und auf Herrn Uldall sehr weise ist, das muss man – denke ich – angesichts der Dinge, die wir hier vor den Ferien zum Thema Hamburger Aluminiumwerke und Vattenfall diskutiert haben, bezweifeln. Das hat Herr Uldall im Rahmen der Energiepolitik nicht hinbekommen. Wie soll er denn den Rest schaffen?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Jetzt haben wir die Situation, dass nicht so richtig klar ist, wer zuständig ist. Herr Freytag sagt, dass man einen kleinen Teil an die Wirtschaftsbehörde abgeben könnte, vielleicht zwei von 50 Mitarbeitern, aber den Rest möchte er gern behalten. Herr Uldall sagt natürlich, dass er den Rest auch noch erhalten möchte. Der Bürgermeister ist ruhig und entscheidet nicht,

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Der hat doch keine Ahnung!)

wie er das in vielen Dingen in dieser Stadt immer macht. Er hält sich heraus, zum Nachteil der Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Herr Engels hier sagt, dass Energiepolitik ein Feld für die Zukunft dieser Stadt ist, dann muss dieser Bürgermeister entscheiden, wo dieser Bereich angesiedelt wird, und zwar schnell.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nichts ist schlimmer, als wenn man die Zuständigkeiten aufteilt. Wer vertritt Hamburg auf Bundesebene? Keiner weiß, wie das gehen soll. Es gibt Abstimmungsprobleme. Das ist keine Linie. Das zeugt nicht von Führungskraft dieses Bürgermeisters.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Frage ist natürlich, welche energiepolitische Linie und welches energiepolitisches Konzept der Senat überhaupt hat. Hier hat er uns bisher im Dunkeln gelassen, auch wenn Herr Engels ausführt, dass ständig darüber nachgedacht wird. Aber irgendwann muss man das auch offenkundig werden lassen, worüber man nachdenkt. Das vermissen wir bisher.

Wenn Frau Merkel verkündet, dass sie die Atomkraftwerke länger laufen lassen will, hätte das zur Folge, dass die Energiekonzerne dicke Extraprofite machen, weil sie Gegenleistungen abgelehnt haben. Das Ergebnis wäre, dass Kosten von 10 Milliarden Euro im Energiebereich nicht investiert werden, die der deutschen Industrie und Bauwirtschaft fürwahr gut tun und dafür sorgen würden, dass wir einen modernen Energiepark hätten.

(Zuruf von *Barbara Ahrons CDU* – Beifall bei der SPD und der GAL)

– Frau Ahrons, wir haben immerhin dafür gesorgt, dass der Atomausstieg festgelegt ist. Davon wollen Sie sich in der Weise verabschieden, wie ich das soeben skizziert habe, ohne selber ein Konzept zu haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Frage stellt sich doch, wo eine Energiepolitik hinführen soll, die auf Atomstrom setzt, obwohl heute schon klar ist, dass das Uran schneller als beispielsweise Erdgas zu Ende ist. Warum setzt dieser Senat nicht auf Ressourcenschonung? Warum stellt sich Herr Uldall hier hin und hält Reden gegen regenerative Energien? Herr Maaß hat darauf hingewiesen, welche Chancen für die deutsche Wirtschaft darin liegen, dass wir diese Technologien vorantreiben und in unserem Land einsetzen. Das sind auch Exportchancen für die deutsche Wirtschaft. Dieser Wirtschaftssenator setzt diese leichtfertig aufs Spiel.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man muss sich nur einmal ansehen, welche Firmen wir hier im Hamburger Bereich haben, die sich mit Wind- und

Solarenergien beschäftigen. Das sind kleine, mittelständische und auch größere Unternehmen, alles Arbeitsplätze dieser Stadt. Und dieser Wirtschaftssenator sagt, dass regenerative Energie nicht auf unserer Agenda steht.

(*Barbara Ahrons CDU*: Stimmt ja gar nicht!)

Das ist nicht nur schlechte Energiepolitik, sondern auch schlechte Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir müssen also feststellen, dass der Senat kein energiepolitisches Konzept hat. Der Bürgermeister entscheidet nicht, wer hierfür zuständig ist. Die Energiepolitik der CDU ist rückwärts gewandt. Gute Nacht, schlafen Sie weiter!

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor der Sommerpause wurde die grundsätzliche Entscheidung getroffen, dass die Zuständigkeit für energiepolitische Fragen von der BSU zur Behörde für Wirtschaft und Arbeit verlagert werden sollte. Wir waren uns einig, dass nach der Sommerpause Einzelheiten und die Abgrenzung im Einzelnen zu klären ist.

In fast allen Bundesländern liegt die Kompetenz für die Energiepolitik beim Wirtschaftsministerium. Auch in der Bundesregierung ist es so geregelt und nur zwei oder drei Länder machen hier eine Ausnahme.

(*Jürgen Schmidt SPD*: Das ist ja ein starkes Stück!)

Die Neuregelung in Hamburg wird sich an den Regelungen ausrichten, die in anderen Bundesländern üblich sind. Hier besteht zwischen Senator Freytag und mir eine volle Einigkeit.

(*Michael Neumann SPD*: Wieso haben Sie dann vier Jahre dafür gebraucht?)

Die Einigkeit besteht auch darin, dass ein Übergang im Oktober erfolgen soll. Insofern gibt es überhaupt gar keinen Anlass, hier aufgeregte Reden zu halten. Diese Vorgehensweise entspricht genau der Maßnahme, die bei anderen Aufgabenverlagerungen üblich ist. Wir werden daher nicht, weil Herr Egloff hier eine Rede gehalten hat, von dieser besonnenen Überlegung abgehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage, wie das verwaltungstechnisch gelöst wird, ist nicht so wichtig wie die Frage, wie wir die Energiepolitik in Deutschland überhaupt gestalten. Dabei wird immer deutlicher, dass Energiepolitik ein wichtiges Instrument der Arbeitsmarktpolitik ist. Eine falsche Energiepolitik vernichtet Arbeitsplätze.

(*Jens Kerstan GAL*: Genau!)

Wer hätte das bitterer zu spüren bekommen, als wir in Hamburg. Wir haben genau vor Augen, wie schwer im Moment die Situation bei den Hamburger Aluminiumwerken ist. Der Betriebsrat in Finkenwerder, das Bundeswirtschaftsministerium in Berlin und meine Behörde arbeiten sehr eng zusammen, um eine Lösung für die Fortführung der Arbeitsplätze auf Finkenwerder zu finden. Ich wünschte mir manchmal, dass mir hierbei mehr Unterstützung aus diesem Hause gegeben würde, als das durch polemische Reden geschieht.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das wollen Sie doch gar nicht!)

Wir werden eine Nachfolgeregelung für die Aluminiumwerke nur dann finden, wenn wir einem zukünftigen Betreiber zeigen können, dass Stromversorgung in Deutschland zu erträglichen Preisen möglich und dauerhaft gesichert ist. Eine Stromversorgung, die auf Wind baut, kann nicht Basis für eine Industrienation sein. Ein gesunder Energiemix, Herr Maaß, ist erforderlich. Gerade hinsichtlich des Klimaschutzes benötigen wir hier bei uns in Deutschland auch die Kapazität von Kernkraftwerken.

Sie haben bisher immer noch nicht die Antwort auf die Frage gegeben: Wo kommt eigentlich der Strom her,

(*Jürgen Schmidt SPD*: Aus der Steckdose!)

wenn kein Wind weht, Herr Maaß? Diese Frage müssen Sie beantworten, ansonsten sind Sie mit Ihrer Energiepolitik unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL*: Wir nehmen die heiße Luft aus Ihrem Büro!)

Lassen Sie mich abschließend noch einige Sätze zum Stand unserer Bemühungen um die Aluminiumwerke sagen. Wir haben zunächst die Zustimmung der drei Altgesellschafter erreichen müssen, dass sie bereit sind, mit neuen Interessenten zu verhandeln.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Gibt es dort kein Telefon?)

Dieses ist gelungen. Das ist nicht immer ganz einfach, weil die drei Altgesellschafter unterschiedliche Unternehmensinteressen verfolgen und wir daher immer mit drei Partnern auf der anderen Seite verhandeln müssen.

Der heutige Stand ist, dass wir mit sieben Investoren im Gespräch sind. Sie sind an einer Übernahme interessiert, wobei die Ausgangslage bei diesen Investoren völlig unterschiedlich ist. Einige sind nur national und andere auch international tätig. Es gibt Finanzinvestoren, allerdings mit Alu-Erfahrung, und es gibt teilweise Aluminiumproduzenten, Aluminium-Weiterverarbeiter oder Investoren, die ähnliche Produkte herstellen.

Die Verhandlungen werden von ALCOA, einem der drei Gesellschafter mit Sitz in Philadelphia, geführt. Das verdeutlicht noch einmal, wie schwer es für uns ist, die Verbindung zwischen den Altgesellschaftern und den neuen Interessenten herzustellen.

Inzwischen ist eine Datenabfrage durch die Altgesellschafter bei den Investoren erfolgt. Man ist dabei, sich die Konzepte vorlegen zu lassen, wie man sich die Fortführung vorstellt, beispielsweise hinsichtlich Strombezug oder der Oxidversorgung. Wir drücken in dieser Frage ständig auf das Tempo, weil wir keine Zeit zu verlieren haben.

(*Ingo Egloff SPD*: Die haben Sie schon verloren!)

Die Gesellschafter, die sich für eine Übernahme interessieren, erhalten jetzt hoffentlich einen Einblick in die Daten.

Lassen Sie mich das Fazit ziehen, dass wir sehr gute Interessenten haben, die eine Gewähr dafür geben müssten, dass die unternehmerische Fortführung für die Ham-

burger Aluminiumwerke möglich ist. Die Altgesellschafter haben versichert, Gespräche führen zu wollen, um die Anteile abzugeben. Bei einem ehrlichen Bemühen könnte ein Erfolg möglich sein. Ich bitte Sie alle, an dieser Lösung mitzuwirken.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, Meine Damen und Herren! Dieser Senat hat in der Energiepolitik einen Kurswechsel angekündigt.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Nach vorne!)

Der bisher für Energiepolitik zuständige Senator Freytag bekommt die Kompetenz entzogen. Die logische Folgerung, die man aus dieser Handlung ziehen kann, ist, dass Herr Senator Freytag in diesem Bereich versagt hat und ihm daher die Kompetenz entzogen wird.

(*Michael Neumann SPD*: Nicht nur da! – Beifall bei der GAL)

Das Versagen äußerte sich bisher darin, dass es dort keinerlei Aktivitäten gab. Wir haben schon immer darauf hingewiesen, dass der Senator aus diesem Grund für dieses Amt nicht geeignet ist. Nun hat er diese Einschätzung auch von seinem Bürgermeister vernommen, was schon mal bezeichnend ist.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das ist doch dummes Zeug, was Sie da erzählen!)

– Wenn man nichts falsch macht, Herr Ploog, dann kann man doch auch seine Zuständigkeiten behalten. Also muss doch etwas falsch gelaufen sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber wenn wir uns anschauen, wer jetzt die Zuständigkeit für die Energiepolitik erhält, kann man wenig Hoffnung haben, dass es von nun an besser wird. In die Bereiche der Wirtschaft, die diesem Senat wichtig sind, schickt er jemanden anders als Senator Uldall. Bei Beiersdorf und LBK war es Finanzsenator Peiner. Life-Science als neues Kompetenzfeld dieses Senates wird auch nicht von der Wirtschaftsbehörde, sondern von Herrn Dräger als Wissenschaftssenator vorangetrieben.

Herr Uldall hat eine ganz andere Rolle in diesem Senat. Herr Uldall ist dafür zuständig, traurige Botschaften zu überbringen. Herr Uldall ist der Todesengel für die hoffnungslosen Fälle in dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn jetzt also Herr Uldall die Verantwortung für die Energiepolitik übertragen bekommt, dann kann man auch ganz klar feststellen, was Herr Freytag dort falsch gemacht hat und was Herr Uldall in Zukunft tun soll. Herr Freytag hat sich durch Nichtstun ausgezeichnet und hat diesen Bereich nicht weiter bearbeitet. Herr Uldall soll jetzt diesen Bereich beerdigen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Senator Uldall hat auch schon sehr deutlich gemacht, dass es ihm darum geht, die erneuerbaren Energien zu deckeln. Der einzige Bereich in der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren,

– in dem Deutschland weltweit führend geworden ist,

– der mittlerweile einen Exportanteil von mehr als 60 Prozent hält,

– in dem zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind – in den letzten Jahren allein 130 000 und davon nicht wenige in Hamburg –

ist der Bereich der erneuerbaren Energien und, Herr Uldall, das ist wesentlich mehr als nur Windenergie. Sie scheinen immer nur zwei Energieformen zu kennen, Atomenergie und Windenergie.

(Heiterkeit bei der GAL)

Das zeigt schon einmal, dass Sie in diesem Bereich auch nicht viel Ahnung haben, Herr Uldall. Vielleicht kann man Sie hier einmal belehren.

Es gibt die Windenergie und die Solarenergie. Es gibt Biomasse und auch Kraftwärmekopplung sowie weitere Dinge. Wovon wir allerdings wegkommen müssen, ist die Atomenergie.

Dieser Senat und auch die "Möchtegern-Kanzlerin" Frau Merkel, die bei der Schaffung von Arbeitsplätzen immer sehr undeutlich ausführen, was sie tun wollen, haben unmissverständlich eines klar gemacht, was sie tun werden, und zwar, dass der Atomausstieg auf die lange Bank geschoben wird.

Genau die Konzerne, die im Moment für die hohen Energiepreise verantwortlich sind und weshalb die HAW jetzt mit dem Rücken an der Wand steht, nämlich die Atomstrombetreiber, werden von diesem Senat dadurch belohnt, dass sie jetzt ihre Atomkraftwerke länger betreiben können. Voll abgeschriebene Atomkraftwerke sind praktisch Gelddruckmaschinen, die die horrenden Gewinne der Stromproduzenten in Zukunft noch weiter erhöhen. Herr Bürgermeister, ist das die Wirtschaftskompetenz, die Sie meinen, in Zukunft zum Wohle dieser Stadt einsetzen zu wollen?

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfhard Ploog CDU*: Wie viele Kernkraftwerke haben wir denn in Hamburg?)

– Ja, eines weniger in Stade. Nur ein Reaktor und eine tickende Zeitbombe weniger zum Nutzen der jetzigen und auch der zukünftigen Generation, Herr Ploog.

(*Wolfhard Ploog CDU*: In Hamburg?)

Das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es wird deshalb nicht nur bei der Energiepolitik dieses Senats, sondern auch bei der nächsten Bundestagswahl darum gehen, ob in den nächsten vier Jahren weiterhin vier Atomkraftwerke abgeschaltet werden, ob in Gorleben ein nicht geeigneter Standort für ein Atomendlager von der CDU weiter ausgebaut wird und es wird darum gehen, ob wir weg vom Öl kommen, dass wir nicht mehr abhängig sind von Krisenregionen, ob wir auch weiterhin den Amerikanern in ihren außenpolitischen Abenteuern zur Sicherung der Ölversorgung durch Kriegseinsätze folgen wollen oder ob wir einen Weg gehen, weg von Öl hier in Hamburg und in Deutschland zum Wohle der Umwelt, des Klimaschutzes, aber auch zum Wohle der Wirtschaft und neuer Arbeitsplätze. Darum ist diese Verlagerung der Kompetenz zu Herrn Uldall ein schlechter Tag

für Hamburg, aber auch für die Energiepolitik in diesem Land. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen zählen die hohen Energiepreise neben dem immens hohen Kostenfaktor Arbeit zu den größten Standortnachteilen Deutschlands im internationalen Wettbewerb.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der GAL)

An dieser Misere trägt die rotgrüne Bundesregierung reichlich Schuld.

(*Nebahat Güçlü GAL*: Wieder einmal!)

Energiepolitik ist ein zentraler Standortfaktor für Gewerbe und Industrie. In einigen Branchen ist sogar die Energie Produktions- und Kostenfaktor Nummer eins. In ganz Deutschland stehen circa 600 000 direkte und dazu indirekt noch einmal 1,5 Millionen Arbeitsplätze in der stromintensiven Branche auf dem Spiel, ganz zu schweigen von den Neuansiedlungen ausländischer Unternehmen in Deutschland.

Die Entscheidung zur Schließung der Hamburger Aluminiumwerke aufgrund der im internationalen Vergleich viel zu hohen Strompreise zeigt uns doch, wie konkret die Gefahr auch für Hamburg ist.

(*Jens Kerstan GAL*: Woran liegt das?)

Preistreibend auf die Energiepreise wirkte in erster Linie die ideologisch bedingte Entscheidung der Bundesregierung, isoliert eine weltweite Vorreiterrolle – verbunden mit einer Übersubventionierung erneuerbarer Energien – für den Umwelt- und Klimaschutz einzunehmen.

(Zurufe von der GAL)

Steuer- und Abgabenerhöhungen wurden gezielt zur Erhöhung von Energiepreisen eingesetzt, um ideologische Zielsetzungen zu unterstützen. Auf Energieversorgerseite ist es in Folge der Liberalisierung des Energiemarktes zu einer Oligopolstellung gekommen, deren Entwicklung die Bundesregierung lange tatenlos geschehen lassen hat.

(*Christian Maaß GAL*: Wer war denn verantwortlich dafür?)

Wir brauchen eine neue, zukunftsfähige und wirtschaftsfördernde Energiepolitik, einen Energiemix, der einen ausgewogenen Beitrag regenerativer Energien genauso vorsieht wie die Fortentwicklung aller weiteren technologisch zukunftsfähigen Energiequellen. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Union tritt für eine aktive Forschungspolitik ein, die mit Innovationen auf dem Energiesektor verbunden ist. Wir setzen uns für die unverzügliche Bereitstellung neuer Kraftwerkskapazitäten in Deutschland, speziell in Norddeutschland ein.

(*Farid Müller GAL*: Das ist doch der blanke Hohn!)

Entscheidend ist dabei der Energiemix aus Kohle, Gas, Wasser, alternativen und regenerativen Energien und auch aus Kernkraft.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden auf Bundesebene den Atomausstieg so gestalten, dass nicht überzogene ideologische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, sondern dass die betriebswirtschaftliche Vernunft über die Laufzeit von Atomkraftanlagen entscheidet. Die Option Kernenergie muss zunächst erhalten bleiben, denn nur so können wir in den nächsten Jahrzehnten überhaupt die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleisten. Ein nicht voll funktionierender Wettbewerb auf dem Energiesektor verhindert nur ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Wir werden uns nicht davor scheuen, den Finger in die Wunde zu legen und Oligopolstrukturen zerschlagen, um damit zu gerechten Preisen für die Konsumenten zu kommen.

(*Michael Fuchs CDU*: Das ist der Punkt!)

Das ist unser Auftrag und das werden wir umsetzen. Mit dieser Politik, bei der wirtschaftliche Notwendigkeiten und Umweltgesichtspunkte gleichermaßen Berücksichtigung finden, werden wir daran arbeiten, die Energiepreise in Deutschland zu senken

(*Doris Mandel SPD*: Habt ihr gerade erfolgreich gemacht bei den HEW!)

und die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen.

Wir werden am 18. September auf Bundesebene unter einer von Angela Merkel geführten Bundesregierung die richtigen Weichen stellen,

(Beifall bei der CDU)

die dazu führen werden, dass wir in Hamburg nicht länger eine wirtschaftsfeindliche Energiepolitik aus Berlin ausbaden müssen.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: So ein Quatsch!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin zunächst einmal sehr dankbar für die Fürsorge der Opposition, die hier offensichtlich Krokodilstränen um mein Portfolio von Zuständigkeiten vergießt. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Ich habe Zuständigkeiten in meinem Beritt, wofür sozialdemokratische Senate drei Senatoren gebraucht haben. Ich bin gut ausgelastet, machen Sie sich keine Sorgen um mich.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Und dreimal so gut gemacht wie Sie!)

Unsere Umweltpolitik ist deshalb so erfolgreich, weil wir Ökologie und Ökonomie nicht als Gegensatz verstehen, sondern als Bestandteile, die zueinander gehören. Hamburg ist mit circa 300 Umweltpartnern aus den Unternehmen das Bundesland mit dem erfolgreichsten Programm "Unternehmen und Ressourcenschutz". Wir sagen, dass Umweltschutz in den Unternehmen stattfinden muss, unsere Programme – ob zum Ressourcenschutz oder Klimaschutz – sind sehr erfolgreich. Allein mit dem Programm "Unternehmen und Ressourcenschutz" sparen wir jedes Jahr für die Hamburger Umwelt 89 000 Megawattstunden Energie, 379 000 Kubikmeter Wasser und 23 500 Tonnen schädliches Treibhausgas CO_2. Unsere Umweltprogramme greifen und das wird auch so bleiben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Jens Kerstan GAL*)

Wir werden aus gutem Grund einen Neuzuschnitt der energiepolitischen Zuständigkeiten vornehmen und – da hier auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen sind, meine Damen und Herren von der Opposition

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Alle 50?)

– dies natürlich kommunizieren und vernünftige Gespräche miteinander und nicht übereinander in der Öffentlichkeit führen. Wir regeln Kompetenzneuordnungen, die sorgfältig vorbereitet werden müssen. Wir schießen dabei nicht aus der Hüfte und brechen auch nichts übers Knie. In solchen Fragen geht Sorgfalt vor Eile. Der Bürgermeister hat völlig Recht, wenn er sagt: In der Ruhe liegt die Kraft.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Eines will ich Ihnen aber schon heute verraten: Alles wird gut!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben gestern im Umweltausschuss erfahren, dass es eine Staatsrätegruppe gibt, die sich dieses Problems angenommen hat und in aller Ruhe verhandeln wird, wie die Kompetenzen verteilt werden. Ich habe der Staatsrätin gewünscht, dass sie sehr lange verhandeln sollen.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Da können Sie doch zufrieden sein, eigentlich!)

Nun zu dem Beitrag von Herrn Uldall. Er hat gesagt, dass eine falsche Energiepolitik Arbeitsplätze vernichten würde. Ich erinnere mich – als wir uns über den Bestand der Hamburger Aluminiumwerke auseinandergesetzt haben –, dass Herr Uldall im Vorfeld des Vermittlungsausschusses zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechtes vollmundig verkündigt hat, sich im Vermittlungsausschuss dafür einzusetzen, dass es zu vernünftigen niedrigen Preisen für die stromintensive Wirtschaft in Hamburg kommen werde. Es ist nichts dabei herausgekommen.

Man muss einmal nach Nordrhein-Westfalen schauen. North Hydro hat seinen Anteil an der Aluminiumproduktion in Neuss konzentriert. Dort ist es offensichtlich möglich gewesen, unter Mitwirkung der verantwortlichen Politik, der Unternehmen und dem Energieversorger – dort RWE – einen Vertrag abzuschließen. Ich frage mich allerdings, warum das in Hamburg nicht möglich gewesen ist, Herr Uldall? Warum haben Sie es nicht geschafft, mit Vattenfall zu vernünftigen Abschlüssen zugunsten der HEW zu kommen?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Noch eine Anmerkung zum Thema, dass eine falsche Energiepolitik Arbeitsplätze vernichten würde.

In Hamburg gibt es mittlerweile 240 Unternehmen, die sich auf allen möglichen Gebieten mit erneuerbarer Energie befassen. Das reicht von der Windenergie bis hin zu Bestandteilen von Modulen zur Solarstromproduktion. Diese 240 Unternehmen haben einen Umsatz von 1,4 Milliarden Euro und eine Wachstumserwartung von 30 Prozent. In dieser Branche arbeiten allein in Hamburg mehr als 1000 Beschäftigte. Um diese Branche kümmern Sie sich überhaupt nicht, obwohl gerade hier die Zukunft der Energiewirtschaft liegt. Es ist doch ein Märchen zu glauben, dass die Preise sinken würden, wenn Herr Uldall als Wirtschaftssenator für Energie zuständig ist.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch weiterhin ein Märchen zu glauben, Frau Ahrons, dass, wenn die Atomkraftwerke länger laufen, die Energiepreise sinken werden. Ihre Kanzlerkandidatin hat bereits mit dieser Forderung Schiffbruch erlitten. Sie hat eine herbe Abfuhr von der Energiewirtschaft bekommen.

(*Wilfried Buss SPD*: Hört, hört!)

Was zu tun ist, konnte man unter anderem auch am 9. August im "Hamburger Abendblatt" nachlesen. Dort wurde zusammengefasst und bestätigt, was Fachleute schon längst raten – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

> "Die beste Reaktion darauf ist ein verminderter Verbrauch oder gar das Umsteigen auf erneuerbare Energien, die nicht erst aus politisch unsicheren Regionen bezogen werden müssen. Die Sonne scheint überall, flächendeckend bläst der Wind und Niedrigenergiehäuser stehen auch nicht nur in Phantasien."

Das Blatt hat Recht. Schon während unserer Regierungszeit förderte die damalige Umweltbehörde übrigens den Bau von Häusern, die kaum Energie verbrauchen. Auch heute unterstützt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Programme im Bereich des Arbeits- und Klimaschutzes, damit Altbauten besser isoliert und gedämmt werden. Die Behörde informiert über das Energiesparen und hat ein Programm – das hat der Senator schon ausgeführt – zum Ressourcenschutz aufgelegt und lässt drei Wasserstoffbusse fahren.

Wir üben insofern daran Kritik, als das alles zu wenig ist und es muss alles in einem Energiekonzept zusammen gebunden werden. Das vermissen wir. Wir vermissen auch, dass die Energieeinsparverordnung in Hamburg nicht umgesetzt wird. Dennoch ist es die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – hier beziehe ich ausdrücklich Position und nehme Partei –, die die Technologien zum Energiesparen und zu mehr Energieeffizienz voranbringt. Das macht nicht die Wirtschaftsbehörde, von ihr haben wir überhaupt noch nichts gehört, obwohl sie auch für die Arbeitsplätze in diesem Bereich zuständig ist; hier wird aber nichts gemacht.

Auch an der Tankstelle führt der Weg an der Umwelt nicht vorbei. Diesel wäre heute noch teurer, wenn ihm nicht bereits bis zu 5 Prozent steuerbegünstigter und umweltfreundlicher Biodieselkraftstoff beigemischt würde. Als Autofahrer im Transportgewerbe fährt man besonders günstig, wenn man voll Biodieselkraftstoff tankt. Dabei kann man Geld sparen und die Umwelt schonen.

Hier kommt aber auch wieder ein Punkt zum Vorschein. Die Ölmühle, ein Hamburger Unternehmen, hat derzeit Investitionen getätigt, um seine Kapazitäten zu verdoppeln. Die Europazentrale von ADM – das ist die Muttergesellschaft der Ölmühle – ist mit 70 Arbeitskräften nach Hamburg gezogen. Das war dem Wirtschaftssenator kein

Antrittsbesuch wert. Energiesparen und erneuerbare Energien im Strom- und Wärmebereich …

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ist Ihnen die Bedeutung des roten Lichts bekannt?

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): – Wenn man es sieht, ja.

Präsident Berndt Röder (fortfahrend): Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Energie und Klimaschutz gehören eng zusammen. Deswegen ist es notwendig, dass die Energiepolitik dort bleibt, wo sie ist: im Bereich der Umweltbehörde. Sonst gibt es viel zu viele Reibungsverluste, die wir nicht wollen. Wir wollen vorankommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Uldall.

(*Jens Kerstan GAL*: Er hat was vergessen!)

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht auf alles eingehen, was Sie, Frau Kollegin Schaal, eben vorgetragen haben. Ein Punkt scheint mir aber absolut korrekturbedürftig zu sein.

Sie hatten eingangs gesagt, ich hätte vollmundig versprochen, mich im Bundesrat für eine Verringerung der Stromkosten einzusetzen. Das ist richtig. Ob das nun vollmundig war, weiß ich nicht mehr, aber ich habe es auf jeden Fall gesagt.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Wenn Sie gesprochen haben: Ja!)

Ich habe mich eingesetzt; auch das ist richtig. Aber falsch ist, wenn Sie sagen, Frau Schaal, es wäre nichts dabei herausgekommen. Im Gegenteil. Wir haben einen sehr großen Erfolg errungen und darüber können wir uns freuen. Es ist uns gelungen, die entsprechende Verordnung, die die Rabattgewährung bei der Durchleitung von Strom durch Netze regelt, so zu ändern, dass ein Unternehmen wie die Hamburger Aluminiumwerke einen Rabatt erhalten dürfen.

(*Christian Maaß GAL*: Sagen sie mal was zum Antrag von Sachsen-Anhalt, den Sie unterstützt haben!)

Dieses ist entsprechend mehrheitlich so verabschiedet worden. Es war eine Initiative des Hamburger Senats. Was bedeutet das?

Es bedeutet, dass neue Verhandlungen über eine entsprechende Preisgestaltung zwischen HAW und HEW Vattenfall möglich waren. Auch hier ist es nicht zuletzt dank meiner Mithilfe gelungen, zu einem Ergebnis zu kommen. Dieses Ergebnis sieht so aus, dass die Hamburger Aluminiumwerke in einer Größenordnung von 7,5 Millionen Euro entlastet werden. Das ist eine echte Politik für die Arbeitnehmer der HAW und für die Aluminiumwerke in Hamburg. Das setzt sich wohltuend ab von dem großartigen Geschrei anderer. Wir haben in dieser Zeit, in der Sie sich erregt haben, hart gearbeitet und sind erfolgreich gewesen.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Das ist auch Ihre Aufgabe! – *Petra Brinkmann SPD*: Dafür werden Sie bezahlt!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, zunächst eine Klarstellung. Sie haben gesagt, dass die Hamburger Aluminiumwerke von den Maßnahmen der Bundesregierung in den Ruin getrieben worden seien. Dazu einige Dinge zur Kenntnis.

Die Aluminiumwerke sind als stromintensiver Betrieb weitestgehend von der Ökosteuer befreit. Es gibt eine Sonderregelung im Gesetz zu erneuerbaren Energien, von der auch die Hamburger Aluminiumwerke profitieren, sodass diese noch nicht einmal selbst – oder Herr Marnette – behaupten, dass das die Ursache für den Kollaps der Hamburger Aluminiumwerke sei, sondern es war eine Forderung vonseiten Vattenfalls, die den Strompreis um 20 Millionen Euro in die Höhe getrieben hätte. Das war der Grund. Sie behaupten hier schlichtweg einfach falsche Dinge.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nun ein Wort zu Senator Uldall, der zukünftig vollständig für die Energiepolitik zuständig sein möchte. Es gab schon in der Vergangenheit Berührungspunkte bei der Energiepolitik; einen davon haben Sie gerade genannt, es gab aber auch noch einen weiteren.

Es gibt mit Vattenfall einen Investor, der angekündigt hat, dass er gern in Hamburg ein großes, modernes und effizientes Kraftwerk mit Kraftwärmekopplung bauen will. Dieser Investor hat bereits einen Standort dafür gefunden, nämlich in Moorburg. Er möchte dort gern dieses Kraftwerk planen und auch bauen. Wer ist es aber jetzt, der diese Planungen behindert? Das ist Senator Uldall, der gerade Krokodilstränen vergossen hat, dass es kein hinreichendes Stromangebot geben würde und die Strompreise in Norddeutschland zu hoch seien. Er hält seine Hand über den Standort in Moorburg und bietet keine anderen Flächen im Hafen an. Die einzige Fläche – das konnte man überraschenderweise lesen –, die offenbar angeboten wird, ist der Standort der Hamburger Aluminiumwerke. Dort soll das Kraftwerk gebaut werden. Welch ein Hohn für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Aluminiumwerke!

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann wurde – auch von Frau Ahrons – gesagt, dass eine falsche Energiepolitik Arbeitsplätze vernichten könne. Das ist richtig. Das betrifft allerdings nicht so sehr den Bereich der erneuerbaren Energien, den wir eher als Wachstumsmotor sehen. Auch für die Industrie – das zeigte das Beispiel der horrenden Durchleitungsgebühren für die Aluminiumwerke – kann es tatsächlich dazu kommen, dass von den Energieversorgern eine Wegelagerei – Herr Marnette sprach von den vier Besatzungszonen – betrieben wird. Dafür gibt es ganz interessante Verantwortlichkeiten, dass das so in Deutschland betrieben werden kann.

Das Energiewirtschaftsgesetz wurde noch von der Kohl-Regierung eingebracht und vom Bundestag verabschiedet. Es hatte zum Inhalt, dass der Energiemarkt und ein natürliches Monopol – nämlich die Stromnetze – privatisiert werden, und zwar ohne dass man dafür eine funktionierende Wettbewerbskontrolle eingeschaltet hat. Herr Senator Uldall hat damals den Grundstein mit dafür gelegt, dass die Strompreise in Deutschland so explodieren und sie unserer Industrie schaden können. Das waren Sie damals, Herr Senator.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das Ganze hat noch eine Fortsetzung gefunden. Herr Senator Uldall, Sie haben gerade von dem Verfahren zur Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes gesprochen und welche Meriten Sie sich verdient hätten. Vielleicht können Sie einmal die ganze Wahrheit erklären.

Wie war denn das? Es hatten sich schon alle gefreut, die großen Stromversorger und sogar die Grünen. Das neue Energiewirtschaftsgesetz wurde endlich noch vor der Wahl verabschiedet. Dann kam auf einmal, als alle schon dachten, dass nichts mehr passieren würde und auch die Strompreise sinken werden, das Land Sachsen-Anhalt mit einem Antrag, in dem stand, dass es bestimmte Bereiche gebe, für die die Regulierungsbehörde nicht zuständig sein müsse. Das wurde von den Bundesländern Brandenburg und von Hamburg unterstützt.

(*Katja Husen GAL*: Bravo!)

Die Financal Times, die wirklich nicht besonders grüner Umtriebe verdächtig ist, schrieb damals, wie es eigentlich angehen könne, dass die großen Energieversorger offenbar ihr Klauen bis in die Vorzimmer und in die Büros der Senatoren in Hamburg und in Sachsen-Anhalt haben. Dafür müssen Sie sich einmal rechtfertigen, Herr Senator Uldall.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Noch ein Wort zu Senator Freytag. Er hat gesagt, dass er jetzt so viele Zuständigkeiten habe wie früher drei Senatoren. Dann hat er Erfolge aufgezählt. Zumindest die Wurzeln dieser Programme – meistens auch die direkten Programme – stammen noch von Senator Porschke. Das zeigt mir erstens, dass es hier eine gewisse Einsicht gibt und dass Sie zweitens kein größeres Eingeständnis der eigenen Überforderung liefern konnten, Herr Senator Freytag.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Herr Senator Uldall.

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Jetzt macht er selbst den Wind!)

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nicht der Auffassung, dass man nach vier oder fünf Gesprächsrunden über unterschiedliche Wertungen diskutieren sollte. Aber wenn explizit falsche Behauptungen in den Raum gestellt werden – so wie Sie es gemacht haben, Frau Schaal –, müssen diese korrigiert werden. Herr Maaß, auch Sie haben eben eine absolut falsche Behauptung in den Raum gestellt.

Es tut immer gut, wenn man sachlich diskutiert. Sie haben eben behauptet, wir hätten dem ausländischen Energieunternehmen, das in Hamburg ein Kohlekraftwerk errichten wollte, keine Fläche zur Verfügung gestellt. Das ist falsch.

(*Katja Husen GAL*: Nein!)

Sie haben dann behauptet, dass wir einzig die Fläche der Hamburger Aluminiumwerke zur Verfügung gestellt hätten.

(*Christian Maaß GAL*: So steht es in der Zeitung! Dann steht es falsch in der Zeitung!)

Das ist falsch, Herr Maaß. Es handelt sich um eine Fläche, die neben den Aluminiumwerken liegt. Damit hätte man eine ganz besonders gute Lösung gefunden, wenn sie realisierbar gewesen wäre,

(Beifall bei der CDU)

weil nämlich keine besonderen Stromdurchleitungskosten zu bezahlen wären. Wenn es möglich gewesen wäre – die Entscheidung trifft letztendlich immer der Investor –, wäre ich durchaus dafür, eine solche Regelung zu treffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Energiepolitik hat eine hervorragende Bedeutung für die Arbeitsmarktsituation in Hamburg. Ich bin strikt dagegen, dass hier eine Politik angekündigt wird oder Dinge in den Raum gestellt werden, die die Interessen der Hamburger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beeinträchtigen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen bitte ich die Sozialdemokraten und die Grünen, in Zukunft mit ihren Behauptungen vorsichtiger zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Mattner.

Dr. Andreas Mattner CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Suchen nach Feindbildern und vor allen Dingen auch unsere ideologischen Debatten bringen uns nicht weiter. Wenn wir zu den Themen zurückkämen, dann wären wir schon weiter.

Feindbilder, ob man sie bei den Energieversorgungsunternehmen oder in der übermäßigen Verteufelung der Windenergie sucht, lösen keine Probleme. Herr Kerstan hält hier eine Bundestagsrede über Frau Merkel – dafür hätten Sie übrigens in diesem Haus keine Kompetenz –, personifiziert und redet über Gunnar Uldall und Senator Freytag. Das löst auch keine Probleme.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Aber die sollen Probleme lösen!)

Wenn überhaupt jemand in Deutschland zur Energiepolitik personifiziert werden kann, dann sitzt er nicht in Hamburg, sondern in Berlin. Wie Sie wissen, kennt die gesamte Wirtschaft diesen Namen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Was reimt sich auf Berlin?)

– Ich brauche ihn nicht auszusprechen, weil ihn jeder in diesem Haus kennt.

Wie war es wirklich mit der Liberalisierung? Fakt ist, dass die Strompreise zunächst enorm heruntergegangen und in einem Tal geblieben sind. Fakt ist aber auch, dass die Energiekosten bezüglich der Abgabenlast seit 1998 um

70 Prozent gestiegen sind. Das heißt, vor allem die Abgabenlast hat uns da hingebracht, wo wir heute sind.

(*Uwe Grund SPD*: Das ist doch nicht wahr!)

Fakt ist auch – das sage ich hier zur Windenergie –, dass ein Energiemix nötig ist. Hier stimme ich selbstverständlich auch mit den Kollegen und auch den Senatoren überein, die Umweltpolitik betreiben.

Frau Schaal, vor allem Sie haben das angesprochen. Ich glaube, kaum eine Stadt legt so viele Programme zu erneuerbaren Energien auf wie Hamburg. Das müssen Sie hier einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Aber ich sage auch, dass mit der völlig einseitigen Bevorzugung der Windenergie Schluss sein muss. Das führt uns nicht zum Ergebnis.

(*Doris Mandel SPD*: So etwas Freches!)

Herr Maaß, Sie sprachen über das energiepolitische Konzept. Das ist hier beschlossen worden und wird kommen. Aber es muss auch sorgfältig vorbereitet werden.

(Lachen bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

– Frau Schaal, Sie lachen. Sie hatten 44 Jahre und die Grünen mehr als ein Jahrzehnt Zeit, für Hamburg ein energiepolitisches Konzept vorzulegen. Wo ist denn Ihr energiepolitisches Konzept? Sie halten Sonntagsreden.

(Beifall bei der CDU)

Das verhält sich genauso mit der Netzkontrolle und der Kohl-Regierung, über die Herr Maaß sprach. Dafür benötigte Rotgrün mehr als sechs Jahre. Sie wissen auch warum: Weil Sie sich nicht grün waren.

Wir haben heute wieder einmal etwas über diesen angeblichen Streit über Zuständigkeiten zwischen den Senatoren gehört.

(*Gesine Dräger SPD*: Angeblich?)

Herr Egloff hat darüber auch gesprochen. Wir wissen jetzt, wer zuständig ist. Das ist nichts Besonderes. Wer allerdings vorher genau zuständig war, Herr Neumann …

(*Michael Neumann SPD*: Vier Jahre habt Ihr gebraucht!)

– Ja, vier Jahre. Wie lange haben Sie denn gebraucht, um die energiepolitische Zuständigkeit genau zu präzisieren?

(*Michael Neumann SPD*: Das lag an Herrn Mettbach! Mettbach wollte Energiepolitik machen!)

Ihre Kollegen auf Berliner Ebene haben die Zuständigkeiten klar zum Wirtschaftsminister gesetzt. Wir regieren seit kurzer Zeit allein in Hamburg, haben sehr schnell gehandelt und diese Standortfrage genau in die richtigen Hände gelegt. Ich verstehe gar nicht diese Aufgeregtheit, denn im Wirtschaftsausschuss waren sich immer alle einig. Schauen Sie einmal nach, wo die Debatten geführt worden sind. Das wissen Sie wahrscheinlich gar nicht. Sie wurden alle im Wirtschaftsausschuss geführt. Darüber hat sich überhaupt kein Mensch beschwert.

(*Gesine Dräger SPD*: Dann waren Sie nicht da!)

– Doch.

Insofern werden Senator Freytag auch keine Kompetenzen entzogen. Das ist völliger Unsinn. Hier wird präzisiert und die Standortfrage der Energiepolitik wird in die wirtschaftlichen Hände gelegt. Das ist richtig.

Sie sagen hier, dass der Bürgermeister irgendetwas nicht entscheiden und sich in dieser Kompetenzfrage Zeit lassen würde. Wer hat jetzt nach dem Krieg eine Entscheidung über die Zuständigkeit der Energiepolitik getroffen? Ich kenne nur einen Bürgermeister. Er heißt Ole von Beust. So bleibt es.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Seit 60 Jahren!)

Ich möchte noch einmal betonen, dass der Senat eine richtige Festsetzung getroffen hat. Energiepolitik ist Standortpolitik. Deswegen brauchen wir die Präzisierung. Es wird so umgesetzt, wie angekündigt. Welche halbe Stelle wo aufgelöst wird, ist Technik. Darüber muss kein künstlicher Streit herbeidiskutiert werden, den gibt es überhaupt nicht. Lassen Sie uns lieber in der Sache streiten. Das ist viel wichtiger, denn wir brauchen einen neuen Energiekonsens in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält jetzt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn das so einfach wäre, Herr Dr. Mattner. Ich habe mich gemeldet, weil Herr Senator Uldall hier so getan hat, als würden wir anderen Fraktionen im Parlament in der Frage der Arbeitsplätze diesen Senat nicht unterstützen. Wir haben diesen Senat, wenn es um Arbeitsplatzerhalt ging, immer unterstützt an verschiedenen Stellen und wir werden ihn natürlich auch unterstützen, wenn es darum geht, die Arbeitsplätze bei den Hamburger Aluminiumwerken zu erhalten.

Herr Senator Uldall, Sie kennen das Problem seit zwei Jahren und verhandeln jetzt um eine Lösung. Warum haben Sie das nicht schon vor zwei Jahren getan? Das ist doch die Frage, die hier zu stellen ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Da wartet man erst, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist und dann versucht man, es wieder herauszuholen. Das ist keine Politik, die die Arbeitsplätze in dieser Stadt nachhaltig sichert, sondern eine Rettungsmaßnahme in letzter Minute. Sie werden auch dafür bezahlt, dass Sie das tun, aber machen Sie es in Zukunft früher.

(Beifall bei der SPD und bei *Christian Maaß GAL*)

Die Frage der Zuständigkeit, Herr Dr. Mattner, ist nicht geklärt. Der Bürgermeister hat im Juli verkündet, die Zuständigkeit würde in die Wirtschaftsbehörde wechseln und nun stellen wir fest, dass zwischen den Behörden verhandelt wird. Da streiten Sie sich hinter den Kulissen wie die Kesselflicker, um das einmal zu sagen, wer welche Zuständigkeiten bekommen soll: Herr Senator Uldall soll für die Energiewirtschaftspolitik von 50 Stellen zwei Stellen bekommen. Was ist denn mit den ganzen anderen Bereichen, die bisher bei Herrn Freytag sind: Erneuerbare-Energien-Gesetz, Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, Energieeinsparungsgesetze, Energiebesteuerung, EU-rechtliche Energiefragen? Gehört das nicht zur Energiepolitik, sind das nicht entscheidende Punkte in der Ener-

giepolitik? Dafür soll in Zukunft dann weiterhin Herr Freytag zuständig sein und Herr Uldall einen vergleichsweise kleinen Bereich haben, für den in Hamburg eigentlich überhaupt nicht viel anfällt. Ist das die Kompetenzentscheidung, die der Bürgermeister hier getroffen hat? Das ist lächerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch nicht so, dass Sie hier in Ruhe eine Entscheidung treffen wollen. Sie können sich schlicht und ergreifend nicht einigen, das ist der Punkt. Sie können sich nicht einigen und der Bürgermeister entscheidet nicht; das kennen wir in dieser Stadt schon. Aber die Stadt kann es sich nicht erlauben, länger auf eine Entscheidung in diesem wichtigen Bereich zu warten.

(Beifall bei der SPD und bei *Christian Maaß und Dr. Till Steffen, beide GAL*)

Und noch ein Märchen, Herr Dr. Mattner, die Windenergie werde so subventioniert. Wenn die Windenergie so subventioniert werden würde wie die Atomenergie, dann möchte ich einmal sehen, wo wir in diesem Land stehen würden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Atomenergie wäre in diesem Land nie wirtschaftlich gewesen, wenn nicht der Staat horrende Subventionen bezahlt hätte und immer noch zahlen würde. Das ist die Wahrheit und der können Sie auch nicht ausweichen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Dr. Andreas Mattner CDU*: Das hat schon einen Bart!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Thema Kompetenz ist hier schon einiges deutlich geworden, aber ein Punkt, Herr Uldall, hat mich doch ein bisschen verwundert. Sie sprachen gerade davon, dass Sie einem ausländischen Stromkonzern ein Grundstück angeboten hätten. Mir ist schon bewusst, dass die HEW mittlerweile einem schwedischen Eigentümer gehören, denn in Moorburg geht es um das Ersatzkraftwerk der HEW. Aber ich denke, dass die HEW immer noch ein hamburgisches Unternehmen sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Dr. Andreas Mattner CDU*: Dafür haben Sie nicht doll gesorgt!)

Mit vollmundigen Reden wird hier versucht, sich Erfolge an die Brust zu heften. Herr Freytag muss schon vier, fünf Jahre zurückgehen und Programme loben, die der grüne Umweltsenator Porschke erlassen hat. Und Herr Uldall berichtet stolz von den Ergebnissen im Vermittlungsausschuss, wo diese Rabattgeschichte bei den Durchleitungsgebühren verhandelt wurde. Er sagt allerdings nicht, dass dieser Punkt überhaupt nicht strittig war. Herr Uldall hat mit vollem Mund ganz energisch ein offenes Tor eingerannt, es waren nämlich alle dafür.

(*Katja Husen GAL*: Da gratulieren wir aber! und Beifall bei der GAL)

Aber viel entscheidender finde ich, was Herr Uldall hier nicht dementiert hat und wozu er überhaupt nichts gesagt hat, und zwar den Vorwurf, dass dieser Senat als Büttel der großen Stromkonzerne agiert. Diesen Vorwurf hat er nicht dementiert und den kann er natürlich auch nicht dementieren,

(Beifall bei der GAL)

denn was beinhaltete dieser besagte Antrag einer CDU-geführten Regierung in Sachsen-Anhalt, den Hamburg unterstützt hat? Da ging es um die Transparenz bei den Durchleitungsgebühren der vier großen Strommonopolisten und Sachsen-Anhalt hat mit Unterstützung von Herrn Uldall gesagt, wir wollen nicht, dass das offengelegt wird. Genau das ist der Bereich, in dem die Kostensteigerungen stattgefunden haben, unter anderem bei der HEW.

Und wem nützt es jetzt, wenn man die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert? Dieses Märchen, dass dadurch die Strompreise sinken würden, ist nun wirklich schon widerlegt. Der Chef des Verbands stromerzeugender Unternehmen hat zu dieser Ankündigung, diesem zentralen Punkt des CDU-Bundestagsprogramms, gesagt: Natürlich nehmen wir Gewinnsteigerungen gerne mit. Aber wenn wir am Markt Gewinne erzielen, dann glauben Sie man nicht, dass wir die Strompreise senken.

(*Ingo Egloff SPD*: So ist Kapitalismus!)

Wieder ein Punkt, wo sich die CDU für die großen Konzerne einsetzt und dann Krokodilstränen vergießt, wenn andere Unternehmen darunter leiden – die Norddeutsche Affinerie ist allerdings auch kein kleines Unternehmen – und wenn Herr Marnette gezwungen wird, von seinem Posten als Vorsitzender des BDI-Energieausschusses zurückzutreten. Meine Damen und Herren und Herr Senator Uldall, legen Sie doch einmal deutlich, wo Ihre Loyalitäten sind. Ihr Handeln lässt nur einen Schluss zu: Sie befördern die großen Strommonopolisten, die Atomstromproduzenten und der Rest der Wirtschaft und auch die Arbeitsplätze sollen sehen, wo sie bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielleicht noch eine Ergänzung zum Streit um die Standorte für zusätzliche Kraftwerke. Es wurde auch einmal darüber diskutiert, dass diese Stadt neue Kraftwerke braucht, um mehr Strom zu erzeugen, damit der Strom billiger wird. Die Diskussion ging darum, dass die HEW auf ihrem Standort im Hafen ein zusätzliches Kraftwerk bauen sollen. Da haben Sie, Herr Senator Uldall, reklamiert, dass dieser Standort nicht geeignet sei und dass dieser Standort für die Hafenwirtschaft reserviert werden müsse. Jetzt ist dabei herausgekommen, dass die HEW kein neues Kraftwerk bauen, sondern das alte Kohlekraftwerk Wedel ersetzen und in Hamburg nichts gebaut wird. Sie haben das hier verhindert und es wird auch nichts Wesentliches zusätzlich gebaut.

Zwar sind vielleicht neuere Technologien zu erwarten, aber wir wissen darüber noch nichts, Sie haben überhaupt noch nichts darüber berichtet. Es wird gesagt, dass es Kraft-Wärme-Kopplung sei. Auf die Frage, wo denn die Abnehmer für die zusätzliche Wärme bleiben, wird auch nichts berichtet, sondern hier wird Wärme von einem neuen Kraftwerk erzeugt und in die vorhandenen Rohre gefüllt. Es gibt keine zusätzlichen Kraft-Wärme-Anlagen.

Das ist doch alles kein Konzept und Sie vertuschen hier, dass Sie verhindert haben, dass die HEW im Hafen auf eigener Fläche ein Kraftwerk bauen konnten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Dr. Stehr bekommt das Wort.

Dr. Diethelm Stehr CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist hier viel über den Energiemix gesprochen worden. Zum Energiemix – das Stichwort ist bereits gefallen – gehören auch die nachwachsenden Rohstoffe. Bekanntermaßen wachsen diese Rohstoffe auf landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen und insoweit ist dieses Thema bei Senator Uldall, der dafür eh zuständig ist, hervorragend aufgehoben.

(Beifall bei der CDU und Heiterkeit bei der SPD und der GAL – Zurufe von der SPD)

Sie regen sich jetzt künstlich auf und es ist ja üblich, das immer auch mit der Attitüde der moralischen Verantwortlichkeit zu koppeln. Sie führen immer gerne und vehement den Nord-Süd-Konflikt im Munde. Wenn wir dieses Thema einmal etwas umfassender betrachten, dann haben wir hier eine sehr ernste Konkurrenz zwischen Lebensmittelproduktion und Energieproduktion und es bedarf einer ausgesprochen umfangreichen Diskussion, um sich da langfristig verantwortlich entscheiden zu können.

Sie haben dann gesagt, dass Herr Uldall die Preise nicht beeinflussen könne; das ist richtig. Auch die Zuständigkeit für die Energiepolitik wird den Markt nicht beeinflussen. Aber das, was bei der rotgrünen Koalition in Berlin abläuft, das Abschalten von 30 Prozent Primärenergieträger, ist preisrelevant und wird einen ganz kräftigen Marktschub in die falsche Richtung auslösen. Ich gehe sogar noch weiter und sage, was Sie hier treiben, was Sie beschlossen haben, ist ein gigantisches Programm der Kapitalvernichtung, unter dem wir alle gemeinsam leiden werden.

Vorletzter Punkt: Sparen. Sie führen immer das Wort Sparen im Mund. Sparen ist gut und richtig, Energiesparhäuser sind gut und richtig, aber bei der quantitativen Berechnung reicht dieses nicht aus; dieser Rechentest lässt grüßen.

Nun zum letzten Punkt, Herr Egloff. Sie sprechen, wie viele andere aus Ihren Reihen auch, immer wieder von diesem Märchen der Subventionierung der Kernenergie. Dieses ist schlicht falsch. Als ich dem nachgegangen bin, wurden die Rückstellungen genannt. Die Rückstellungen sind keine Subventionierung, sondern schlicht eine gesetzliche Verpflichtung, um den Rückbau vorzeitig zu finanzieren. Das ist gut und richtig, aber keine Subventionierung.

Als zweiter Punkt wird die Forschung genannt. Forschung ist und bleibt immer eine Aufgabe der öffentlichen Hand und auch dort ist sicherlich viel Geld in die Forschung geflossen. Das ist aber für die Windenergie und die Solarenergie genauso passiert. Das müssen Sie einmal sauber auseinander rechnen und wenn dieses vernünftig diskutiert wird, werden Sie sehen, dass diese Behauptungen hier schlicht nicht haltbar sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr zum ersten Thema der Aktuellen Stunde.

Dann kommen wir zum zweiten, von der CDU-Fraktion angemeldeten Thema:

WM 2006: Hamburg feiert Fußball

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Mattner, bitte.

(*Werner Dobritz SPD*: Sie können doch nicht mal links außen spielen!)

Dr. Andreas Mattner CDU:* – Das kann Herr Dobritz am besten, links außen, das weiß ich.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Sportstadt Hamburg kommt in die Champions League. Die Fußballmetropole Hamburg kann sich sehen lassen. Die FIFA-WM 2006 ist das bedeutendste Sport- und Medienereignis in diesem Jahrzehnt in Deutschland. Für Hamburg bietet dies eine einmalige Plattform, sich weltweit zu präsentieren und für sein Image zu sorgen. Hamburg ist im Übrigen auch die einzige deutsche Ausrichterstadt mit maritimem Flair. Die Stadt soll wahrgenommen werden als internationale, gastfreundliche, maritime und natürlich auch dynamische Metropole. Die Sportstadt Hamburg, aber vor allen Dingen auch die Fußballbegeisterung in dieser Stadt, haben eine lange Tradition und das müssen wir in der aktuellen Situation nutzen.

Hamburg hat etwas, was andere Städte in ihrem Konzept nicht haben; damit möchte ich beginnen. Das sind unsere blauen Tore, das Blue Goal. Das ist ein gutes Beispiel für die Mitwirkung der Wirtschaft in der Planung der WM. Mittlerweile gibt es schon Dutzende Interessenten für dieses Konzept, große und kleine Firmen, Mittelständler genauso wie Konzerne, ein Projekt für jedermann. Es wird sich über mehrere Stadtteile verteilen. Bis hin zu Harburg wird uns der Sprung über die Elbe mit Blue Goals gelingen. Namhafte Hotels haben sich darauf verständigt, alle Unternehmen werden dies gemeinschaftlich besprechen, der Künstler wird sie vor Ort besuchen und beraten, ein wirklich hamburgischer Künstler, Michael Batz.

Die Wirtschaft ist schon jetzt umfassend eingestiegen. Ein großes Hamburger Lichtunternehmen, das weltweit operiert, hat sich zu den Sponsoren gesellt und gibt uns das Licht. Aber auch eine Spezialfirma für Veranstaltungstechnik ist dabei. Der offizielle Beginn, wenn die Masse der Tore kommt, wird der 1. März 2006 sein. Vorher werden wir aber sicher schon weitere Experimente machen und an ausgewählten Standorten vereinzelt Tore aufstellen.

Das Blue Goal wird auch beim Länderspiel Deutschland-China am 12. Oktober 2005 eine Rolle spielen. Blue Goals sind auch für die Außenalster geplant. Oppositionspolitiker haben sich hier oder in den Medien schon an Benchmarking versucht. Dies ist eine Aktion, die andere Städte nicht haben. Wir haben auch eine Reihe von weiteren Aktionen, die man dazu zählen kann. Schauen Sie auf die offiziellen Internetseiten der FIFA. Es heißt dort: Hamburg trifft ins Blaue. Sie finden dort gleich zwei Fotos unserer Aktion in Hamburg als Musterbeispiel für Deutschland. Ein besseres Testat kann es gar nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Seit heute weiß ich, dass dies auch auf internationales Interesse trifft, denn die mexikanische Sportzeitschrift hat heute die Fotos vom Blue Goal angefordert. In Mexiko wird über die Weltmeisterschaft in Deutschland berichtet und welche Bilder wird man sehen: die Blue Goals aus Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Hamburg wird zur Bühne, das Gesamtkonzept nimmt konkrete Formen an. Wir werden im Sommer sehr viele unterschiedliche Bühnen in Hamburg erleben. Mittelpunkt dieser Veranstaltung ist natürlich das große FIFA-Fest auf dem Heiligengeistfeld in einmaliger Lage mit kurzen Wegen zur Stadt. Es wird dort einen Fußballdom geben mit Ausstellungen rund um den Ball, ein Unterhaltungsmagnet. Bisher ist das von der FIFA leider reglementierte einzige große Public-viewing-Event natürlich in dem zweiten Stadion zu sehen. Wir werden dort ohne Tickets die Möglichkeit haben, die Spiele mitzuerleben, also public viewing für die gesamte Bevölkerung wird hier an einem schönen Standort möglich sein.

In der Stadt hat es weitere Flächenbenennungen gegeben, wie die Außenalster: Sport und Erholungen, Binnenalster: maritimes Flair, kleine Alsterkultur. Immer wieder wird der Fußball dort eine Rolle spielen. Auch das dreitägige Jungfernstiegeröffnungsfest wird ganz im Zeichen des Sports stehen. Wir haben dafür schon Zusagen des HSV und von weiteren großen Sportorganisationen wie Freezers oder Sea Devils.

Meine Damen und Herren! Das Hamburg-Konzept ist auf gutem Weg. Die Sportsenatorin und ihr Team haben ihre Hausaufgaben gemacht, es wird ein schönes Fest werden. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei *Werner Dobritz SPD*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schmidt.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Jetzt kein Eigentor!)

Jürgen Schmidt SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir alle freuen uns auf die WM. Und zu Beginn ist es angebracht, auch aus Hamburger Sicht zunächst einen großen Dank an Franz Beckenbauer, an den Bundeskanzler und auch an Innenminister Schily auszusprechen, die dafür gesorgt haben, dass Deutschland der Ausrichter dieses Weltsportereignisses wird.

(Beifall bei der SPD – *Christian Maaß GAL*: Die Titanic haben Sie vergessen! – *Robert Heinemann CDU*: Und den Papst!)

Wir sind jedenfalls froh, dass Deutschland diese WM bekommen hat und damit auch Hamburg.

Die zwölf Städte haben unterschiedliche Vorstellungen der Präsentation, wie könnte es auch anders sein, aber die Ziele sind alle gleich: einen positiven Eindruck bei den Gästen zu machen. Es ist sicherlich heute in der Kürze der Zeit nicht angebracht, einen auf klein-klein zu machen, aber die ganz große Inspiration mit Ihren Blue Goals, Herr Dr. Mattner, ist es im Grunde genommen nicht, denn wenn man sich das ganze Programm einmal ansieht, wird mehr und mehr deutlich, dass wieder die üblichen Verdächtigen dabei sind, sprich Schlepperballett, sprich Rathauskonzert und möglicherweise werden Sie auch noch damit brillieren wollen, dass es wieder die Schlemmermeile in Hamburg gibt.

Es läuft, und das scheint mir ein ganz wichtiger Punkt zu sein, immer wieder nach der gleichen Melodie: Der Bürgermeister wird erst nächste Woche über das Finanzielle mit der Wirtschaft sprechen. Und wie läuft so etwas in Hamburg, wie geht diese Melodie: Große Ankündigung, Finanzierung über Sponsoring und dann stellt man fest, dass die Taschen doch zugeknöpfter sind als man dachte oder – ich füge hinzu – als man auch wusste. Denn auch das Problem des Ausschließlichkeitsanspruchs der FIFA-Sponsoren – Herr Dr. Mattner hat ganz vorsichtig darauf hingewiesen – ist nicht neu und damit die verdammt schwierige Suche nach anderen Sponsoren. Auch der Einbruch bei den ODDSET-Wetten ist bekannt. Der extra geschlossene Staatsvertrag kommt vom finanziellen Ergebnis her – so sieht es wohl aus – nicht oder doch nur sehr dürftig zum Zuge.

Was aber entscheidend fehlt, ist eine weitergehende Nachhaltigkeit und damit eine Nachhaltigkeit für Hamburg und da möchte ich ein paar Beispiele nennen. Vom Senat werden pressewirksam knapp 50 Millionen für WM-Maßnahmen deklariert und eine wirksame Nachhaltigkeit für den Jugendbereich fällt unter den Tisch. Meine Fraktion hatte frühzeitig den Antrag gestellt, für die WM einen Jugendpark im Altonaer Volkspark zu errichten. Die Bezirksversammlung Altona hatte einstimmig dafür votiert. Sie von der Regierungspartei haben sich dem verweigert. Jetzt wollen Sie ein Jugendcamp auf der Trabrennbahn einrichten und es nach einem Monat wieder räumen. Das ist wahrlich kein Ausbund von Nachhaltigkeit.

Nächster Punkt: Wo bleiben die aus diesem Anlass sich anbietenden sportlichen Fachkongresse mit der Aussicht auf spätere regelmäßige Durchführung? Wo bleibt die Umsetzung des vorgegebenen FIFA-Umweltkonzepts Green Goal, nicht Blue Goal, Herr Dr. Mattner? Es wäre angesagt, hier etwas dazu auszuführen.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Kann ich noch machen!)

Letzter Punkt der Beispiele: Das Parkleitsystem ist leider nur auf die Anfahrt ausgerichtet. Wer das Chaos und die Dauer der Abfahrt bei Spielende der HSV-Spiele mitbekommt, weiß, wovon ich rede.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Dr. Verena Lappe GAL*: Da haben Sie Recht!)

Zugegeben, die jetzige Mannschaft hat es nicht leicht. Die umfassende personelle Veränderung kann zu Fehlpässen, Abwehrfehlern und mangelnder Ausnutzung von Chancen führen. Da muss der Coach, die Senatorin, Führungsqualitäten zeigen. Nur ein halber neuer Staatsrat reicht da nicht.

Aber nach dem Grundsatz "man muss ja auch das Positive sehen" will ich einen Punkt hier ganz bewusst ansprechen. Wir finden die Entscheidung, dass es auf dem Heiligengeistfeld keine Einzäunung im Gegensatz zu anderen Städten gibt, eine richtige Maßnahme und hoffen sehr, dass es dabei auch bleiben kann.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Als letzten Punkt möchte ich bei dieser Gelegenheit ganz kurz einen Appell an den Bürgermeister richten und damit die fehlende Lobbyarbeit von seiner Seite nennen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Schmidt, Sie sehen das rote Licht und müssen zum Schluss kommen.

Jürgen Schmidt (fortfahrend): Ich komme zum Schluss.

Ich finde schon, dass sich der Bürgermeister in dieser Stadt mehr dafür einsetzen muss, …

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Bitte kommen Sie zum Schluss.

Jürgen Schmidt (fortfahrend): … mehr für den Sport zu tun durch Besuche in anderen Städten und nicht nur allein darauf zu warten, dass die Sportvertreter nach Hamburg kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Mattner, besonders euphorisch und leidenschaftlich war das nicht. Da habe ich, ehrlich gesagt, mehr von Ihnen erwartet und es wäre auch mehr Leidenschaft nötig, um die kommende Fußball-WM in Hamburg und in der Bevölkerung besser zu verankern, als das bisher der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der GAL)

Diese Geschichte mit den Blue Goals ist für mich immer noch wie die mit dem Wachtelkönig. Ich bin sogar extra nach Poppenbüttel gefahren und habe geguckt, ob auf dem ECE-Gebäude irgendetwas zu erkennen ist, was angeblich schon da sein soll.

(*Petra Brinkmann SPD*: Da ist auch was!)

Irgendwann stand mal in der Presse, der Bürgermeister sei dahin gefahren und hätte die Installation präsentiert. Ich habe nichts entdeckt. Ich will mich gerne belehren lassen, aber bisher ist es in der Tat wie beim Wachtelkönig: ein Phantom, das noch niemand gesehen hat und von dem wir noch nicht wissen, ob es je etwas wird.

(Zurufe von der CDU)

Die Frage, die Herr Dobritz früher schon einmal gestellt hat, wie man eigentlich mit diesen Lichtelementen etwas machen will, wenn wir die längsten Nächte in Deutschland überhaupt haben, ist auch immer noch unbeantwortet. Um diese Jahreszeit ist es fast bis 23.00/24.00 Uhr hell. Soll das nur etwas für Leute sein, die ab 24.00 Uhr auf sind oder was soll das eigentlich?

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Im Winter ist es nicht so lange hell!)

Ich habe das nicht begriffen und würde mir wünschen, dass solche Dinge, an denen Sie offensichtlich hängen, für uns besser nachvollziehbar würden, dass Sie sie auch einmal vorstellen und nicht die Informationen nach Mexiko schicken. Da sind sie meiner Ansicht nach erst einmal fehl am Platze.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das verdeckt meiner Ansicht nach nur die Mängel, die die bisher vorgelegten Konzepte haben. Mein Kollege Herr Schmidt hat einen Teil aufgeführt, ich habe noch ein paar nachzulegen.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Sie werden auch noch den Papst schlecht reden!)

Ich möchte den Begriff des Green Goals, nicht des Blue Goals aufnehmen. Ich habe in diesem Event-Flächenkonzept gelesen, dass Sie Wasserski auf der Alster einführen wollen. Dazu gibt es natürlich von der Hamburger Polizei interessante Informationen. Wasserski ist auf der Alster verboten. Es gibt zwar Sondergenehmigungen, aber sind Sie wirklich der Meinung, dass es Sinn macht, auf der Außenalster Motorboote mit Wasserskiläufern fahren zu lassen? Dann müssen Sie auch die Geschwindigkeit erhöhen, denn mit acht Stundenkilometern, die da maximal erlaubt sind, bekommen Sie niemanden aus dem Wasser. Ich weiß nicht, wer sich das überlegt hat.

(Beifall bei der GAL)

Was den Gewässer- und Uferrandschutz angeht oder die Belästigung der Leute, die da wohnen – zugegeben, es ist nicht meine Klientel –, müssen wir auch in einer Stadt wie Hamburg im innerstädtischen Bereich dafür sorgen, dass die Lärmbelastungen nicht unnötig hoch sind; sie werden sowieso im innerstädtischen Bereich extrem sein. Dann muss man auch Bereiche haben, wo unser Image mit dem Alsterdampfer, mit den Seglern, den Ruderbooten erhalten bleibt und das ist mit Wasserskifahren auf der Außenalster bestimmt nicht der Fall.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Welche Vorschläge haben Sie jetzt gemacht?)

Wir gehen jetzt mal Ihr Konzept weiter durch, vielleicht sind ein paar gute Vorschläge darin; Wasserskifahren nicht, dagegen sind wir ganz klar. Der Trikottag war vielleicht ein kleines Beispiel dafür, wie Sie diese Fußball-WM in der Stadt verankern wollen. Andere Städte machen WM-Poster, mit denen sie für das Event in der Stadt werben oder suchen berühmte Persönlichkeiten, die auf Plakaten in der Stadt zu sehen sind.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das wollen Sie doch nicht!)

Das tun Sie alles nicht. Sie haben diese Uhr in der Spitaler Straße stehen, die einen Countdown anzeigt, aber sonst weiter nichts. Sie vernachlässigen die Chance, Volontäre und Freiwillige für die WM anzuwerben.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Haben sie mal was vom Uwe-Seeler-Fuß gehört?)

– Okay, vielleicht noch der Uwe-Seeler-Fuß als drittes Beispiel.

Es bedarf aber noch ein paar mehr Sachen. Es soll ja auch hübsch sein in der Stadt, ich komme auf den Begriff City-Dressing, der Ihnen bestimmt geläufig ist.

(*Barbara Ahrons CDU*: Beim Jungfernstieg sind wir schon dabei!)

Beim Jungfernstieg sind Sie dabei, beim Spielbudenplatz ist es ein Problem und das ist keine gute Werbung für die Fußball-WM; das muss anders werden.

Und dann hat der Staatsrat es bisher kategorisch abgelehnt, die bezirklichen Initiativen seitens des Senats zu unterstützen; das halte ich für falsch. Dieses zentrale Event auf dem Heiligengeistfeld reicht nicht aus. Sie reden davon, die ganze Stadt einzubeziehen, sie solle eine Bühne sein, aber es konzentriert sich alles auf den innerstädtischen Bereich. Das macht für mich keinen Sinn; warum nicht auch Harburg oder Wandsbek?

(*Robert Heinemann CDU*: Wo bleiben die Ideen, die Sie eben angekündigt haben?)

In Harburg und Wandsbek wäre Public Viewing eine Idee, das könnte man einmal unterstützen. Das wäre eine sinnvolle Entzerrung der Veranstaltungen im innerstädtischen Bereich.

(Beifall bei *Manuel Sarrazin GAL und Thomas Böwer SPD*)

Warum sollte Hamburg nicht gelingen, was der Evangelischen Kirche Deutschland gelingt? Die haben nämlich für ihre 16 000 Kirchen die Übertragungsrechte bekommen. Das sollten Sie vielleicht auch schaffen, das sollte doch möglich sein für den Senat. Oder nicht?

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Da gibt es noch ein paar Sachen nachzulegen. Ein bisschen Nachdenken hilft, bevor Sie wieder vollmundige Ankündigungen machen, die hinterher sowieso nicht klappen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Senatorin Dinges-Dierig.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Haben Sie die Familienchronik mitgebracht?)

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nach allem, was Sie eben gesagt haben, Frau Dr. Lappe, bleibe ich trotzdem dabei: Die Sportstadt Hamburg wird im Sommer 2006 eine einzige große strahlende Bühne sein, und zwar der kompletten Hamburger Begeisterung, nicht nur der Fußballbegeisterung.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Ziel, das wir uns vorgenommen haben, werden wir nicht aus dem Auge verlieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir über die jetzige Phase der Konzeptentwicklung, in der wir uns befinden – in dieser Phase würde ich mich über Anregungen auch vonseiten der Opposition sehr freuen –, dieses Ziel realisieren werden.

Nach den umfangreichen Vorarbeiten in den ersten Monaten hat im Frühjahr das WM-Team die Arbeit aufgenommen und als letztes Projekt, das wir vorgestellt haben, soll das Event-Flächenkonzept einen Rahmen für neue Events geben, für viele Ideen, die natürlich noch mit Leben erfüllt werden können. Dieser neue Baustein hat eine ganz bestimmte Kernbotschaft und das Wichtige ist, dass wir damit den Hamburgern, aber auch den Gästen aus der Region, aus ganz Deutschland und auch aus der ganzen Welt eine Stadt in den vielfältigen Facetten präsentieren wollen, eine Stadt Hamburg, die zum Verweilen und zum Mitmachen – das ist für uns ganz wichtig – einlädt.

Da haben wir zum Beispiel die Fläche an der Kleinen Alster. Wir haben natürlich auch unsere Außenalster. Die Ideenfindung ist hier noch nicht am Ende. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir hier noch zu weiteren Konzepten kommen, an die Sie vielleicht heute noch gar nicht denken.

Das zweite Stadion in Hamburg, das im nächsten Sommer neben dem FIFA-WM-Stadion 2006 sicherlich eine Hochzeit durchleben wird, wird das Heiligengeistfeld mit dem Fan-Fest "FIFA-WM 2006".

Ich gehe davon aus, wenn Deutschland erfolgreich spielt – das unterstelle ich einfach einmal – und das Wetter mitmacht – auch das unterstelle ich, es ist Juni –, erwarten wir dort bis zu 50 000 Fans, die Fußball genießen. Eins werden sie dort auf dem Heiligengeistfeld erleben können, nämlich eine traditionelle Atmosphäre, die sonst die Arena hergibt. Das können alle Sportbegeisterten miterleben, auch wenn sie keine Tickets haben, auch wenn Sie Gäste von außen sind, auch die Hamburger.

Aber es geht ja in unserem Konzept nicht nur um die Hundertausenden von Fußballfans, sondern uns geht es um alle Gäste, die während des großen Fußballfestes Hamburg besuchen werden. Bei allem, was wir tun – da behaupte ich einfach das Gegenteil von dem, was Sie eben gesagt haben –, gilt die Nachhaltigkeit. Wir wollen Werbung machen für unsere Stadt. Unsere Gäste hier in Hamburg sind unsere Botschafter. Der Tourismus ist – das wissen Sie alle – ein wachsender Wirtschaftsfaktor. Deshalb bin ich mir hundertprozentig sicher, dass die Hamburger Unternehmen auch im Eventflächenkonzept ihre Chancen sehen und entsprechend mitwirken werden. Wir sehen es ja schon an dem Beispiel, das Sie eben genannt haben, an der Planung im Bereich der Blue Goals, wie stark sich die Wirtschaft bereits heute einbringt.

Ich glaube, einzigartig in Deutschland, wenn Sie sich das einmal in anderen Ausrichterstätten anschauen, ist auch die Zusammenarbeit unseres WM-Fan-Offices mit dem WM-Team. Diese zwei gemeinsam haben während der gesamten Planungs- und Projektentwicklungszeit ihre Augen und Ohren ganz dicht bei den Fans, kennen deren Wünsche und beziehen all dieses in ihre Projekte ein. Diese Fans sind Jugendliche und Erwachsene.

Alles, das wir für die WM, unsere Stadt und unsere Gäste tun, orientiert sich an den uns allen bekannten Eigenschaften, die wir und auch Leute von außen mit Hamburg und den Menschen, die hier leben, verbinden: maritim, international, gastfreundlich und professionell.

(Beifall bei der CDU)

Es wird – und da bin ich mir ganz sicher – bei Besuchern und Medien aus aller Welt – und das Beispiel Mexiko zeigt es sogar schon zu dieser Zeit – einen herausragenden und bleibenden Eindruck hinterlassen. Hamburg wächst auch hier in der Attraktivität bei unseren Gästen, bei den Sportfamilien und Sportlern und das alles getreu dem Motto der WM, "die Welt zu Gast bei Freunden". Freuen wir uns auf unsere Gäste.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dietrich für maximal vier Minuten.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Rechtsaußen!)

Lars Dietrich CDU: Vier Minuten? Das ist ja bannig knapp.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Wir haben von der Opposition eigentlich wenig Lob gehört. Das mag man vielleicht dem politischen Alltagsgeschäft zuschreiben. Wir haben aber – wie von der SPD-Opposition häufig zu hören – eigentlich nur Kritik gehört und das in negativer Art. Frau Dr. Lappe hat sich dem angeschlossen und hat lediglich einen konstruktiven Vorschlag gemacht und hat gesagt, wir wollen Public Viewing in den Bezirken. Ansonsten war da eigentlich nur tote Hose. Ich kann es kurz und knapp zusammenfassen: Es war Meckern, Motzen, Mosern und Mäkeln, mehr nicht.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD-Opposition hat ihren PR-Kanzler angesprochen, hat beklagt, dass unser Bürgermeister immer nur ankündige – aber das Sponsoring machen und die Wirtschaft mit einladen sei dann alles. Ich finde, der neue Jungfernstieg ist das beste Beispiel. Zu einer Summe von elf Millionen Euro Investitionen hat die Wirtschaft in der Freien und Hansestadt Hamburg 7,2 Millionen Euro beigetragen. Ich finde, das ist doch der beste Beweis, dass der Senat auf dem Wege ist, viele Dinge auch in Privatregie zu machen. Da ist der Beweis angetreten, Herr Schmidt.

(Beifall bei der CDU)

Da können wir ja einmal unseren Blick nach Berlin richten: Die rotgrüne Bundesregierung hingegen verschleudert im Rahmen der PR-Maßnahme "FC Deutschland 06" in diesem und im nächsten Jahr 22,5 Millionen Euro in irgendwelche PR-Luftschlösser. PR und gutes Marketing gehören mit Sicherheit dazu, aber im Verhältnis zueinander müssen sie stehen. Wir hingegen geben 48 Millionen Euro ganz überwiegend für den Sport in Hamburg aus, für die Fußballweltmeisterschaft 2006.

(Beifall bei der CDU)

Weil der Bundesminister der Finanzen heute hier im Hause war, um die Sondermarke für Max Schmeling vorzustellen – er ist ja höchstpersönlich als Minister seines Ministeriums für das Münzrecht zuständig –: Die rotgrüne Sportpolitik sieht so aus, dass Silbermünzen zur WM 2006 geprägt werden. Die Nettoeinnahmen betragen nach Haushaltsplan 90 Millionen Euro. Davon soll der Sport 30 Millionen Euro erhalten, die für das kulturelle Rahmenprogramm der WM 2006 veranschlagt sind. Aber der Hammer ist, meine Damen und Herren, dass 60 Millionen Euro in die Kasse von Hans Eichel fließen. Nichts für den Sport.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Das ist dann nicht mehr Eichels Kasse!)

Wir hingegen sind der Meinung, dass wir keine Beratungsfirmen brauchen und dass wir neben dem eigentlichen Event Fußballweltmeisterschaft noch viele Dinge bereitstellen müssen. Wir sorgen für neun Eventflächen mit verschiedenen Themenstellungen in einem Radius von drei Kilometern, also das Fan-Festival auf dem Heiligengeistfeld, die Meile der Nationen an den Landungsbrücken, Sport und Freizeit am Wasser, Spaß und Sport für alle am Versmannkai, "Treffpunkt der Welt" auf dem Rathausmarkt, "Die Kunst als Anstoß" an der Kleinen Alster, "Symphonie der Sinne", Musik und Wasserspiele an der Binnenalster, "Tor zur Welt – Tor zur Stadt", Wassersport rund ums Blue Goal – das hat der Kollege Dr. Mattner eindrucksvoll heute hier vorgestellt –, eine tolle Idee, die auch international wie national in der Presse berücksichtigt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen das Konzept der kurzen Wege, wir wollen Angebote für alle Interessierten, wir haben ein Projektteam aus sieben Mitarbeitern gebildet durch die Behörde für Bildung und Sport und der Marketing GmbH. Wir haben Angebote für die Jugend: "Talente 2006", die FIFA-WM in der Schule. Wir haben "Fair Life for Fair Life" mit der Hamburger Sportjugend. Neun Hamburger Schulen beteiligen sich. Aus jedem FIFA-WM-Land wird eine Schule dazugelost. Europameisterschaften der Schulen finden im Oktober statt. Der Sieger qualifiziert sich automatisch für die Weltmeisterschaft parallel zur offiziellen WM in der Brandenburgischen Hauptstadt Potsdam. Das Projekt "Fußball und Gewalt" bietet Lehrkräften Infomaterialien, wobei der Kollege Schmidt ja darauf verwiesen hat, dass wir auch noch ein bisschen etwas für den Geist machen wollen. Und – last, but not least – das Tanzprojekt auf Kampnagel, "Faszination Fußball" im Völkerkundemuseum, "Hamburg trägt Trikot", "Talente 2006" in der Schule wie die WM-Fanoffensive. Die Behörde für Soziales und Familie stellt hier einen Fanbeauftragten zur Verfügung.

(Heiterkeit bei *Dr. Willfried Maier GAL*)

Das alles kostet insgesamt 48 Millionen Euro inklusive Bau der AOL-Arena und des Sicherheitskonzeptes. Ich finde, Hamburg kann sich sehen lassen. Ich denke, dass wir eine wunderschöne Weltmeisterschaft in Hamburg haben werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Für mich war die Sommerpause offensichtlich zu lang, was die Geschäftsordnung betrifft. Selbstverständlich hat nach der Rede der Senatorin jede Fraktion noch die Chance, einen Redebeitrag zu leisten. Herr Schmidt ist der nächste.

Jürgen Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was, glaube ich, aus diesen Beiträgen deutlich geworden ist, ist, dass die Regierungsfraktion und auch die Senatorin über den Begriff "Nachhaltigkeit" offensichtlich eine ganz andere Auffassung haben. Wir verstehen unter Nachhaltigkeit eben auch, über den 9. Juli 2006 hinaus zu schauen.

(*Lars Dietrich CDU*: Es gibt viele nachhaltige Projekte, Herr Kollege Schmidt!)

Das, was Sie alles hier aufgeführt haben, Herr Dietrich, bedeutet ja, dass all Ihre Vorstellungen am 9. Juli, dem Ende der Fußballweltmeisterschaft, enden. Was ich hier angemahnt habe, bedeutet eben: Wo bleibt die Nachhaltigkeit für Hamburg? Wer 48 Millionen Euro ausgibt, muss auch dokumentieren können, was für Hamburg bestehen bleibt. Da ist leider Fehlanzeige zu vermelden, denn die Blue Goals sind ja dann zu Ende.

Dass Sie, Frau Senatorin, nach diesen Redebeiträgen, die Sie vorher gehört haben, nicht einmal das Wort "Green Goal" in den Mund nehmen, lässt ja tief blicken.

Das, was ich hier dem Bürgermeister vorgeworfen habe, das bekräftigen Sie ja geradezu, Herr Dietrich, mit Ihrem Beispiel Jungfernstieg. Es ist ja gerade so gewesen, dass das, was in der Planung war, dass nämlich ein viel höheres Aufkommen an Sponsoring erbracht werden sollte, eben nicht gekommen ist, und deswegen musste die Stadt wieder entsprechend zur Kasse gebeten werden. Das ist ja ein Punkt, der sich laufend durch alle Maßnahmen, die Sie hier ankündigen, bewahrheitet. Wenn der Bürgermeister erst nächste Woche mit der Wirtschaft sprechen will, dann zeigt das ja, dass die Gelder längst noch nicht da sind.

Ich würde gern noch einmal den Punkt – weil dort meine Redezeit zu Ende gegangen ist –

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Hat aber keiner gemerkt!)

des fehlenden Lobbyings durch den Bürgermeister ansprechen. Es ist in der Tat sehr zu geißeln, wie hier vorgegangen wird. Ich will es einmal am Beispiel des Länderspiels Deutschland gegen Island hier in Hamburg verdeutlichen. Hier waren die Verbände, der DFB mit seiner Spitze vertreten. Der Bürgermeister war nicht in Hamburg, er war auf Sylt. Das ist ja auch in Ordnung. Soweit es Urlaub anbelangt, ist das ja auch okay. Aber es ist doch nun wirklich kein so großer Sprung von Sylt, hier nach Hamburg zu kommen, um mit den Größen des DFB darüber zu sprechen, dass es doch nicht in Ordnung ist, dass Hamburg nur fünf Spiele hat. Stuttgart hat sechs Spiele. Hamburg ist die zweitgrößte Stadt der Bundesrepublik. Verdammt noch mal, es muss doch möglich sein, dass sich der Bürgermeister dafür einsetzt, dass Hamburg zum Beispiel das Spiel um den dritten Platz bekommt.

(Beifall bei der SPD und bei *Jörg Lühmann GAL*)

Das ist ja gerade der Punkt: Es ist eben nicht in Ordnung, die Leute nur nach Hamburg kommen zu lassen, sie sich dann hier ins Goldene Buch eintragen zu lassen und das war's dann. Nein, der Bürgermeister muss selbst aktiv werden.

Ein weiteres Beispiel will ich hinzufügen, ganz aktuell: Warum ist der Bürgermeister nicht zu den Leichtathletikmeisterschaften nach Helsinki geflogen und hat dort die Honneurs gemacht? Der Bürgermeister aus Berlin, Herr Wowereit,

(*Barbara Ahrons CDU*: Das ist ja ein gutes Beispiel!)

ist da gewesen und hat für die Olympiabewerbung Berlins geworben. So schwimmen uns die Felle davon. Das ist ein Punkt. Es sind ja nur zwei Beispiele. Ich könnte hier eine ganze Menge mehr nennen. Diese Lobbyarbeit muss der Bürgermeister wesentlich intensiver vorantreiben, als er das bisher getan hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Lappe.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Jetzt hat sie das Tor gesehen!)

Dr. Verena Lappe GAL: Vielen Dank, Frau Präsidentin. "Wo ist Ole?" ist dann vielleicht die immer wieder entscheidende Frage.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Der ist beim Tor!)

Das sollte lustig sein. Ich merke schon, das kommt heute nicht an.

(Beifall bei der GAL – *Bernd Reinert CDU*: Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung!)

In fünf Minuten wird vielleicht nicht immer deutlich, was die Intention eines Beitrages ist. Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, was ich vorhin nicht gesagt haben: Es geht mir darum, dass wir schöne WM-Spiele und sonstige Übertragungen hier in Hamburg haben, also vier Wochen, die für alle Beteiligten viel Spaß, eine gute Erfahrung und alles, was man sich nur für so etwas wünschen kann, bedeuten. Ich bin in Sorge. Das ist der Hintergrund, warum ich die Dinge vorhin so gesagt habe, wie ich sie gesagt habe. Ich bin auch ein bisschen nervös, ob das alles so klappen wird.

Herr Dietrich hat auf die Präsentation der Gedenkmarke für Max Schmeling heute Mittag abgehoben. Da wurde der Mann ja zurecht als bescheiden gelobt, dass er nach außen immer bescheiden war und sich seiner Taten nicht besonders gerühmt hat, nach innen herzlich und immer hart arbeit. Es wurde gesagt, es sei toll als Vorbild für sportliche Tätigkeiten, aber auch für Tätigkeiten in Politik, Wirtschaft und sonst wo. Genau das ist es, was mir bei Ihnen fehlt: ein bisschen mehr Bescheidenheit nach außen, innen ein bisschen härter arbeiten und ein bisschen mehr Herzlichkeit in diesem ganzen Konzept.

Das geht mir auch bei anderen Sachen so. Nicht dass Sie immer wieder erst viel heiße Luft nach außen produzieren und in Wahrheit ist nichts gesichert. Wenn man sich die Sachen anguckt, die Sie machen wollen, fehlen bei allen die Kooperationspartner in der Wirtschaft und was nachher tatsächlich in Hamburg passieren wird, wissen wir eigentlich nicht wirklich. Ich gehe einmal davon aus, dass das Fan-Fest auf den Heiligengeistfeld klappen wird. Aber zu allem anderen können Sie doch noch nichts sagen. Sie haben ein buntes Sammelsurium von lustigen schönen Ideen, aber ob das alles so stattfinden wird, steht wirklich in den Sternen oder den Blue Goals oder wo auch immer.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Wenn alles stattgefunden hat, werden Sie es gewesen sein!)

– Ich finde, Sie sollten sich nicht so herablassend über solche Formen der Kritik äußern. Sie haben es hier angemeldet und wir wollen hier debattieren. Wenn ich die ganze Zeit und die 40 Millionen Euro hätte, die für diese Vorbereitung zur Verfügung stehen, hätte ich sicherlich auch noch ein paar interessante Ideen mehr produzieren können als in der Vorbereitung dieser Rede.

Sie haben auch viel Geld ausgegeben, ohne dass da die ganze Stadt von diesem Konzept begeistert wäre. Sie gehen einfach davon aus, dass das alles ganz toll ist. Ich habe sehr wohl auch schon Menschen gehört, die sagen "oh, für die Zeit gehe ich lieber aufs Land" oder "ich möchte einen fußballfreien Stadtteil" und ähnliche Sachen. Sie müssen auch einmal darüber nachdenken, dass es solche Leute in dieser Stadt gibt. Sie sollten sich weniger selbstgefällig mit Ihrem Konzept selbst belobigen, sondern daran denken, dass es noch andere Men-

A schen in dieser Stadt gibt, um die Sie sich auch ein bisschen kümmern müssen.

(Beifall bei der GAL – *Dr. Andreas Mattner CDU*: Deswegen kann man doch nicht gar nichts machen!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Redezeit der Aktuellen Stunde endgültig abgelaufen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich Ihnen noch die freudige Mitteilung machen, dass zumindest die Mitglieder der Bürgerschaft ernsthaft an dem Projekt Wachsende Stadt arbeiten. In der Sommerpause sind mehrere Kolleginnen und Kollegen unter uns zu Müttern und Vätern geworden. Wir haben buchstäblich bis zur letzten Minute an der Buchführung gearbeitet. Ich gratuliere Frau Dr. Natalie Hochheim, Frau Carola Veit, Herrn Hans-Christoff Dees, Herrn Christian Maaß, Herrn Ralf Niedmers und Herrn Jan Quast. Im Namen des ganzen Hauses spreche ich Ihnen und Ihren Partnern und Partnerinnen von hier oben die herzlichsten Glückwünsche aus.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 3 und 3 a, Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitgliedes des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union und zur Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
B **Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union (AdR) – Drucksache 18/2645 –]**

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde – Drucksache 18/2726 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor, sie enthalten bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eins. Mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Ich bitte Sie, jetzt Ihre Wahlhandlung vorzunehmen. Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

– Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, diese so hochzuhalten, dass sie die Schriftführerinnen beim Einsammeln sehen.

– Sind nun alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Wir werden sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.*

Ergebnisse siehe Seite 1852 C.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 70 der heutigen Tagesordnung, dem Antrag der CDU-Fraktion: Einsatz von LED-Lichtzeichenanlagen auf Hamburger Straßen. C

[Antrag der Fraktion der CDU:
Einsatz von LED-Lichtsignalanlagen auf Hamburger Straßen – Drucksache 18/2693 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse, bitte.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Umweltfreundlich, nachhaltig, innovativ, fortschrittlich, modern, energiebewusst, sparsam: Das ist nicht nur das, was wir mit diesem Antrag vorgelegt haben, sondern das ist die Politik unseres Senates.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der SPD und der GAL)

Zudem ist dieser Antrag ebenso wie die Politik unseres Senates stets auf Verkehrssicherheit bedacht. Das war auch die Motivation dafür, heute einen Startschuss für LED-Technik zu geben und für diese beiden Bürgerschaftssitzungen – wir werden ja morgen weitere Anträge abstimmen – drei Anträge einzubringen, die sich mit Signaltechnik beschäftigen.

Wir wollen heute das Startsignal für eine Technik in Hamburg geben, die es natürlich in anderen Städten bereits gibt.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Wir wollen sie als CDU-Fraktion einsetzen und zwar nicht irgendwann, sondern schnellstmöglich, zum einen bei jedem Ampelneubau in der Stadt. Zum anderen wollen wir sie einsetzen, wenn Ampeln defekt sind. Diese sollen durch solche mit LED-Technik ersetzt werden. Und wir wollen sie – was ganz wichtig ist – einsetzen, wenn wir mit der Unfallkommission überprüfen, wo Unfallschwerpunkte in unserer Stadt sind und wo die Ursache in der Wahrnehmung liegt. Auch da wollen wir das Mittel LED-Technik in Zukunft einsetzen. D

Die LED-Technik hat viele Vorteile gegenüber der bisherigen Technik in unserer Stadt. Sie ist deutlich sparsamer im Stromverbrauch, sie erfordert einen geringeren Wartungsaufwand durch eine hohe Lebensdauer und sie genügt durch klare, eindeutige Erkennbarkeit aus jedem Blickwinkel zu allen Tages- und Nachtzeiten wachsenden Ansprüchen auf mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer in unserer Stadt.

Natürlich liegen bei dieser modernen Technik die Investitionskosten höher als bei dem, was wir momentan haben. Aber mittel- und langfristig gesehen – da gibt es Rechnungen des ADAC und der Firma Siemens – führt LED-Technik auch zu höheren Einsparungen, insbesondere durch die niedrigeren Instandhaltungs- und Energiekosten.

Die CDU-Fraktion und auch ich nehmen natürlich nicht in Anspruch, dass wir geistige Väter dieser modernen Technik seien. Ich habe es schon dargestellt: Es gibt bereits andere Städte, die LED-Technik einsetzen. Es gibt auch bereits in Hamburg Modellversuche, ob nun im Grünen Grunde in Ohlsdorf oder, Herr Lühmann, zum Beispiel im Hafen: Dort hat man schon – allerdings alte – LED-Technik eingesetzt. Diese Technik wollen wir nicht. Wir wollen eine moderne Technik, denn diese alte Tech-

nik hat sich nicht bewährt. Wir sind aber jetzt soweit, dass diese Technik auch einsetzbar ist und zu diesen Ersparnissen führt. Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, heute hoffentlich auch auf Ihre Unterstützung für den Startschuss bauen können, den wir heute für eine moderne, umweltfreundliche und nachhaltige Technik geben wollen.

(Beifall bei der CDU – *Katja Husen GAL*: Der Antrag ist doch durch! und Zuruf von *Jörg Lühmann GAL*)

– Bei uns ist die Anwesenheit zumindest noch gegeben, Herr Lühmann. Ich hoffe, dass das bei Frau Timmermann und bei Ihnen gleich auch noch so sein wird.

Aber wenn ich Sie schon beide anspreche: Liebe Frau Timmermann, lieber Kollege Lühmann, mein Wunsch für diese Debatte heute zu einem aus meiner Sicht wirklich unstrittigen, guten Antrag, wäre eigentlich, dass Sie nicht, wie Sie es so häufig tun, in pavlowscher Manier erneut fordern, dass sofort, innerhalb der nächsten Wochen, entweder alle Ampeln auf LED-Technik umgerüstet werden – denn Sie wissen es: Man kann es nicht finanzieren –, und dass Sie wirklich zu diesem Antrag sprechen und wir hier nicht gleich irgendwelche Vorträge zur Verkehrstechnik im Allgemeinen und zum Geschehen in unserer Stadt hören, denn das hätte mit diesem Antrag nichts zu tun. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, fordere ich Sie zur konstruktiven Mitarbeit auf. Fangen Sie heute an, stimmen Sie diesem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Timmermann.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hesse, wir begrüßen natürlich jede Maßnahme, die zu mehr Sicherheit in dieser Stadt führt, die die Zahl der Verkehrsunfälle verringert und insbesondere natürlich die Zahl der Verkehrstoten. Wir freuen uns, dass die CDU jetzt auch den Weg geht, mehr für die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer zu tun, was aus unserer Sicht in den letzten Jahren doch etwas vernachlässigt worden ist. Wenn die Umsetzung dieser Maßnahme, wie hier der Einsatz von LED-Lichtsignalanlagen auch noch zur Folge hat, dass bei den Energie- wie auch bei den Wartungskosten gespart wird: Warum fordern Sie nicht gleich, dass ein Pilot-Projekt für ausgesuchte Bereiche gemacht wird?

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Haben wir doch gehabt!)

– Sie lassen doch erst alles prüfen, Herr Hesse.

Lediglich nur prüfen zu lassen, ist etwas wenig. Wenn Sie von dieser Maßnahme überzeugt sind, sollte man etwas weiter gehen als nur drei Punkte aufzuführen, die nichts Inhaltliches bieten außer einer Prüfung.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das habe ich doch auch gesagt!)

Zum anderen hätte ich vermutet, dass, wenn eine solche Umrüstung von Ampelanlagen bedeutet, dass Energiekosten gespart werden und auch noch ein großes Stück mehr Sicherheit dabei herauskommt, dass dies das operative Geschäft der Fachbehörde sei und dass die Fachbehörde von sich aus handele, wenn sie weiß, dass es technische Neuerungen gibt, die Geld sparen und auch noch Energie, und dass das ohne bürgerschaftliches Ersuchen auf den Weg gebracht würde.

Sie haben darauf hingewiesen, dass wir heute und morgen vier Anträge haben, die sich mit der Verkehrssituation in dieser Stadt befassen. Leider ist dahinter nichts Konzeptionelles zu entdecken. Gleichzeitig muss man auch feststellen, dass Sie mit Ihren Forderungen sehr verhalten sind. Es sind alles Prüfanträge. Sie sind nicht so vollmundig dabei und sagen, wir wollen mehr Sicherheit für die Fußgänger und Fahrradfahrer dieser Stadt. Natürlich kostet das Geld, Herr Hesse. Das ist uns auch klar. Aber in Sachen Sicherheit sollte man nicht kleckern, sondern klotzen.

(Beifall bei der SPD)

Auf die Art und Weise, wie Sie mit den Belangen der Autofahrer umgehen, würde ich mir wünschen, dass Sie auch mit den Belangen der Fußgänger und Fahrradfahrer umgehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Machen wir doch!)

Man kann das eine tun und etwas für die Autofahrer verbessern und für den fließenden Verkehr. Man darf das andere aber nicht lassen und das haben Sie getan. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die erste Debatte nach der Aktuellen Stunde ist ja immer ein bisschen schwierig. Da ist der Saal gern einmal leer. Ob es dann so schlau ist, ein so müdes Thema zur Debatte anzumelden, wo wir doch im Vergleich dazu auch Anträge haben, bei denen offenkundig ist, dass es sich lohnen würde, hier im Plenum darüber öffentlich zu streiten …

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist Ihre Einschätzung, Herr Lühmann. Das muss ja nicht so sein!)

– Man merkt es der Debatte durchaus an, dass ich hier völlig Recht habe, weil Ihr Antrag so unspezifisch ist, dass er eine Debatte gar nicht richtig zulässt. Wir hätten uns zum Beispiel über die Frage sehr gut streiten können, ob Fußgänger an Ampeln vernünftig bedient werden oder nicht. Das beweist doch der Umstand, dass zu Ihrem Antrag ja auch ein Zusatzantrag der SPD vorliegt und einer von uns. Da wäre eine Debatte sinnvoll gewesen.

Es gibt da noch so eine kleine Geschichte, die in dieser Woche gerade durch die Presse gegangen ist, nämlich, dass es jetzt Countdown-Zähler für Rotphasen an den Ampeln geben soll.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

Es ist eigentlich fast eine Unverschämtheit der Behörde, Ihnen die Möglichkeit zu verwehren, dazu erst einmal vorher einen Antrag zu stellen. Aber gut, jetzt haben wir diesen hier.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das wirklich Gute an Ihrem Antrag – und das unterscheidet mich von Frau Timmermann – ist meiner Meinung, dass es ein Prüfantrag ist. Es soll erst einmal richtig tüchtig geprüft werden, wo denn Kosteneinsparungen und Kostenersparnisse möglich sind. Sicherheit soll es auch noch bringen. Eine feine Sache. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur kurz daran erinnern, dass in diesem Prüfantrag sicherlich auch – Sie haben es auch durch Ihre Gestik vorhin deutlich gemacht – die Frage enthalten sein wird, wie viel denn die Einführung dieser Technik tatsächlich kosten wird. Ich erinnere daran, dass in Norderstedt die CDU aus genau diesem Grunde sich dem Ansinnen der SPD und GAL dort entzogen und dies abgelehnt hat.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Nein, wir haben die LED-Technik in Norderstedt!)

– Dann lesen Sie die Zeitung. Die CDU-Fraktion hat dort die Einführung der LED-Technik abgelehnt, weil ihr die Kosten zu hoch waren. Da sage ich Ihnen, so kleinlich sind wir hier nicht. Sie haben den Antrag gestellt, wir stimmen ihm zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 18/2693 zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 27, Drucksache 18/2649, Stellungnahme des Senates zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9./10. März 2005: Schnelle Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder.

[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9./10. März 2005 (Drucksache 18/949) – Schnelle Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder
– Drucksache 18/2649 –]

Wer begehrt das Wort? – Herr Hecht, bitte.

Heiko Hecht CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Durch den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts vom 9. August 2004 ist es zu Verzögerungen bei der Planung und Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder gekommen. Das war der Hintergrund unseres Antrages zur schnellen Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder aus dem letzten Jahr.

Mittlerweile haben wir die hoch erfreuliche Situation, dass bereits im letzten Monat – am 15. Juli – mit dem Präses der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Senator Dr. Freytag, ein sehr würdiger Spatenstich durchgeführt wurde. Seit diesem Spatenstich sind die Maßnahmen zur Erstellung einer Baustraße für die Ortsumgehung Finkenwerder gut vorangekommen. Man kann sich in der Baustelle selbst einen guten Eindruck vom Fortgang der Arbeiten machen. Für die Finkenwerder Bürger stellt sich diese Maßnahme als eine wahre Wohltat dar.

Einige Vertreter der Opposition sahen in diesem Spatenstich ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Dies ist durch den Fortgang der Arbeiten eindeutig widerlegt. Hierin unterscheiden wir uns klar von Vorgängersenaten, die für manche Maßnahmen mehrere Spatenstiche veranstalteten und die Maßnahmen letztlich nicht zu Ende führten.

(Beifall bei der CDU)

Das machen wir jetzt hingegen. Wir führen die Maßnahmen zu Ende. Zurück zum Sachthema.

Der Senat hat mit seiner Mitteilung eine großartige Leistungsbilanz in Sachen Ortsumgehung Finkenwerder hingelegt. Wir sehen hier eine umfassende Planung, die sämtliche mögliche Planungsalternativen umfasst und auch Risiken aufzeigt. Wir haben es bei der Ortsumgehung Finkenwerder mit einer grundlegend anderen rechtlichen Situation als bei der Startbahnverlängerung zu tun. Dies ist in jedem Fall bei der Bewertung der Mitteilung zu berücksichtigen und ist vor allem im Hinblick auf mögliche Enteignungen wichtig.

Im Fall der Ortsumgehung Finkenwerder ist das Allgemeinwohl nicht abstrakt zu sehen, sondern konkret in Form des Straßenbaus gegeben. Insoweit haben wir eine komplett andere Ausgangssituation. Ich erwarte, dass die beteiligten Rechtsanwälte in Neuenfelde und Francop ihre Mandanten auf den feinen, aber kleinen Unterschied aufmerksam machen. Ich hoffe allerdings, dass die meisten Grundstücke auf normalem Weg durch die Liegenschaft erworben werden können. Ich möchte die Liegenschaft bitten, mit dem nötigen, erforderlichen Feingefühl weiter zu verhandeln. Wir haben es im Falle von möglichen Eigentumseingriffen mit sehr starken Eingriffen zu tun, da es hier eine Kollision mit dem Grundgesetz gibt. Dies ist unbedingt mit zu berücksichtigen. Ich appelliere noch einmal, so zu verhandeln, dass mögliche Enteignungen nicht erforderlich sind und man auf dem Verhandlungswege zu einem Ergebnis kommt.

Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass die Ortsumgehung Finkenwerder von herausragender Bedeutung für den Süden Hamburgs ist. Zurzeit entsteht parallel der Finkenwerder Knoten. Hierfür ist die Ortsumgehung Finkenwerder essenziell, um den Anschluss herzustellen. Gerade im Hinblick auf die anlaufende Produktion des Airbus A380 und eine mögliche neue Werkszufahrt von Westen her leistet die Ortsumgehung einen wesentlichen Beitrag, den Produktionsstandort von Airbus zu stärken.

Auch für die neu entstehenden Logistikzentren in Finkenwerder und Waltershof bietet die Ortsumgehung einige sehr interessante Perspektiven. Nicht zuletzt wird der schöne Stadtteil Finkenwerder vom Verkehr befreit und so die städtebauliche Blockade des Stadtteils aufgehoben. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Cords.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Na dann los, Frau Cords!)

Ingrid Cords SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Herr Hecht, ganz im Gegensatz zu Ihnen – so lange sind Sie noch nicht in der Bürgerschaft, aber Ihre Erwartungen müssen natürlich immer übertroffen werden –

(Zuruf von *Klaus-Peter Hesse CDU*)

bin ich ganz anderer Meinung, was die Antwort des Senats auf das Ersuchen der CDU zur schnellen Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder angeht.

Eine Antwort könnte kaum spärlicher ausfallen. Herr Hecht, Ihre Erwartung, den Senat mit einem Ersuchen zum schnellen Handeln zu veranlassen, muss Sie – wenn Sie ehrlich wären – eigentlich enttäuschen. Aber das politische Geschäft, das werden Sie vielleicht schon gemerkt haben, kann ganz schön ernüchternd sein.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Ja, für die Opposition!)

Zugegeben, die Planungsabhängigkeit für diese Straße ist wohl eine der kompliziertesten, die wir in Hamburg je hatten. Das bestreitet keiner. Die SPD hat sich deshalb in der Vergangenheit keinen Illusionen hingegeben, welche Hürden bei Planung und Bau der Umgehungsstraße zu überwinden sein würden.

(*Hans Lafrenz CDU*: Das haben Sie doch 15 Jahre lang verhindert!)

Mit der Airbus-Werkserweiterung und der Landebahnverlängerung hat diese Straße nicht nur ihren Namen durch einen ganz modernen Doppelnamen ersetzt – Ortsumgehung Finkenwerder –, sondern auch ihre Trasse verändert. Sie ist Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses zur Airbus-Werkserweiterung ins Mühlenberger Loch. Damit erfuhren die Umsetzung der Planung und die Realisierung höchste Priorität und Verbindlichkeit. An Unterstützung für die Ausbaupläne hat es von Senat und Bürgerschaft nie gefehlt.

Man könnte sich nun vorstellen, dass damit auch die Umgehungsstraße ein Projekt von besonderer Wichtigkeit, vielleicht sogar zur Chefsache aufgestiegen sein könnte. Ganz offenbar ist das nicht der Fall. Kaum hatte der Senat im vorigen Jahr die Landebahnverlängerung auf den Verfahrensweg gebracht – das haben Sie gesagt –, wurden die Pläne durch das OVG im August 2004 gestoppt. Die parallel bis heute nicht zufriedenstellend gelaufenen Grundstücksaufkäufe haben Hamburg sehr viel Geld gekostet. Offensichtlich hat man im Senat aber aus diesen Erfahrungen keine Lehre gezogen. Wochenlang haben uns die Medien über dieses Spektakel berichtet. Vom Imageschaden für den Industrieansiedlungsstandort Hamburg wurde sogar in der internationalen Presse berichtet. Für die Planung und Verhandlung zur Umgehungsstraße zeichnen sich nun die gleichen Fehlermuster ab. Die Senatsmitteilung beschreibt in der Drucksache unter 3., dass Enteignungen schon beantragt seien und weitere Gespräche folgen würden. Was heißt das für die betroffenen Obstbauern?

Schon die Reihenfolge zeigt, welche Prioritäten der Senat setzt. Auch einsichtige und gutwillige Betroffene – die gibt es nämlich – sind sauer und suchen eine gerichtliche Auseinandersetzung. Das bedeutet eine weitere Zeitverzögerung. Das steht alles in der Antwort.

Politisch ungeschicktes Vorgehen beim Umgang mit privaten Grundeigentümern in Neuenfelde hat in den Elbdörfern zu Misstrauen und Vorbehalt für jede Planung geführt. Die Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder scheint nun einen ähnlich dramatischen Verlauf zu nehmen, wie das Verfahren zur Landebahnverlängerung. In der ausführlichen Debatte im März in der Bürgerschaft zum Antrag der CDU – Drucksache 18/949 – haben die Redner von SPD und GAL ausführlich die zu erwartenden Probleme benannt. Sie haben dem Senat eine Reihe konstruktiver Vorschläge gemacht. Ich zitiere Frau Duden sinngemäß. Sie sagte, dass es auf ein sensibles Verhandeln in Augenhöhe ankomme. Vielleicht sollten auch neue Kräfte dieses Geschäft betreiben, um nicht die alten Fehler zu wiederholen.

(*Inge Ehlers CDU*: Alte SPD-Fehler!)

Sie hat damit die Hoffnung verbunden, Neuenfelde als erfolgreiche Lernwiese erlebt zu haben. Heute scheint es, dass viel erlebt, aber nichts gelernt wurde.

Noch einige Sätze zur vorgelegten Antwort des Senats. Sicher müssen alle notwendigen Verwaltungsschritte abgearbeitet werden. Keiner kann dabei wünschen, gesetzliche Verfahrensschritte auszulassen. Die Qualität der Planungsvorbereitung und der Kommunikation mit den Betroffenen muss aber grundsätzlich höchsten Maßstäben gerecht werden. Hamburg kann sich kein Scheitern dieser Planungen und keine Zeitverzögerung in der Realisierung der Umgehungsstraße leisten.

Herr Hecht, erste Spatenstiche haben nur einen symbolischen Wert. Sie ersetzen keinen Meter Realisierung. Wir haben auch Erfahrungen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lühmann.

(*Marcus Weinberg CDU*: Das Thema ist auch wichtig!)

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist richtig, Herr Weinberg, das Thema ist wichtig. Die Frage ist allein, was seit dem 10. März geschehen ist, warum wir noch einmal hier darüber debattieren müssen. Hat sich irgendetwas grundsätzlich verändert?

Ich glaube, das Einzige, was in der Zwischenzeit klar geworden ist, wurde durch den Redebeitrag von Herrn Hecht noch einmal deutlich. Frau Duden hat in der Debatte am 9. März gesagt, wenn man auf die Menschen in Neuenfelde zugeht, dann werde es nicht ausreichen, wenn man mit ausgestreckten Händen auf sie zugehen würde, sondern darin müsse auch Geld sein. Herr Hecht hat hier erklärt, dass es auf eine Hand zutreffen mag, aber mit der anderen wurde fröhlich und gut sichtbar die Enteignungskeule geschwungen. Auf diese Art und Weise möchte man auch in Neuenfelde dafür werben, dass eine Ortsumgehung Finkenwerder für alle Beteiligten sinnvoll sei. Ich fürchte, dass das bei den Menschen nicht so ganz hinhauen wird, die von dieser Enteignungskeule bedroht sind.

Es stellt sich dabei auch die Frage, ob Sie mit Ihrer Einschätzung Recht haben, dass die leichtere Enteignungsmöglichkeit in Bezug auf Straßenbau hier allein seligmachend ist. Es sind auch noch wasserrechtliche Fragen zu klären. Auch dafür werden Flächen benötigt. Wenn Sie auch hier auf die Enteignungsmöglichkeit setzen, dann begeben Sie sich juristisch auf sehr dünnes Eis. Das – wie ich an Ihrer Mimik sehe – wissen Sie auch.

Der Effekt, den Sie bis jetzt erreicht haben, war, dass Sie mit den Menschen ein wenig gesprochen haben, dass Sie Ihnen ordentlich gedroht und sie öffentlich an den Pran-

ger gestellt haben. In dieser ansonsten tatsächlich nicht sehr umfangreichen Senatsdrucksache steht genau das, wovor wir gewarnt haben: Es sind zwei Normenkontrollanträge eingegangen. Diese stammen nicht etwa von zwei einzelnen Querulanten, sondern von zwei Klägergruppen, die einen erheblichen Anteil der Betroffenen umfassen.

Denen werden Sie nun vor Gericht erklären müssen, was Sie Ihnen in einem Mediationsverfahren nicht erklären wollten, dass es nämlich keine vernünftige Alternative geben würde und dass sich durch den Planfeststellungsbeschluss zur Werksumfahrung des Airbus-Geländes über den Ness keine geänderte Situation ergeben hätte. Sie werden vor Gericht erklären müssen, warum diese Variante gewählt wurde, obwohl gutachterlich festgestellt wurde, dass andere Varianten auch bezüglich des Verkehrs zu einer höheren Entlastung des Zentrums von Finkenwerder beitragen könnten. Alles dies werden Sie dort nicht mehr als handelnder Senat, sondern als Partei vor Gericht erklären müssen. Ich fürchte ehrlich, dass das in der Summe dazu führen kann, dass Sie, wenn Sie dieses Verfahren verlieren sollten, am Ende mit gänzlich leeren Händen dastehen könnten und aus Ihrer Beschleunigung eine ganz erhebliche Verlangsamung geworden ist.

Was machen wir also heute mit diesem "wunderbaren" Senatsantrag? Wir halten uns an das Petitum: Wir haben Kenntnis genommen. Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine unendliche Geschichte ist vorbei. Nach 30 Jahren ergebnisloser Diskussion geschieht endlich etwas für die Menschen in Finkenwerder.

(Beifall bei der CDU)

Die Ortsumgehung mit einer Trassenlänge von 5,5 Kilometern kann endlich kommen. Die Baukosten betragen insgesamt 36 Millionen Euro, die in Baukosten, Grunderwerb, Ingenieurleistungen aufgegliedert sind und immerhin 7,5 Millionen für Ausgleichsmaßnahmen beinhalten. Mit der Vorwegmaßnahme ist am 15. Juli bereits begonnen worden. Vorgesehen ist die Verlegung des Hakengrabens im November 2005 und der planmäßige Beginn der Hauptmaßnahme Anfang 2006.

Selbstverständlich respektieren wir sämtliche gerichtlichen Verfahren, die – wie üblich – bei größeren Infrastrukturprojekten auf die Stadt und auf die Bürger zukommen werden. Das ist ein völlig normaler Vorgang in einem Rechtsstaat, vor Gericht für seine Argumente einzutreten. Ich kann nur sagen: Wir werden vor Gericht für die Menschen in Finkenwerder kämpfen.

(Beifall bei der CDU)

Die Verkehrssituation in diesem Stadtteil ist unerträglich geworden. Täglich fahren dort 20 000 Fahrzeuge durch sehr enge Straßen. Nach dem Bau der Umgehung werden es 8500 weniger sein. Das ist Lebensqualität in Finkenwerder und die haben die Menschen nach drei Jahrzehnten allemal verdient.

(Beifall bei der CDU)

Die Ortsumgehung ist auch wichtig für das Airbus-Werk. Es muss eine Verkehrsanbindung haben, die für die Bedeutung dieses Unternehmens als großer Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor angemessen ist. Ich kann es im Fazit kurz machen: Die Ortsumgehung Finkenwerder ist gut für die Menschen vor Ort und für die Wirtschaft in Hamburg. Am 15. Juli dieses Jahres haben wir den Stein ins Rollen gebracht. Ich glaube, wir haben Anlass, uns mit den Menschen in Finkenwerder und der Wirtschaft zu freuen, wenn es endlich losgeht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 18/2649 Kenntnis genommen hat.

Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt die Wahlergebnisse vor. Bei der Wahl eines Mitglieds des Ausschusses der Region der Europäischen Union sind für Rolf Harlinghausen 112 Stimmzettel abgegeben worden. Alle sind gültig. Herr Rolf Harlinghausen erhielt 67 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen. Damit ist Herr Harlinghausen gewählt.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union sind für Herrn Kraxner 112 Stimmzettel abgegeben worden. Alle 112 Stimmzettel waren gültig. Herr Kraxner erhielt 70 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Damit ist Herr Kraxner gewählt.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde sind 112 Stimmzettel abgegeben worden, davon waren 3 ungültig. Es waren somit 109 Stimmzettel gültig. Herr Wolf-Rüdiger Felsch erhielt 90 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Damit ist Herr Felsch gewählt.

Ich rufe Punkt 34 auf, Drucksache 18/2421, Bericht des Rechtsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Landesrechts.

[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 18/1923: Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Landesrechts (Senatsvorlage) – Drucksache 18/2421 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Langhein.

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das jetzt vorliegende Gesetz zur Deregulierung des Landesrechts ist ein erster Baustein eines Deregulierungsprozesses, der mit weiteren Bausteinen fortgesetzt werden muss und auch fortgesetzt wird.

In dem heute zur Abstimmung stehenden Deregulierungsgesetz werden acht Gesetze und 17 Rechtsverordnungen abgeschafft sowie elf Gesetze und zehn Rechtsverordnungen geändert. So wird beispielsweise ein Normenwerk abgeschafft, weil dessen Gegenstand vom Bundesgesetzgeber bereits umfassend geregelt worden ist.

Der Senat hat angekündigt, dass sich zwölf weitere Deregulierungsprojekte in der Planung und Prüfung befänden, was ich als Deregulierungsbeauftragter der CDU-Fraktion gutheiße. Dies ist – wie ich aus der Presse entnehmen konnte – auch ein Anliegen der Opposition, die bemängelt, dass zu wenig Rechtsverordnungen und Gesetze abgeschafft würden. Ich habe aber von der Opposition noch keinen konkreten Vorschlag für die Abschaffung von Rechtsnormen gehört.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Doch!)

Ich kann nur hoffen, dass die Opposition in den folgenden Debattenbeiträgen konkrete Vorschläge zur Abschaffung von Rechtsnormen in Hamburg macht.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Machen Sie erst mal Ihre Hausaufgaben!)

Höre ich von der Opposition keine konkreten Vorschläge zur weiteren Abschaffung von Rechtsnormen, ist jede Kritik an dem vom Senat eingeschlagenen Weg zur Deregulierung und Endbürokratisierung substanzlos.

(*Ingo Egloff SPD*: Sie regieren, nicht wir!)

Die CDU-Fraktion unterstützt den Senat, Rechtsvereinfachungen in Hamburg umzusetzen, indem konkrete Vorschläge und Anregungen erfolgen. So wird demnächst eine Vereinfachung des Stiftungsrechts in diesem Hause zur Abstimmung gestellt, damit Hamburg weiter die Stiftungshauptstadt in der Bundesrepublik Deutschland bleibt. Aufgrund einer sich verändernden Arbeitswelt wird auch das Hamburgische Bildungsurlaubsgesetz überarbeitet werden müssen, um Hamburg als attraktiven Wirtschaftsstandort zu sichern.

(*Ingo Egloff SPD*: Also abschaffen!)

Hierbei möchte ich nicht in Abrede stellen, dass ein solches Vorhaben von allen Beteiligten Opfer abverlangt, aber auch nicht unbeachtliche Vorteile in sich birgt. Ziel muss es in verstärktem Maße sein, Arbeitsplätze zu schaffen und vor allem auch zu erhalten.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Zählen Sie nachher mal die Arbeitsplätze nach, die das gebracht hat!)

Genau dies ist es, was die Wirtschaft mit allen Hamburgerinnen und Hamburgern von einem Deregulierungsprozess und auch von diesem Parlament verlangen kann.

Weitere Reformvorhaben im Bereich der hamburgischen Rechtsnormen sind anzupacken. Die CDU-Fraktion hat ein offenes Ohr für Vorschläge zur Abschaffung oder Reform von Rechtsnormen in Hamburg, egal, woher sie kommen.

In Hamburg hat sich eine Aufbruchstimmung entwickelt, die es erlaubt, ohne große Beschränkungen durch Rechtsnormen in unsere Stadt zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Es kann und darf nicht Aufgabe des Staates sein, sich durch Rechtsnormen in viele Lebensbereiche einzumischen. Der Gesetzgeber hat sich zu beschränken, wenn es darum geht, Ideen, die Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schaffen, Gestalt annehmen zu lassen.

Nicht für alle Lebensbereiche dürfen Normen vorliegen oder geschaffen werden, die eine Entfaltung des Individuums einschränken oder lenken. Viele Lebensprozesse sind über Normen auch nicht lenkbar. Für mich gibt es kein Menschenbild, das sich in allen Lebensbereichen über Normen erklärbar machen lässt.

Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden Gesetz zustimmen. Ich fordere die Opposition auf, dies ebenfalls zu tun und an einer weiteren Abschaffung und an Reformen von Normen in Hamburg mitzuwirken.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

"Der Berg kreißte und gebar eine Maus".

Das kommt einem bei Durchsicht dieses großen Deregulierungsgesetzes des Senats in den Sinn. Am 8. März tönte der Senat in einer Pressemitteilung: Weniger ist mehr! Einfaches Recht für die Wachsende Stadt! Es ist richtig, dass weniger mehr wäre, wenn er weniger lautstark dieses Projekt angekündigt und betrieben hätte. Dann könnte man die Ergebnisse dieser Fleißarbeit auch mehr würdigen.

Mit dem einfacheren Recht verhält es sich wie mit der Wachsenden Stadt. Beides sind fromme Wünsche, die mit der Realität nichts zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Um eines klarzustellen: Die SPD hat dieses Projekt begrüßt und wird auch in Zukunft jeden sinnvollen Ansatz zur Deregulierung unterstützen. Aber was ist Deregulierung eigentlich und was hat diese Drucksache damit zu tun?

Ich zitiere aus dem Rechtswörterbuch von Creifelds:

> "Deregulierung ist der Oberbegriff für alle Maßnahmen mit dem Ziel, die Regulierung privater Tätigkeit durch staatliche Rechtsnormen sowie die Regulierung der Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung durch Rechtsnormen und Verwaltungsvorschriften zu reduzieren. Die Kompetenz der Entscheidungsträger zur flexiblen Reaktion soll dadurch erweitert und deren Verantwortungsbereitschaft erhöht werden. Zur Deregulierung gehört auch, Entscheidungszuständigkeit einer höheren Ebene nach Möglichkeit auf eine untere Ebene zu delegieren. Zur Deregulierung gehören auch Privatisierung und Rechtsbereinigung. Durch die Deregulierung sollen Verwaltungsabläufe beschleunigt, vereinfacht und wirtschaftlicher gestaltet sowie private und unternehmerische Eigeninitiative gefördert werden."

Gut so. Aber wo haben wir hier einen Verzicht auf Regelungsbefugnisse zu verzeichnen? In der Presse lasen wir, dass 19 Gesetze und 27 Rechtsverordnungen aufgehoben oder geändert und 300 Einzelvorschriften ersatzlos gestrichen würden. Das hört sich gut an, wenn man vor allem darauf setzt, dass sich niemand die Mühe macht, die fünfundzwanzigseitige Drucksache zu lesen. Wenn man es aber doch macht, stellt man Folgendes fest:

Bei Ihren Deregulierungsmaßnahmen handelt es sich in sechs Fällen um Anpassungen an bestehendes Bundesrecht, in zwei Fällen setzen Sie Vorgaben der Gerichte um, in fünf Fällen haben Sie aber nur Änderungen redaktioneller Art vorgenommen und zu guter Letzt hatten sich

in 19 Fällen die zu ändernden oder aufzuhebenden Vorschriften durch Zeitablauf praktisch selbst erledigt.

Da wäre zum Beispiel die Aufhebung des Gesetzes zum Abkommen über den Betrieb des niedersächsischen Krankenhauses Brauel. Diese Gesetzaufhebung als Deregulierung zu bezeichnen, ist ein Witz. Das Abkommen wurde bereits zum 31. Dezember 2001 durch das Land Niedersachsen gekündigt.

Noch ein Beispiel, nämlich das Gesetz zur Regelung deichrechtlicher Verhältnisse. Das Gesetz regelte nach der Sturmflut 1962 Eigentumsverhältnisse an Deichgebieten neu. Die Verfahren sind seit Jahren abgeschlossen. Ein Anwendungsbereich gab es daher ohnehin nicht mehr. Deregulierungsnutzen daher gleich Null.

Wo wir gerade so schön beim Schnacken und Döntjes erzählen sind – es sind kleine Lügengeschichten, die Sie uns hier auftischen oder wollen wir lieber sagen: Deregulierungsmärchen? –, heben Sie auch noch die Prüfungsordnung des Abendwirtschaftsgymnasiums auf. Gut so. Zwar besteht diese Institution schon seit 1999 nicht mehr, aber man weiß ja nicht, was eine solche herrenlose Prüfungsordnung alles anstellen kann.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Von den sage und schreibe 48 Artikeln des Deregulierungsgesetzes entpuppen sich 32 als schlichte Rechtsbereinigungsmaßnahmen. Insoweit war diese fleißige Entrümpelungsarbeit ein voller Erfolg.

Nicht die ganze Drucksache ist so gegenstandslos wie diese genannten Änderungen. In manchen Bereichen wird – das gestehe ich ohne Weiteres zu – Sinnvolles erreicht und umgesetzt. So macht sicher die Neuregelung des Dolmetschergesetzes Sinn, auch die Änderungen des Hamburgischen Wassergesetzes erachte ich als vernünftig. Im Prinzip sind das aber einzelne Gesetzvorhaben, die auch gut in einer eigenen Drucksache hätten untergebracht werden können. Mit Sicherheit hätte es diese Gesetzänderungen auch ohne Deregulierungsprojekt gegeben. Sie sind also keine Folge des Deregulierungsprojekts und erst recht kein Erfolg des Senats. Trotzdem oder deswegen würde der Senat gut daran tun, Deregulierung als einen – aber im Sinne der von mir eingangs zitierten Ziele – kontinuierlichen Prozess zu betrachten.

Ich möchte kurz auf den Deregulierungsbeauftragten der CDU-Fraktion – das Wort habe ich heute zum ersten Mal gehört – eingehen. Sie fordern uns zur Mitwirkung auf; das machen wir auch. Aber hier liegt die Initiative beim Senat. Und dort, wo der Senat initiativ geworden ist, fallen Sie ihm in den Rücken, denn das von Ihnen zitierte Stiftungsgesetz hätte nach dem Willen der SPD schon längst verhandelt werden können. Aber es war Ihre Fraktion, die Ihre Staatsräte gestoppt hat.

Deregulierung ist richtig im Sinne der von mir genannten Ziele. Dabei sollten besonders die Verwaltungsvorschriften in den Blickpunkt rücken. Hier ist eine Menge zu tun. Ich fordere Sie daher auf: Packen Sie es an! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL]

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Klooß hat schon ausführlich die Einzelpunkte auseinandergenommen. Es wird sehr deutlich, dass diese Drucksache viele Dinge beinhaltet, wo gar nicht wirklich dereguliert wird.

Unter Deregulierung stelle ich mir vor, dass tatsächlich das Leben für die Bürgerinnen und Bürger einfacher wird, dass es weniger reguliert ist. Das wäre tatsächlich ein sehr erstrebenswertes Ziel. Aber das ist überhaupt nicht der Anspruch dieser Drucksache, sondern das Finden von überflüssig gewordenen Regelungen, die friedlich im Gesetzbuch stehen, aber dort nicht mehr stehen müssen. Das hat Herr Klooß an vielen Beispielen deutlich gemacht. Insoweit beschränkt sich diese Drucksache in weiten Teilen darauf, dass das Gesetzbuch verkürzt und die Gesetzessammlung hamburgischer Gesetze und Verordnungen ein bisschen schlanker werden soll. Das kann man machen, das ist eine schöne Maßnahme zum Einsparen von Papier, aber gleichzeitig ist es auch eine besonders schöne Illustration für den Begriff "Papiertiger".

(Beifall bei der GAL)

Wenn wir wirklich diesen Gedanken der Deregulierung ernst nehmen wollen, dann brauchen wir tatsächlich eine andere Kultur der Regulierung. Wir haben vielfach das Phänomen, dass sowohl die Behörde als auch wir Politikerinnen und Politiker auf Problemstellungen reflexhaft mit Regulierungen antworten. Das ist vielleicht auch die Begründung, weshalb der Justizsenator zwar viele überflüssig gewordene Gesetze zur Streichung vorschlagen kann, aber gleichzeitig an anderer Stelle weit mehr Verordnungen und Gesetze neu entstanden sind, die das Gesetzbuch wieder füllen. Das ist tatsächlich ein wichtiger Punkt, an den wir heran müssen, dass wir diesen Reflex nicht in dieser Weise betreiben, wie wir es bisher immer gemacht haben.

Herr Langhein, Sie haben gesagt, dass wir keine Vorschläge gemacht hätten. Ich erinnere mich daran, dass auf diesen Vorhalt hin die geführte Debatte im Rechtsausschuss vom Justizsenator ziemlich schnell als irrelevant abgetan wurde, weil es ein wunderbares Beispiel für eine solche Regulierungswut gibt. Ein vermeintliches Problem, das erkannt und sofort mit einer Verwaltungsanordnung beantwortet wurde, war – darüber hat die ganze Stadt debattiert – die Fachanweisung Absperrelemente. Es wurde vom Staatsrat dem einzelnen Polizisten vor Ort, der sein Revier wirklich gut kennt, gesagt, wann er wo einen Bügel oder einen Poller aufstellen darf und wo nicht. Das ist tatsächlich Regulierung im feinsten Sinne, weil das verhindert, dass Bürgerinnen und Bürger, die ein bestimmtes Problem haben und meinen, dass an einer bestimmten Stelle ein Absperrelement angebracht werden müsse oder die sich an einem bestimmten Absperrelement stören, sich konkret mit den Polizisten auseinandersetzen, die vor Ort die Kenntnisse haben.

Das ist tatsächlich ein Beispiel dafür, wie die Regulierungswut auch unter der CDU-Regierung um sich geschlagen hat. Hier haben Sie die Debatte im Weiteren verweigert. Es gäbe sicherlich eine Vielzahl Vorschläge in diesem Bereich zu machen.

Wenn man es aber gründlicher machen will, dann muss man an die Strukturen heran. Das werden wir im Rahmen der Verwaltungsreform zu verhandeln haben. Da zeigt sich, dass die CDU mit Schwung angetreten und mit nicht

ganz so viel Schwung jetzt auf der Ebene der Bürgerschaftsdrucksache gelandet ist. Es zeigt sich auch, dass sie verhältnismäßig mutlos ist, denn wir müssen die Strukturen verändern und sehen, wer mit welchen Problemen zu befassen ist und wie viele Verwaltungsstellen befasst werden müssen, bis Bürger mit ihren Anliegen Erfolg haben. Nur dann werden wir ein spürbar weniger reguliertes Alltagsleben haben. Die Veränderung der Strukturen sollte im Vordergrund stehen. Dann werden wir möglicherweise auch dieser Regulierungswut entgegenwirken. Wenn die fachlich kompetenten Verwaltungsmitarbeiter tatsächlich Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung in einer Hand haben, dann sehen sie vielleicht auch nicht mehr so sehr das Bedürfnis für kleinteilige Verordnungen und Verwaltungsanweisungen.

Wir stimmen der Verkürzung des Gesetzbuches in weiten Teilen zu, aber es gibt einen Punkt, der mit Deregulierung relativ wenig zu tun hat, weil er ein Politikum ist. Es handelt sich um Artikel 2 dieses Gesetzes, der die Abschaffung der so genannten Hamburger Ehe betrifft. Rotgrün ist in Hamburg mit der Hamburger Ehe vorangegangen – in der Tat, beschränkte Rechte, aber immerhin die Möglichkeit, gemeinsam eine Sozialwohnung zu beziehen oder sich im Krankenhaus gegenseitig zu besuchen –, als unter schwarz-gelber Regierung auf Bundesebene noch lange nicht daran zu denken war, dass es annähernd so etwas geben könnte wie die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschafen mit der heterosexuellen Ehe. Es gab eine Vielzahl lesbischer und schwuler Paare, die mit großer Freude darauf reagiert und gesagt haben, ja, wir wollen diese Partnerschaft eingehen, die weitestgehend symbolische Verpflichtung füreinander hat und wir wollen füreinander einstehen.

Jetzt gibt es diese Paare und es sind viele, die aus bestimmten persönlichen Gründen genauso wie viele heterosexuelle Paare sagen, wir müssen nicht heiraten, wir leben unverheiratet zusammen, und die diesen weiteren Schritt, den die Lebenspartnerschaft, wie sie jetzt auf Bundesebene geregelt worden ist, nicht gehen wollen. Sie sagen, dieses erreichte Niveau ist für uns richtig und das wollen wir beibehalten. Plötzlich wird qua Gesetz deren eingegangene Partnerschaft aufgelöst. Das ist schwerwiegend und nicht in Ordnung. Das Hineinregieren in die privaten Beziehungen dieser lesbischen und schwulen Paare halten wir für inakzeptabel.

(Beifall bei der GAL)

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum das Verhalten Hamburgs ein Politikum ist, und zwar das Verhalten der gesamten CDU-geführten Bundesländer im Bundesrat zur Vervollkommnung der Lebenspartnerschaft. Rotgrün hat auf Bundesebene geregelt, was ohne Zustimmung des Bundesrats möglich war. Das sind beispielsweise die Belastungen in der Sozialhilfe. Wenn man eine Lebenspartnerschaft eingeht und der Partner arbeitslos wird, gilt die Einstandspflicht und es gibt keinen eigenständigen Sozialhilfeanspruch. Das halten wir auch für richtig. Nicht wenige Paare sagen, sie sehen nicht ein, diese Partnerschaft einzugehen, wenn nicht gleichzeitig die Vorteile der Ehe, die insbesondere im Steuerrecht liegen, damit verbunden sind, sich also der Grundsatz "In guten wie im schlechten Zeiten" rechtlich, steuerlich und finanziell ausdrückt.

Viele Paare sagen ganz bewusst, solange die vervollkommnende Lebenspartnerschaft nicht da ist, wollen sie lieber auf dem Niveau der Hamburger Ehe bleiben. Da ist es besonders perfide, wenn der Hamburger Senat mit Justizsenator Kusch, der diese Gleichstellung, die Vervollkommnung der Lebenspartnerschaft auf Bundesebene verhindert und blockiert, auch noch diese Paare, die sich für die Hamburger Ehe entschieden haben, aus der Beziehung herausreißt und sie noch schlechter stellt, als sie ohnehin schon dastehen. Das ist inakzeptabel und deshalb werden wir diesem Punkt nicht zustimmen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Heintze.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe Herrn Klooß fasziniert zugehört. Auf den Grund komme ich anschließend. Zuerst möchte ich auf Herrn Steffen eingehen, zumindest auf den Teil, der zum Thema der vorliegenden Drucksache gehört, und nicht auf den Teil, den er danach ausgeführt hat.

Es ist faszinierend, dass die Grünen jetzt auf die Idee kommen, Verwaltungsvorschriften aus Nostalgiegründen behalten zu wollen. Nichts anderes ist das, was Sie hier fordern, und das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Warum? – Durch die Streichung des Artikels für die Hamburger Ehe findet für die betroffenen Paare keinerlei Verschlechterung statt. Alles, was für diese Paare wichtig ist, ist auf Bundesebene geregelt. Nur der Grund, dass jemand sagt, es sei noch nicht genug geregelt und er möchte die Hamburger Ehe behalten, kann für uns als Parlament nicht der Grund sein, auf überflüssige Verwaltungsvorschriften nicht zu verzichten. Dieses kann man sehr gut streichen. Deswegen werden wir auch diesem Teil zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen wir aber auf reflexhafte Reaktionen und das Kreisen um Berge, wie Herr Klooß es hatte. Ich habe mich im Vorfeld der Debatte ein bisschen schlau gemacht, wer um welche Berge kreist. Ich freue mich, dass GAL und SPD verbal im Entbürokratisierungsboot angekommen sind, allerdings leider nur in Hamburg. Ich habe geschaut: Masterplan, Bürokratieabbau in Berlin. Vor zwei Jahren wurde damit riesig gestartet, seit 2003 haben wir 280 neue Gesetze, 45 wurden gestrichen. Herzlichen Glückwunsch! Das ist das, was Sie unter Deregulierung verstehen.

Noch schlimmer wird es beim Thema Verordnungen; es gab 903 neue, 233 wurden gestrichen. Dafür haben Sie riesige Kommissionen, einen ganzen Minister, der sich darüber gefreut hat, dass es im Wirtschaftsmagazin "Economist" hieß, Marsmenschen würden eher in Deutschland als in den USA investieren. Das kann nicht der Maßstab unserer Politik in Hamburg sein und ist es auch nicht. Bei dem Kreisen um Berge haben Sie also reichhaltige Erfahrung, für das Thema Deregulierung reicht Ihre politische Erfahrung nicht.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch die Grünen machen sich für neue Verwaltungsverordnungen stark. Allein das grüne Prestigeobjekt, das Antidiskriminierungsgesetz umfasst 139 Seiten und enthält viele ungeklärte Begrifflichkeiten. Da freuen sich die Juristen, sicherlich ist es auch eine Art Arbeits-

beschaffung für Herrn Steffen. Es ist ein riesiges Regelausnahmelabyrinth, durch das keiner durchfindet. Die CDU hat zu Recht gesagt, das machen wir nicht mit, wir wollen, wenn wir über Verwaltungsderegulierung reden, diesem auch Taten folgen lassen und nicht auf der anderen Seite neue Gesetze machen, die es der Wirtschaft noch schwerer machen, als es Rotgrün betreibt.

(Beifall bei der CDU)

Die Folge Ihrer Politik – die Wirtschaft ächzt weiter. 50 Prozent der deutschen Unternehmen fühlt sich von Bürokratie beeinträchtigt, besonders stark belastet ist der Mittelstand. Bundesweit geht man davon aus, dass 46 Milliarden Euro allein an Bürokratiekosten in den Unternehmen anfallen. 80 Prozent davon entfallen auf mittelständische Institutionen. Das Fazit der Weltbank vom letzten Jahr war daher richtig: In Deutschland hat sich seit 2004 in Sachen Deregulierung nichts, aber auch gar nichts getan. Meine Damen und Herren von der SPD und der GAL, das liegt in Ihrer Verantwortung und nicht in unserer.

Die Einzigen, die handeln, sind die CDU-Länder. In Hamburg machen wir es vor. Die vorgelegte Drucksache ist ein erster Schritt. Viele gute Dinge werden gestrichen. Auch im Baurecht wird es Vereinfachungen gegen. Ein Drittel der Vorschriften wird gestrichen. Umbauten sind teilweise genehmigungsfrei. Baugenehmigungen werden deutlich beschleunigt. Hier hat der CDU-geführte Senat eine gute Arbeit getan, Arbeit, die beim Bürger auch ankommt. Wir werden diese im Norden verstärken, denn auch Landesgrenzen können gelegentlich Bürokratiehürden sein. Diese Hürden wollen wir einebnen und zu möglichst ähnlichen Regelungen kommen wie in den anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU)

Eine weitere sinnvolle Maßnahme, um den Vorschlagskatalog, der von Ihnen gefordert wurde und nicht gekommen ist, zu ergänzen, wäre sicherlich eine seriöse und schnelle Gesetzfolgeabschätzung für die Wirtschaft, denn hier drückt der Schuh. Häufig ist Bürokratie für deutsche Unternehmen existenzgefährdend. Ich habe in diesen Tage eine E-Mail eines Unternehmers bekommen, in der es heißt, er würde nicht mehr verstehen, warum er jetzt dem Statistischen Landesamt dieses und jenes melden müsse, er habe im Moment ganz andere Probleme, er würde nämlich am Standort ums Überleben kämpfen. Hier müssen wir helfen und nicht darüber reden, dass wir vielleicht auch für Bürokratieabbau sind. Das tut die CDU.

(Beifall bei der CDU – *Farid Müller GAL*: Das ist doch Quatsch!)

In diesem Sinne arbeiten wir auch am Standort, denn einen Standortvorteil hat Hamburg in Sachen Bürokratie und Deregulierung. Wir haben einen der geringsten Bestände an Gesetzen und Rechtsverordnungen im Vergleich mit anderen Bundesländern. Diese wollen wir weiter senken, hier wollen wir ganz an die Spitze.

Für die CDU bedeutet Deregulierung, dem Staat Aufwand und damit auch dem Steuerzahler Kosten zu ersparen und dem Bürger mehr Freiheit zu geben. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, der Vorlage zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Punkt hat Herr Heintze Recht,

(*Bernd Reinert CDU*: In allen Punkten!)

und zwar bei der rechtlichen Einschätzung der Hamburger Ehe und des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Wir sehen es auch so, dass durch das Lebenspartnerschaftsgesetz alles abgedeckt ist, dass wir auf das Rechtsinstitut der Hamburger Ehe verzichten können.

An der Stelle muss ich aber doch einmal ein bisschen Wasser in den Wein schütten. Ich würde hier nicht so herumtönen, Herr Heintze, wenn man sich anguckt, wie die Anzahl der Gesetze in Hamburg in Wahrheit aussieht.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Nun vergreifen Sie sich mal nicht im Ton!)

Seit dem 31. Oktober 2001 – das ist, glaube ich, seitdem es einen CDU-geführten Senat gibt – ist die Zahl der Gesetze in Hamburg um rund 10 Prozent gestiegen, um 32 auf 325, und die Zahl der Rechtsverordnungen um 17 auf 682.

(*Rolf-Dieter Klooß SPD*: Hört, hört!)

Insofern können Sie hier nicht von Deregulierung sprechen, wenn die Wahrheit ganz anders aussieht. Selbst nach Ihrer Vorlage haben wir noch mehr Gesetze als vorher. Ich würde aufhören, hier so herumzutönen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie die Aufhebung der Überwachungsverordnung zur Heizungsanlagenverordnung als allgemeinen Durchbruch zur Deregulierung verkaufen wollen, ist nur noch lächerlich.

Es bleibt für die selbst ernannten Deregulierungsbeauftragten viel zu tun. Wir sind gespannt, wir helfen weiter mit, aber hören Sie auf, hier viel Lärm um Nichts zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Heintze, Sie haben gesagt, Deregulierung bedeutet mehr Freiheit für den Einzelnen, und haben das mit einem Redebeitrag verbunden, in dem Sie ganz munter sagen, macht doch nichts, wenn Behinderte, Ältere und Homosexuelle diskriminiert werden.

(*Bernd Reinert CDU*: Hat er doch gar nicht gesagt!)

Das ist die politische Haltung der CDU, die weiß, dass sie in wenigen Wochen im Bundestag auch ein Antidiskriminierungsgesetz beschließen muss, weil es aufgrund europarechtlicher Vorgaben notwendig ist. Es wird dann schon sehr interessant sein, wie die CDU begründen will, warum diese Gruppen munter weiter diskriminiert werden dürfen, während es für andere verboten werden wird.

Diskriminierung findet in Deutschland statt und Diskriminierung schadet auch dem Wirtschaftsstandort, weil die Wahrnehmung von Fremden- und Homosexuellenfeindlichkeit natürlich dazu führen kann, dass ausländische Investoren sagen, da möchten sie lieber nicht hin. Aber es führt auch dazu, dass sich kreative Potenziale nicht entfalten können, weil nicht derjenige die besten Chancen hat, der die beste Leistung bringt, sondern derjenige, der in das herkömmliche Raster passt.

Deswegen stehen wir dazu. Ebenso stehen wir zu der europarechtlichen Regelung, die die CDU im Bundestag natürlich dazu zwingen wird, ein solches Gesetz zu beschließen, das im Endeffekt genauso umfangreich sein wird wie das von Rotgrün vorgelegte Antidiskriminierungsgesetz.

Herr Heintze, wenn ich mir den Vorschlag für die Bauordnung ansehe, sehe ich, dass eine Menge Paragraphen gestrichen worden sind. Aber auf die Streitigkeiten, die sich dann ergeben, weil manches unklarer geworden ist, freue ich mich ganz speziell als Rechtsanwalt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Die GAL-Fraktion hat beantragt, über Artikel 2 und Artikel 23 des Gesetzentwurfs aus der Drucksache 18/1923 gesondert abstimmen zu lassen.

Wer möchte nun der Empfehlung des Rechtsausschusses folgen und das Gesetz zur Deregulierung des Landesrechts mit Ausnahme von Artikel 2 und Artikel 23 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Wer nun Artikel 2 und Artikel 23 des eben genannten Gesetzes beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer möchte das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz zur Deregulierung des Landesrechts mit Ausnahme von Artikel 2 und Artikel 23 in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Wer nun in zweiter Lesung auch Artikel 2 und Artikel 23 des eben beschlossenen Gesetzes seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit, bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 15 und 61, Drucksache 18/2602, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Chaos beim Büchergeld: Alles wird teurer – nichts wird besser, und Drucksache 18/2472, Antrag der SPD-Fraktion: Keine Studiengebühren für das Erststudium.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Chaos beim Büchergeld: Alles wird teurer – nichts wird besser – Drucksache 18/2602 –]

[Antrag der Fraktion der SPD: Keine Studiengebühren für das Erststudium – Drucksache 18/2472 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vier Jahre CDU-Regierung in Hamburg, das sind vier Jahre, in denen Eltern erheblich mehr für die Bildung ihrer Kinder bezahlen müssen, und ein Ende der weiteren Belastung ist nicht absehbar. Seien es die Kostensteigerungen bei den Kitas, die neue Gebührenpflicht bei den Vorschulen, das Ziel, für Schulschwimmen und für zusätzliche Angebote an Ganztagsschulen Gebühren zu erheben, oder auch die Einführung von Studiengebühren, keine Altersgruppe bleibt von der CDU-Politik verschont.

Zum August dieses Jahres ist nun eine große bildungspolitische Errungenschaft gefallen, nämlich die Kostenfreiheit des Schulbesuches. Durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit ist faktisch das Schulgeld – das alte – wieder eingeführt worden.

Aber nicht nur, dass Sie ahnungslos sind, was Kinder in dieser Stadt wirklich an Förderung gebrauchen, Sie, Frau Senatorin Dinges-Dierig, sind auch, so hat man den Eindruck, weitgehend ahnungslos über das, was in Ihrem Hause und was an Hamburgs Schulen wirklich passiert.

Das Büchergeld-Chaos beschäftigt uns nun seit Monaten und ein Ende ist nicht absehbar. Es gab Informationsbriefe der Schulbehörde, die mehr für Unklarheit als für Klarheit gesorgt haben. Es wurden in diese Briefe Unterschriften von Behördenmitarbeitern eingescannt, die diese Briefe vorher nie gesehen haben. Bis heute steht nicht fest, ob die Eltern nicht stärker zur Kasse gebeten werden, weil die Bücherrabatte nicht gesichert worden sind. Wir haben dort entsprechende Auskünfte bekommen.

Die Täuschung der Eltern und der Öffentlichkeit geht aber bis heute munter weiter und gipfelt in Antworten auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Büchergeld. Es werden Informationen zurückgehalten, Fakten geleugnet, falsche Behauptungen aufgestellt und ziemlich kuriose Berechnungen angestellt.

So antwortet der Senat, es gebe keine fehlerhaften Lernmittellisten in der Stadt, obwohl jeder aus persönlichem Beispiel einige kennt und die Medien auch darüber berichtet haben.

Dann wird deutlich, dass Sie über die Situation der beruflichen Schulen überhaupt keine Angaben machen können, ebenfalls nicht über die gymnasialen Oberstufen. Daran wird sich wahrscheinlich auch nichts ändern, weil Ihre tolle Software, für die Sie lange genug gebraucht haben, um sie anzuwenden, gar nicht in der Lage ist, für einzelne Schülerinnen und Schüler eine individuelle Lernmittelliste zu erstellen, wie es an den Oberstufen nun einmal üblich ist, weil wir immer noch eine Wahlfreiheit von Kursen haben.

Verheimlicht wird auch die schlichte Frage, wie viele Schülerinnen und Schüler überhaupt keine Bücher erhalten haben. Auf Frage 8 in unserer Großen Anfrage – "An

wie vielen Schulen beziehungsweise in wie vielen Klassen werden Schulbücher zu Schuljahresbeginn voraussichtlich den Schülerinnen und Schülern nicht zur Verfügung gestellt werden?" – antwortet der Senat:

"Allen Schülerinnen und Schülern aller Klassen an allen Schulen stehen zum Schuljahresbeginn Schulbücher zur Verfügung."

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – *Thomas Böwer SPD*: Tätärätä!)

Das ist großartig.

In der Realität haben viele Kinder keine Bücher bekommen, teilweise in Klassen, in denen die förderberechtigten Kinder auf ihre Bücher warten und die anderen Kinder, deren Eltern die Bücher gekauft haben, welche haben. Der Supergau, den wir befürchtet haben, ist natürlich leider auch in Hamburg Realität geworden.

Das leugnen Sie, das interessiert Sie nicht und Sie verweigern die Antworten. Das ist nur Zynismus gegenüber der Bürgerschaft, der Sie als Senat zur wahrheitsgemäßen Antwort verpflichtet sind, es ist auch Zynismus gegenüber den Kindern. Das zeigt auch Ihre Geisteshaltung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte einen weiteren Fehler benennen, der Ihnen durchgegangen ist. Die BBS hat die Schulen nach den tatsächlich erhobenen Gebühren gefragt und hat auf dieser Grundlage – das ist zwar seltsam – Statistiken erstellt. Da ist Ihnen aber etwas entgangen, was wir aus der Praxis wissen. Viele Schulen haben nämlich nur der Behörde die Gebühren genannt, aber nicht die Kosten, die die Eltern für Bücherkauf in diesem Höchstsatz bezahlen müssen. Es gibt Schulen, die sagen, für 50 Euro müsst ihr Bücher leihen und für 30 Euro müsst ihr Bücher kaufen. Das macht einen Höchstsatz von 80 Euro für die Sekundarstufe I und das ist auch der Betrag, der in dieser Anfrage als Grundlage hätte genannt werden müssen. Viele Schulen haben aber, weil der Kauf in den Klassen so unterschiedlich ist, der BBS nicht 80 Euro genannt, sondern 50 Euro, sodass dort mit niedrigen Werten gearbeitet wird. Wenn wir als Opposition solche Informationen haben, ist es ein Armutszeugnis für die Schulbehörde, die einen viel besserem Zugang zu diesen Daten hat und die nicht in der Lage ist, hier korrigierend einzugreifen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann wollten wir wissen, was die Eltern in Hamburg im Durchschnitt zahlen. Auch hier kommt es zu einer weiteren, sehr seltsamen Berechnung, die Herr Heinemann auch in seiner Pressemitteilung aufgegriffen hat. Es wurden der niedrigste und der höchste Wert in einer Schule genommen, beide addiert und die Summe durch zwei geteilt.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das nennt man Spannweite!)

Das haben der Senat und Herr Heinemann der Öffentlichkeit als Durchschnittswert verkauft. Das sind plumpe Rechentricks, über die sich die Eltern sehr, sehr ärgern.

Am zweiten Punkt wurden ähnlich kreative Mittelwerte berechnet und ich hoffe, ich kann das erklären. Wir haben gefragt, wie viele alte Bücher gegen Gebühr verliehen wurden, weil es die Eltern sehr geärgert hat, für Bücher, für die schon Steuern bezahlt wurden, noch einmal zur Kasse gebeten zu werden. Da antwortet der Senat:

"… für Bücher aus dem Altbestand 50,01 Prozent."

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: 0,1! 0,1!)

Sie haben nachweislich eine falsche Aussage gemacht, die in der Stadt zu Irritationen geführt hat, weil es sich überhaupt nicht mit der Realität deckt. Ich versuche zu schildern, wie dieser Mittelwert berechnet wurde.

In der Anfrage sind für die Schulen, für die Sie eine Angabe machen können, jeweils gesagt worden, wie hoch der Anteil der gekauften Bücher ist. Das sind 30, 50, 60 und 70 Prozent. Einen solchen Wert gibt es für jede Schule, die stehen alle in der Spalte. Dann hat man diese Werte addiert und durch die Anzahl der Schulen geteilt. Das ist der Mittelwert der CDU-Fraktion und hat natürlich nichts mit dem realen Durchschnittswert zu tun, weil die Schulen unterschiedlich groß sind und unterschiedliche Schülerzahlen haben. So wurden die Werte natürlich letztlich hochgetrieben, weil an den Grundschulen schon immer erheblich viele Arbeitshefte gekauft wurden

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Gewichten Sie das mal!)

und diese Schulen ziemlich klein sind, sodass Sie durch diese absurde Rechnung einen ganz falschen Wert in die Öffentlichkeit gebracht haben und sich alle darüber wundern, wie der zustande gekommen ist. Ich hoffe, ich habe es verständlich gemacht, wie die CDU in Hamburg rechnet.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Wolfgang Beuß CDU*: Ne, ich hab' es nicht begriffen!)

Die Aussage ist also nachweislich falsch und die Eltern haben es auch schon bemerkt. Wir haben erheblichen Run auf die Antwort unserer Großen Anfrage, weil alle diese Rechnung nachvollziehen können. Die Eltern in Hamburg sind nicht so dumm, wie Sie sie verkaufen wollen, Herr Heinemann, sie haben es gemerkt und ärgern sich, weil sie den Eindruck haben, dass hier bewusst falsch gerechnet wurde, um in der Öffentlichkeit einen falschen Eindruck zu erwecken.

Wenn Hamburgs Schüler so schlecht rechnen würden wie Sie, könnten sie sich als Trickbetrüger verdient machen, aber sie würden keine Einstellung in irgendeinem Unternehmen bekommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nun erreicht mich ein neues Gerücht, weil wir uns auch noch die nächsten Wochen vermutlich mit dem Büchergeld-Chaos beschäftigen müssen, dass sämtliche Gebührenbescheide falsch seien, weil darin nicht die Namen der Erziehungsberechtigten, sondern die Namen der Schüler geschrieben wurden. Wenn das stimmt, dann wünsche ich Ihnen viel Spaß, dann machen Sie den Laden an der Hamburger Straße dicht und sourcen die Schulbehörde aus. Dazu fällt einem nichts mehr ein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man sieht, Hamburgs Eltern werden mit Chaos konfrontiert, aber im Ergebnis werden sie mit massiven Kosten belastet. Gleichzeitig wird das Bildungsangebot verschlechtert. Wir haben so große Klassen wie noch nie, wir haben einen Stand an Lehrerversorgung vom Anfang der Neunzigerjahre. Wir wissen, dass das gewollte Politik ist. Erst gestern hat der Bürgermeister in einem Interview

gesagt, die Leuchtturmprojekte seien Investitionen in die Zukunft, bei der Bildung müsse halt gespart werden. Das ist die Geisteshaltung.

(*Doris Mandel SPD*: Der hat ja auch keine Kinder!)

Seit die CDU regiert, gibt es einen systematischen Rückzug der öffentlichen Verantwortung im Bildungssystem. Man kann nur sagen: Schwarze Zeiten sind schlechte Zeiten für Hamburgs Schülerinnen und Schüler. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lemke.

Dittmar Lemke CDU: Sie sehen, wie eilig ich nach vorne komme, weil ich es eilig habe, etwas dazu zu sagen.

Zunächst einige grundlegende Ausführungen. Die Schulpolitik ist eine Art heiliger Gral der Opposition. Man weiß also schon Monate im Voraus, dass eine Debatte wie heute immer zum Beginn des Schuljahres kommt.

(*Erhard Pumm SPD*: Das war früher auch so!)

– Das hatten wir im letzten Jahr genauso. Ich darf daran erinnern.

Eigentlich bin ich Ihnen dankbar, dass wir heute einen weiteren Mosaikstein des Senats besprechen können, der auch zu einer Optimierung der Hamburger Schulen und des Unterrichts führen wird.

(*Christa Goetsch GAL*: Das ist ja peinlich!)

– Doch, doch Frau Goetsch.

Zunächst besprechen wir heute keine kleine Maßnahme. Wir haben mit Beginn dieses Schuljahres für immerhin 225 000 Schüler die Reform der Lernmittelbeschaffung eingeführt. Hier geht es um viel mehr als um eine rein monetäre Maßnahme, um die Zahlen der Finanzbehörde zu verbessern. Ich habe den Eindruck, dass Sie – so auch in Ihrem Beitrag – die großen Ziele dieser Reform vollkommen aus den Augen verlieren. Ich sehe mich genötigt, das hier noch einmal in kurzen Worten darzustellen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Die Praxis klappt aber nicht!)

Zunächst wollen wir die Ausstattung der Schulen mit Lernmitteln qualitativ und quantitativ verbessern. Dieses Ziel ist erreicht worden.

(Beifall bei der CDU)

Es nützen auch die ganzen Berechnungen von Frau Ernst nichts.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Ne, Ihre!)

Die Hälfte aller Bücher, die in diesem Schuljahr im Rahmen der Schulbuchausleihe ausgegeben werden, sind neu. Das ist ein großartiger Erfolg der Lernmittelreform.

(Beifall bei der CDU)

Das zweite Ziel: Die Erziehungsberechtigten – das haben Sie völlig vergessen, Frau Ernst – werden an der Auswahl der Lernmittel beteiligt. Hierfür sind an den Schulen gemeinsame Ausschüsse von Eltern und Lehrern gebildet worden. Das heißt, diese Reform ist auch ein Schritt in die selbstverwaltete Schule.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Das ist doch auch ein Ziel der SPD.

(Zuruf von *Wilfried Buss SPD*)

– Herr Buss, nur weil Sie ständig dazwischen reden, bekomme ich hier vorne noch keine Panikattacke.

(Beifall bei der CDU)

Wir blicken auf andere Bundesländer, zum Beispiel auf Nordrhein-Westfalen, das bis vor kurzem SPD-regiert war. Dort gibt es ein SPD-Gesetz, das den Schulbucheinkauf und die Elternbeteiligung regelt. In diesem Gesetz heißt es sogar, die Elternbeteiligung sei zur Sicherung der öffentlichen Haushalte eingeführt. Es gibt also rein monetäre Gesichtspunkte. Das heißt, die SPD redet in einem Parlament so und in dem anderen Parlament so. Man fragt sich wirklich, woran man bei dieser Opposition eigentlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir suchen jetzt einen gemeinsamen Begriff für diese Oppositionspolitik.

(*Doris Mandel SPD*: Holen Sie mal einen Rechenschieber!)

Ich würde es bei der SPD optimierte Ratlosigkeit nennen.

Das dritte Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler an einen verantwortungsvollen Umgang mit Büchern und Materialen herangeführt werden sollen. Dieses Ziel kann natürlich erreicht werden, denn den Satz "was nichts kostet, ist auch nichts wert" gibt es eben noch viel zu häufig.

Last, but not least: Das Ziel der Reform – das findet man gar nicht in der Begründung – ist ein großartiges und grundlegendes Bekenntnis zum Buch als Lernmittel.

(Heiterkeit bei der SPD)

– Ja, das muss man einfach einmal so sehen. Das Buch als Lernmittel hat eben nicht ausgedient,

(*Doris Mandel SPD*: Das hat etwas Kreatives!)

sondern der Senat bemüht sich darum, die Buchausstattung zu verbessern. Ich erwarte von der SPD, dass Sie auch Vorschläge macht, doch wir haben bei Ihnen nur optimierte Ratlosigkeit gesehen.

Es stimmt natürlich, dass es mit der neuen Software, mit der Einführung des Systems in Einzelfällen an den Schulen Probleme gab und dass die Software den Schulen sehr spät zur Verfügung gestellt wurde. Das ist nicht weg zu diskutieren, denn es muss eine Einarbeitungszeit vorhanden sein.

(Beifall bei *Hans-Christoff Dees SPD* – Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Jeder, der schon einmal in einem Unternehmen gearbeitet hat, weiß, dass eine Softwareeinführung keine einfache Sache ist

(*Wilfried Buss SPD*: Aha, so ist das!)

und schon gar nicht, wenn es darum geht, dies für 225 000 Schüler zu schaffen.

Nachdem die Schulbehörde das erkannt hatte, wurden zusätzliche Fachkräfte für die Schulen zur Verfügung gestellt.

(*Gerhard Lein SPD*: Nach den Ferien ist alles vorbei!)

– Ja, genau.

Ich habe auf meinem Spickzettel noch einige grundlegende Gesichtspunkte zur Oppositionspolitik. In der Rede von Frau Ernst habe ich eben wieder das Wort Chaos gehört. Das scheint in Hamburg überhaupt die Schulpolitik der SPD zu sein. Es wird gesagt, dass Chaos in den Ganztagsschulen und bei der Lernmittelbeschaffung herrschen würde …

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Abgeordneten Böwer?

Dittmar Lemke (fortfahrend): Nein.

(*Erhard Pumm SPD*: Das war ja dynamisch!)

Das Wort Chaos wird bei der SPD gebetsmühlenartig wiederholt. Ein Chaos soll es auch bei der Einführung der Lernmittelbeschaffungsreform gegeben haben. Dazu kann ich nur sagen, dass das keine Oppositionspolitik ist, wie ich sie mir erhoffe.

(Beifall bei der SPD und Lachen bei der GAL)

Ich erwarte von der Opposition Vorschläge und Initiativen,

(Beifall bei der CDU)

die eine qualitative Verbesserung der Schulen bewirkt. Das sehe ich einfach nicht.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ernst, ihre ganzen Berechnungen, die Sie uns hier vorgestellt haben,

(*Ingo Egloff SPD*: Das sind Ihre Berechnungen!)

bringen uns in dieser Stadt überhaupt nicht voran. Uns bringt voran, dass es geschafft wurde, eine bessere Bücherausstattung herbeizuführen.

(*Ingo Egloff SPD*: Gehen Sie mal in die Schulen und gucken Sie sich das an!)

Die Regierungsfraktion und der Senat werden jedenfalls mit ihren Maßnahmen zur Verbesserung der Schulen fortfahren.

Der Weg zum Altar ist lang, aber die Mühe lohnt sich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Lemke, dass Sie so viel Blech reden mussten, ist wirklich schlimm.

(Anhaltender Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Goetsch, ich bitte Sie, zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukommen.

(*Ingo Egloff SPD*: Das war die Wahrheit!)

Christa Goetsch (fortfahrend): Ja, Frau Präsidentin, ich möchte auch gar nicht in der Rolle von Herrn Lemke stecken,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

weil er nämlich das, was die Senatorin und die Behörde verzapft hat, zu Gold reden muss. Das kann gar nicht so sein.

Mich wundert ein Zweites. Herr Heinemann, warum reden Sie eigentlich nicht? Sie sind dafür doch eigentlich viel geeigneter.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das wird irgendeinen Grund haben.

Lassen Sie mich einmal zusammenfassen. Von Frau Ernst ist vieles zur Großen Anfrage gesagt worden. Das habe ich übrigens auch von Ihnen vermisst, Herr Lemke. Ich habe mich natürlich auch gefragt, ob Sie überhaupt keinen Kontakt zu Schulen haben, ob Sie Eltern, Schulleiter oder vielleicht auch Lehrer kennen.

(*Erhard Pumm SPD*: Er war selber mal in der Schule!)

Wenn ich mich umhöre, dann haben tausende von Schülerinnen und Schüler keine neuen Bücher. Es gibt auch tausende von Schülern, die falsche Bücher haben, weil falsche Bestellnummern genannt wurden. Es kann doch überhaupt nicht verborgen bleiben, dass das Ganze den Eltern viel Geld, den Schulen viel bürokratische Arbeit kostet und dem Senat im Grunde genommen nur wenig Geld spart. Wir erleben hier doch die Einführung einer als Reform schön geredeten Schulbuchbürokratie und nichts anderes.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben es an dieser Stelle immer wieder gesagt. Die Art und Weise, wie hier mit der Arbeitskraft der Schulleiter, der Eltern, der Schulvereine und den Schulsekretärinnen Schindluder getrieben wurde, ist in den letzten Jahren ohne Beispiel bei irgendeiner Einführung einer großen, flächendeckenden Programmatik.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte mich jetzt auf das Protokoll des Schulausschusses konzentrieren, der aufgrund des Chaos in einer Sondersitzung am 19. Juli tagen musste. Das geschah nicht, weil es so schön ist und wir alle gern während des Urlaubs den Schulausschuss tagen lassen.

Dort konnte man sehen, wie mit den Härtefällen umgegangen wurde; das spricht auch Bände. Wenn in dieser Sitzung die Schulsenatorin sagt – ich zitiere aus dem Protokoll des Schulausschusses –:

> "Insgesamt ist die Sortiererei der Bücher und auch die Neubestellung gut gelaufen."

Dann muss man doch der Senatorin einen sehr bedenklichen Realitätsverlust unterstellen. Ich kenne, ehrlich gesagt, niemanden aus dem Schulbereich, der dieser Aussage der Schulsenatorin zustimmen würde.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann kommt interessanterweise in dem Protokoll von Staatsrat Schmitz die Aussage, dass er zustimme, dass vieles schiefgelaufen sei, es mit dem Computerprogramm nicht geklappt habe, es Kommunikationsprobleme gab

und so weiter. In dem Zusammenhang wünsche ich Ihnen, Frau Senatorin – das haben Sie so schön im Schulausschuss gesagt –, endlich einen critical friend, der Ihnen sagt, was Sie da eigentlich anrichten. Der fehlt Ihnen weiß Gott.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Doris Mandel SPD*: Oder ein Erster Bürgermeister, der mal was sagt!)

Das Schlimme ist, dass die nächste Reform schon am Horizont zu erkennen ist, nämlich die selbstständige Schule. Das wäre eigentlich schön, aber es war interessant, wie Sie in der Sitzung des Schulausschusses permanent die Schuld den Schulen zugeschoben und sie für das Chaos verantwortlich gemacht haben. Nie sind es die eigenen schlechten Vorgabe aus Ihrer Behörde. Nie ist es die Unfähigkeit, die Behörde zu leiten, sondern die Senatorin bringt es einfach – das ist peinlich genug – auf drei Aussagen. Sie sagte, dass es Probleme mit dem Computerprogramm gegeben habe – das können Sie wunderbar im Protokoll nachlesen –, es an der Projektleitung und dem Projektauftrag gescheitert sei, weil es in der Schulbehörde immer so üblich sei, dass die Projekteinsätze keinen Anfang und kein Ende hätten, sie würde aber jetzt dafür Sorge tragen, dass Projektaufträge einmal einen Anfang und ein Ende haben.

Ich frage Sie: Wie konnte in dieser Stadt flächendeckend die VHGS, die Verlässliche Halbtagsgrundschule, eingeführt werden, wenn die Projektaufträge bisher nie einen Anfang und ein Ende hatten? Oder wie konnte Englisch in der Grundschule eingeführt werden? Das ist eine Schuldzuweisung, die wirklich daneben ist. Außerdem haben Sie über überbemühte Projektleiter geschimpft. Und dann kommt das absolute Highlight in dieser Schulausschusssitzung.

Die Schulsenatorin beschimpfte die Schulleiter, die sich nicht auskennen und sich nicht an Vorschriften halten würden. Ein Zitat möchte ich Ihnen nicht vorenthalten:

"Und Dritte, die nicht wissen, worum es geht, haben dieses Schreiben auch logischerweise völlig falsch gelesen."

Das sind übrigens diese berühmten Infobriefe; darüber haben wir hier schon des Öfteren debattiert.

"Auch Schulleiter haben, was die Schulvereine angeht, die nämlich bisher überhaupt keine Zuwendung gehabt haben für die Unterrichtsmittel für sozial benachteiligte Kinder, dieses Schreiben nicht verstanden, weil viele Schulleiter gar nicht wissen, dass es so etwas gibt."

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass das eine Unverschämtheit ist, dass man sozusagen als Personalchefin die Schulleiter beschimpft, dass sie die Briefe nicht verstehen würden. Das ist sehr peinlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Ingo Egloff SPD*: Wer hat die Briefe denn geschrieben?)

Lassen Sie mich noch einmal kurz zum Computerprogramm kommen, weil das immer ein Hauptproblem war. Die Senatorin beteuerte, dass sie das Computerprogramm rechtzeitig bestellt habe. Zitat:

"Das konnte ich aber im Vorfeld, im März oder so, noch nicht wissen, dass wir diese Probleme mit der Software kriegen würden."

Das ist doch ein typisches Vorgehen. Jeder, der mit Software etwas zu tun hat, weiß doch, dass es immer Anlaufschwierigkeit gibt. Das heißt, dass Sie rechtzeitig dafür hätten sorgen müssen, dass das Computerprogramm rechtzeitig in den Schulen ist, es erprobt und an die Hamburger Schulen angepasst wird. Stattdessen lassen Sie die Schulen Ihr verantwortungsloses Handeln ausbaden und die Betroffenen müssen sich anhören lassen, dass sie zu blöd seien, um mit dem Programm umzugehen. Sie haben sie wie Radfahrer ins Rennen geschickt, deren Räder schon oft nach wenigen Metern platt waren.

Ich kann zunächst nur ein Zwischenfazit ziehen: Auf der Kommandobrücke der Schulbehörde gibt es eine Chaostruppe, die der nächsten die Klinke reicht. Wut, Empörung und Enttäuschung bei den Eltern, Schülerinnen und Lehrerinnen haben im Grunde genommen einen Höhepunkt erreicht. Auch die dritte Senatorin mit ihrem vierten Staatsrat – den Sportstaatsrat habe ich nicht mitgezählt – und ihrem dritten Amtsleiter stehen für eine verunglückte Bildungspolitik des CDU-Senats. Das kann man hier nicht nur aufgrund der Gebühren und der großen Klassen festhalten. Die Schulpolitik ist zu einer ökonomisch-technokratischen Anordnungspolitik verkommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Noch einmal zu Ihnen, Herr Heinemann. Im Stil von Schulbehörde und CDU-Fraktion – man kann es vielleicht als System Dinges-Dierig-Heinemann nennen – soll offenbar weiter gearbeitet werden. Der große Visionär gibt die Ziele vor und die Technokratin setzt in Hochgeschwindigkeit Schulschließungen, Vorschulgebühren, Schulbuchgebühren, Pilotversuche gegen die beruflichen Schulen immer nach demselben Motto um: Schlecht und schnell, erst kürzen, dann planen, erst handeln, dann denken.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Bei allen politischen Unterschieden: Umfangreiche Veränderungen in Schulen funktionieren nicht schnell per Knopfdruck. Es ist ein mühsamer Weg, es muss ein Konzept erarbeitet werden, es erproben und umsetzungsreif machen. Alles andere ist dilettantisch, schadet den Schülerinnen und Schülern, den Schulen und auch dem Ruf unserer Stadt Hamburg. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Beantwortung der Großen Anfrage, Frau Ernst, hat zwar für ungefähr eine Woche – und das zu dem für Schulen so wichtigen Zeitpunkt der letzten Ferienwoche – die gesamte Schulaufsicht einschließlich ihrer Sachbearbeiter sowie Teile von Schulen lahmgelegt.

(Zurufe von der SPD und der GAL – *Jens Kerstan GAL*: Sie sind uns verantwortlich, Frau Senatorin!)

Aber durch diesen Kraftakt, den Sie uns auferlegt haben, bin ich natürlich auch zu einigen Erkenntnissen gekommen.

(*Tanja Bestmann SPD*: Die letzte Rede sollte man genießen!)

Unser neues System der Lernmittelbeschaffung entwickelt sich nämlich zu einem Erfolg.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat die Senatorin. Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig (fortfahrend): Nein.

Frau Ernst, ohne Ihre Frage danach, wie viele neue Schulbücher wir in diesen Wochen in Schülerhand geben, könnten wir heute nicht sagen, dass wir dabei sind, fast jedes zweite Buch zu erneuern.

Das ist bisher die größte und schnellste Schulbucherneuerung, die es in Hamburg seit Jahrzehnten gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Frau Goetsch, es kann ja sein, dass Sie niemanden kennen, der sich positiv zu dem System der Lernmittelbeschaffung äußert. Ich kenne aber viele Eltern, die mich angesprochen und sich sehr positiv dazu geäußert haben. Ich denke, wir kennen unterschiedliche Eltern.

(*Gesine Dräger SPD*: Ja, genau! Jetzt hat sie es begriffen!)

Zudem möchte ich an dieser Stelle ganz klar feststellen, dass ich Schulleiter nicht beschimpfe, sondern ich gebe das wieder, was sie mich fragen. Das ist ein riesiger Unterschied.

Zum Dritten: Frau Goetsch, Sie sagten eben, dass jeder wüsste, dass es bei der Einführung einer neuen Software Probleme geben würde. Ich frage mich allen Ernstes, warum Sie vor Wochen gesagt und mir Vorwürfe gemacht haben, dass es mit der Software Probleme geben würde. Was jetzt? Weiß es jeder, dass es Probleme gibt, aber ich habe keine oder wie? Damit kann ich relativ wenig anfangen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Wenn wir zu den durchschnittlichen Summen kommen – auch das wurde eben angesprochen –, können wir hier eines ganz klar feststellen: Die Schulen liegen im Durchschnitt deutlich unter den Höchstgrenzen. Noch einmal eine Anmerkung zu dem Wort Durchschnitt und seiner Bedeutung.

Frau Ernst, Sie haben in Ihrer Großen Anfrage nach der Spanne der Entleihgebühr und deren Mittelwert in den Schulstufen gefragt. Sie haben nicht nach dem gewichteten Mittelwert gefragt, der gezahlt wurde. Sie sehen, Sie haben eine Antwort auf Ihre – vielleicht unpräzise – Frage bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, wir haben in den letzten Tagen gesehen, dass es die Hamburger Schulen nicht nur schaffen, dass so viele neue Bücher in Schülerhand kommen, sondern sie haben es auch geschafft, 116 000 Eltern – das sind diejenigen Eltern in den allgemein bildenden Schulen, die sich für das Ausleihen entschieden haben – ein vertretbares und faires Angebot zu machen. Die Zahl von mehr als 13 700 förderberechtigten Kindern, die die Bücher kostenlos erhalten, zeigt, dass das System sozial verträglich ist. Dazu kommen noch einmal 9800 Schüler, die die Geschwisterermäßigung in Anspruch nehmen, also nur 50 Prozent zahlen.

Diese unvermeidbare Reform ist angesichts unserer pädagogischen Herausforderung und auch der Haushaltslage einerseits sozial ausgewogen und wurde von den meisten Eltern inzwischen akzeptiert.

(*Wilfried Buss SPD*: Woher wissen Sie das?)

Die Umsetzung der Reform ist nach einigen Startschwierigkeiten jetzt auf einem guten Weg.

Dazu kommt vielleicht – das dürfen wir bei all dem nicht vergessen –, dass die neue Schulbuchversorgung ein ganz wesentlicher Baustein auf dem Weg zu besserer Schulqualität ist. Die im System angelegte dynamische Erneuerung von Büchern unterstützt permanent sich verändernde Lernprozesse. Raus aus dem Verwahrlosungszustand im Bereich der Bücher, weg von der Zettelwirtschaft, bei der wichtige Lernergebnisse zu schnell in Papierkörben landen, und hin zu einer umfassenden, sozialverträglichen Erneuerung im Lernmittelbereich. Das ist unsere Antwort, unser Teil des Weges zu besserer und verlässlicherer Bildung.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte an der Stelle nicht vergessen, einen ganz besonderen Dank an unsere Schulsekretärinnen auszusprechen, der mir wirklich sehr am Herzen liegt.

(*Christa Goetsch GAL*: Oh je, die freuen sich aber!)

Diese haben sich unglaublich ins Zeug gelegt, um – auch oder vielleicht gerade aufgrund der organisatorischen Umstellungsschwierigkeiten, die es zu Beginn gab – dieses alles zu schaffen. Ich will auf der anderen Seite auch den Eltern danken, die mit ihrer Mitwirkungsbereitschaft gezeigt haben, dass sie in Zeiten knapper öffentlicher Kassen auch ein zusätzliches finanzielles Engagement

(*Christiane Blömeke GAL*: Zwangsweise, das war keine freiwillige Entscheidung!)

für die Bildungszukunft unserer Kinder aufbringen. Das ist gelebte gesellschaftliche Solidarität.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb an dieser Stelle mein ehrlicher Dank an Hamburgs Eltern. Sie haben sich von den Panikmachern und Schlechtrednern nicht irremachen lassen und investieren stattdessen in die Bildung ihrer Kinder. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Jetzt erhört sie mich!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Senatorin, ich will nur ganz kurz etwas sagen.

Wenn man Ihre Ausführungen hört, weiß man, dass man fast wöchentlich Große Anfragen stellen muss, damit Sie überhaupt den Hauch einer Ahnung haben, was sich in der Stadt bewegt, weil Sie und Ihre Behörde sonst überhaupt nicht in der Lage sind, sich Zugang zu den Schulen und den Informationen zu beschaffen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie sind eben auch zu allen kritischen Punkten, die in der Stadt diskutiert werden, die Antwort schuldig geblieben. Wir wissen nach wie vor nicht, ob der Rabatt des Deutschen Börsenvereins gesichert bleibt. Wir haben ein Schreiben des Deutschen Börsenvereins, das besagt, dass die Rabatte nicht gewährt werden könnten.

(*Bernd Reinert CDU*: Sie haben es angefordert!)

Ich habe erwartet, dass Sie an dieser Stelle für die Eltern Klarheit schaffen, um zu zeigen, dass nicht noch höhere Kosten auf sie zukommen. Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

Sie haben hier erneut vertreten, dass die Hälfte der Bücher neu sei. Das ist falsch. Das ergibt sich schon – wenn man sie richtig interpretiert – aus den Daten Ihrer Behörde. Sie laufen weiterhin mit falschen Angaben herum, weil sonst Ihrer sogenannten Reform nicht viel übrig geblieben wäre. Das hätten Sie hier auch ausräumen können.

(*Lars Dietrich CDU*: Nennen Sie doch mal die Daten!)

Ein dritter Punkt ist auch überhaupt nicht ausgeräumt. Es wird nach dem, was wir bisher wissen, nicht zu einer Verbesserung des Bücherbestandes kommen. Sie haben im Bereich der Lernmittel die Kosten halbiert. Im Haushaltsplan sind noch 2,5 Millionen Euro übrig geblieben. In der Anfrage schreiben Sie, dass Sie damit rechnen würden, 2,7 Millionen Euro für die Förderberechtigten zu benötigen. Sie wissen aber bisher gar nicht, wie hoch die Zahl der Förderberechtigten sind, wie hoch der Anteil ist und welche Kosten auf sie zukommen. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie mit 2,7 Millionen Euro auskommen. Das können Sie nicht ausräumen.

Für die Eltern, die Gebühren zahlen, gibt es doch gar kein zusätzliches Geld. Diese Bücher werden nur aus den Gebühren bezahlt. Von Anfang hat – das wollten Sie auch nicht hören – die Schulleitervereinigung nachgerechnet, dass mit 80 Euro Höchstgebühr in der Sekundarstufe I nicht auskommen. Das ignorieren Sie seit Wochen. Nun sind die Lernmittellisten herausgekommen, sie waren fehlerhaft und die Schulen versuchen nach wie vor von den Eltern mehr Geld abzuzocken, weil sie mit den 80 Euro nicht auskommen. Es gibt einen Schulleiter, der der Behörde mitgeteilt hat, dass der Buchbestand der Vergangenheit leider nicht aufrecht erhalten werden könne.

Die Rechnung, die Sie machen, geht nicht auf, weil Sie festlegen, dass die Bücher dreimal geliehen werden müssen und sich aus diesen Gebühren bezahlen. Damit begeben Sie sich in die Gefahr, substanziell zu einer Verschlechterung des Bücherbestands an Hamburgs Schulen zu kommen, gleichzeitig die Staatskasse zu entlasten und den Eltern das aufzubürden. Es muss sich niemand wundern, wenn es hier zu Unmut kommt. Wir haben nicht bewusst in den Ferien, in der unterrichtsfreien Zeit, eine Große Anfrage gestellt. Wir haben aber viel Zuspruch aus den Schulen bekommen, weil uns gesagt wurde: Wir machen die Arbeit gern, damit der ganze Mist endlich einmal aufgedeckt wird.

(Beifall bei der SPD und bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Heinemann.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Ach, jetzt darf er!)

Robert Heinemann CDU: – Frau Goetsch hat Sehnsucht nach mir. Diese Gelegenheit muss ich entsprechend nutzen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon etwas verwunderlich. Uns allen wurde die Große Anfrage am Wochenende nach Hause geschickt.

(*Britta Ernst SPD*: Ach, Sie!)

Normalerweise kann es die SPD gar nicht abwarten, Presseerklärungen herauszuschicken, sobald eine Antwort eingegangen ist. Doch dieses Mal tat die SPD nichts. Warum nicht? Die Antwort passte ihr nicht. Das hat man dann am Montag gemerkt: Es wurde darüber geschwafelt, dass dort nichts drinstehen würde, dass es keine Ergebnisse seien und dass das und das fehlen würde. Mit den Ergebnissen, die in der Großen Anfrage stehen, haben Sie sich gar nicht auseinandergesetzt und sie auch lieber nicht veröffentlicht. Ich verstehe, warum.

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Hat die Senatorin das abgesichert?)

Noch viel merkwürdiger ist es – das haben Sie eben gerade wieder betont –, dass Sie sich an den Börsenverein nach dem Motto gewandt haben: Achtung, passen Sie auf und schauen Sie, ob Hamburg nicht die Rabatte gestrichen werden müssten. Das ist eine unglaublich hamburgschädliche und hamburgfeindliche Politik.

(Beifall bei der CDU – *Jenspeter Rosenfeldt SPD*: So etwas Peinliches!)

Das ist unglaublich, wie Sie versuchen, dort zulasten Hamburgs Ihr politisches Süppchen zu kochen. Dabei wissen Sie ganz genau, dass Niedersachsen ein ähnliches Modell fährt und es dort zum Beispiel eine entsprechende Vereinbarung mit dem Börsenverein gibt, die funktioniert.

Zum dritten Thema. Sie haben vorhin die 49,99 Prozent als gewichtetes Mittel kritisiert. Ich vertraue dem Senat, dass dies ein gewichtetes und nicht einfach nur ein durchgerechnetes Mittel ist.

(*Gesine Dräger SPD*: Haben Sie es geklärt? Dann erklären Sie es doch!)

Sodann haben Sie das Thema Schulleiter angesprochen.

Natürlich wollen wir hier keine Schulleiterschelte betreiben; dies wäre auch nicht angemessen. Aber ich wundere mich schon, wenn sich der Vorsitzende des Schulleiterverbandes öffentlich hinstellt und sagt, dass es an seiner Schule alles nicht klappen würde, weil so große EDV-Probleme bestünden.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Er ist ausgerechnet ein Schulleiter von sechs Schulen in Hamburg – es gibt mehr als 300 –, die es nicht geschafft haben, vor den Ferien die Lernmittellisten auszugeben. Offensichtlich deshalb – laut Antwort des Senats –, weil sie sich nicht an das vorgeschriebene Verfahren gehalten haben. Ich frage mich, ob man in einem solchen Fall den Mund so vollnehmen sollte.

(Beifall bei der CDU und Zurufe: Hört, hört!)

Zur letzten Problematik, den angeblich nicht auskömmlichen Höchstgrenzen. Mich haben Schulleiter angesprochen, ich bin mit ihnen gemeinsam in die Behörde gegangen, wir haben gemeinsam nachgerechnet und sind gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen: Es geht. Es gibt aber einige Schulen, wo es wirklich nicht so einfach geht. Wissen Sie, warum? Weil diese in der Vergangenheit schon so viel Geld von den Eltern eingenommen haben – was sie nicht durften; das war Ihre so genannte Lernmittelfreiheit –, dass sie jetzt mit den Begrenzungen nicht auskommen. Das ist der eigentliche Grund.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

(*Olaf Böttger CDU*: Der zweite Auftritt wird auch nicht besser! – *Dr. Andreas Mattner CDU*: Wollen Sie ihn noch einmal hören?)

Christa Goetsch GAL: – So toll war es auch nicht, Herr Heinemann.

(Heiterkeit bei der CDU)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich könnte genüsslich aus dem Protokoll zitieren. Aber ich habe es mir überlegt, es sein zu lassen. Ich empfehle es Ihnen alle als Bettlektüre. Ich möchte gern noch zwei Bemerkungen los werden.

Erstens: Ich kann mich kaum erinnern, dass um ein Thema wie das Büchergeld so viele Debatten geführt wurden. Es spricht schon für sich, welches blödsinnige, bürokratische Modell das ist. Man kommt wirklich zu dem Ergebnis, entweder die Lernmittelfreiheit mit einer vernünftigen Gebühr aus pädagogischen Gründen zu erhalten – wie wir das mit dem damaligen Elternkammermodell mit fünf oder zehn Euro vorgeschlagen haben – oder zu sagen, dass man bei dem, was dafür ausgegeben wird – man hat noch nicht einmal Eigentum –, da hat Herr Lehberger Recht, die Bücher zu kaufen. Aber es sollte nicht dieser Zirkus veranstaltet werden, bei dem man noch nicht einmal Eigentum erwirbt. Das ganze Modell ist für die GAL-Fraktion weiterhin ausgesprochen missglückt.

Es ist aber wichtiger, an der Stelle noch einmal zu sagen, dass sich mir immer mehr die Frage stellt, ob wir eine Schulsenatorin haben, die keine Ahnung von ihrer Verwaltung hat. Oder ist es eine Senatorin, die das eigentlich weiß, aber nicht steuert? Das letzere hat der Ausschuss zu Tage gebracht und das macht mir Sorge für die Zukunft.

Sie musste zugeben, dass sie sieben Monate minutiös von der Lenkungsgruppe informiert wurde, was alles gelaufen beziehungsweise nicht gelaufen ist. Sie hat nicht eingegriffen und nicht gesteuert. Insofern bleibt das Resümee: Die Verantwortung für das Chaos hat die Senatorin. Da kommt sie nicht wieder heraus.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Brüning.

Dr. Barbara Brüning SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt findet ein Themenwechsel statt, nämlich der zum Thema Hochschule und Studiengebühren.

(*Bernd Reinert CDU*: Warum haben Sie das dann unter einem Thema angemeldet?)

Im Gegensatz zum OECD-Durchschnitt von 51 Prozent nehmen in Deutschland nur 35 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium auf. Das bedeutet, dass Deutschland zu wenig Studentinnen und Studenten hat. Deshalb sind Studiengebühren, meine Damen und Herren von der CDU, in einer solchen Situation das falsche Signal.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Bernd Reinert CDU*: Das ist ja eine ganz neue Erkenntnis!)

Sie schrecken ab und motivieren nicht. Denn viele junge Menschen haben Angst, ihr Berufsleben mit einem Schuldenberg zu beginnen. Die SPD sagt deshalb hier und heute zu ihrem Antrag zu Studiengebühren: Nein!

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das ist ja ganz neu!)

Wir wollen nicht, dass der Staat – darauf hat Frau Ernst schon hingewiesen – sich aus seiner Verantwortung für Bildung und Forschung zurückzieht und seinen Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Gebühren abverlangt. Das sind aus meiner Sicht Steuererhöhungen durch die Hintertür, die die CDU nicht will. Sie sind nur etwas eleganter verpackt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zuruf von *Rolf Harlinghausen CDU*)

Studiengebühren – hören Sie gut zu, Herr Harlinghausen; Sie können nach vorne kommen und Ihren Beitrag kundtun – werden nämlich über kurz oder lang zur Absenkung des Hochschuletats auch in Hamburg führen. Dazu hat Herr Heinemann in der Sommerlochdebatte eine sehr gute Steilvorlage gegeben. Er hat laut angedeutet, was in der CDU leise schon gemunkelt wird, dass man nämlich das Geld der Studentinnen und Studenten auch für andere Projekte oder zum Stopfen von Steuerschlupflöchern verwenden könne. Davon sind Sie gar nicht so weit entfernt, denn Staaten wie Australien und Großbritannien haben am Anfang auch gesagt, den Hochschuletat nicht absenken zu wollen. Wenn Sie heute nachschauen, ist er um 10 Prozent abgesenkt worden.

Also nochmals, Herr Heinemann hat laut ausgesprochen, was gedacht wird. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass der Hochschuletat gleich bleibt oder erhöht wird. Wir haben durch solche Äußerungen die Sorge, dass das nicht geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem betrachten wir auch mit Sorge, dass der Betrag von 500 Euro nur der Anfang ist und nicht das Ende der Fahnenstange. Der BDI hat schon angekündigt, dass 500 Euro überhaupt nicht ausreichen. Man müsste auf 1500 Euro gehen. Auch hier kann man als gutes Beispiel Großbritannien anführen. Dort waren es zuerst 1000 Pfund im Jahr, jetzt sind es 3000 Pfund. Also hier ist das Ende der Fahnenstange nicht erreicht und mit uns wird es auch nicht soweit kommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Studiengebühren sind unsozial. Diejenigen, deren Eltern das Geld sofort auf den Tisch legen können, erhalten in Australien 10 Prozent Preisnachlass. Warum soll das in Deutschland nicht gleichermaßen erreicht werden? Ab-

gesehen davon ist es ungerecht, dass Studierende, deren Eltern das Geld nicht sofort zahlen können, ihr Berufsleben mit Schulden beginnen, die anderen aber nicht.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen gibt es bis heute kein vernünftiges Modell einer Gegenfinanzierung, falls die Gebühren nach dem Studium nicht zurückgezahlt werden können.

Auch ein Studienfinanzierungsmodell, das zinsgünstige Darlehen anbietet, mit denen Studierende auch ihre Lebenshaltungskosten finanzieren können, ist nicht in Sicht. Daher unser Rat an Sie, meine Damen und Herren von der CDU, lassen Sie das deshalb lieber sein.

(Beifall bei der SPD)

Das allerwichtigste für mich ist, dass Studiengebühren außerdem familienfeindlich sind. Deutschland belegt mit Italien den letzten Platz der Geburtenrate in Europa. Kein Wunder, denn Familien werden in Deutschland mit erheblichen Kosten für Bildung und Erziehung belastet.

Frau Ernst hat schon darauf hingewiesen, dass die Vorschule in Hamburg kostenpflichtig ist, Schulbücher müssen anteilig finanziert werden und nun kommt auch noch das Bezahlstudium. Familien werden also zur Kasse gebeten, um ihren Kindern eine gute Bildung zu gewährleisten, aber viele werden sich das bald nicht mehr leisten können.

40 Prozent der Akademikerinnen und Akademiker wollen keine Kinder haben. Studiengebühren sind ein zusätzliches Hindernis und kein Anreiz, eine Familie zu gründen. Nehmen Sie sich ein Vorbild an Frankreich. Kostenlose Vorschule ab zwei Jahren, keine Schul- und Hochschulgebühren, aber dafür vordere Plätze bei PISA und Platz 1 bei der Geburtenrate in Europa.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Fazit: Die SPD möchte den neoliberalen Weg einer schleichenden Entstaatlichung von Bildung nicht beschreiten. Wir sagen ja zum gebührenfreien Erststudium, zu mehr Studienanfängerinnen und -anfängern und zum staatlich finanzierten BAföG, damit Bildung auch in Zukunft für jeden erschwinglich bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Brüning, ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Wenn es Ihnen wirklich um dieses Thema ernst gewesen wäre, denn hätten Sie das nicht unter den Schulbuchgebühren vermarmelt. Das haben Sie nämlich hier getan.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Barbara Brüning SPD*: Es geht um Schule und Bildung. Schule und Bildung ist eins!)

Neue Erkenntnisse zum Thema Studiengebühren habe ich von Ihnen jedenfalls heute nicht gehört und das ist ein Armutszeugnis.

(*Dr. Barbara Brüning SPD*: Für wen?)

Was Sie hier betreiben, liebe Frau Brüning, ist ein billiges Bundestagswahlkampfgeklingel, das Sie mit einer gewissen Spökenkiekerei anreichern, in dem Sie über reduzierte zukünftige Wissenschaftsetats reden.

(*Dr. Barbara Brüning SPD*: Das hat Herr Heinemann gesagt!)

Lassen Sie mich hier explizit nochmals ausführen: Herr Heinemann und ich haben miteinander gesprochen. Ich erkläre Ihnen hiermit, dass zwischen seine und meine Meinung nicht eine Ausgabe des Hamburger Abendblattes passt. Das sage ich hier ganz deutlich.

(Beifall bei der CDU – *Gerhard Lein SPD*: Samstagsausgabe!)

Ich hätte das natürlich an Ihrer Stelle auch versucht, aber ich erkläre hier und heute ganz ausdrücklich, dass wir am Montag in der Fraktion völlig unaufgeregt über dieses Thema gesprochen haben und die Fraktion stand hundertprozentig hinter dem, was Wolfgang Beuß hier vor Monaten ausgeführt hat. Es wird im Wissenschaftshaushalt keine Verrechnung mit Studiengebühren geben und dabei bleibe ich.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Frau Brüning, wenn Sie hier netterweise erwähnen, dass das mit Ihnen nicht soweit kommen wird – ich glaube, Sie meinten hiermit die Studiengebühren –, dann kann ich einfach nur entgegnen: Wo haben Sie überhaupt noch eine Mehrheit? Nicht hier im Haus oder in Berlin.

(*Dr. Barbara Brüning SPD*: Da warten Sie mal ab!)

Also plustern Sie sich bitte nicht so auf.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das hier jetzt nicht unnötig in die Länge ziehen. Exakt am 23. Februar 2005, das ist gerade ein halbes Jahr her, haben wir hier darüber gesprochen und ich beende meine Rede damit, was ich seinerzeit gesagt habe:

> "Was sind die vorläufigen Eckpunkte für Studiengebühren? 500 Euro pro Semester und was mir ganz wichtig ist, ist eine Zweckbindung. Das Geld, das durch die Hochschulgebühren eingenommen wird, darf nicht in den allgemeinen Haushalt versickern, sondern muss ausschließlich den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden. Hierbei möchte ich ein transparentes Verteilungsverfahren haben, an dem unter anderem auch die Studenten beteiligt sind. Wir wollen im Wissenschaftshaushalt keine Kompensationen durch Studiengebühren. Ich werde als Fachsprecher ein ganz erhebliches Augenmerk auf diese Problematik richten."

Dem habe ich heute nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei *Karen Koop CDU*)

Ich sage nur: Ihr Antrag ist so billig, dass wir ihn nicht einmal in den Ausschuss überweisen, sondern wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Barbara Brüning SPD*: Herr Heinemann hat das aber anders gesagt!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Opitz.

Dr. Heike Opitz GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Beuß, die-

A sen Antrag als billig zu bezeichnen, finde ich schon sehr gewagt.

(*Viviane Spethmann CDU*: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Ich möchte einmal darauf zurückkommen, was das gemeinsame Thema ist, nämlich Bildungskosten. Der große Zusammenhang ist interessanterweise, dass Herr Heinemann meint, in beiden Feldern brillieren zu können, worauf ich später noch näher eingehen werde.

Ich habe schon mit Bestürzung festgestellt, dass anscheinend Herr Beuß jetzt plötzlich die Auffassung von Herrn Heinemann vertritt.

(*Karen Koop CDU*: Wie bitte? – *Dr. Andreas Mattner CDU*: Machen Sie sich lieber mal Gedanken über sich selbst!)

Wir lehnen Studiengebühren ab, denn sie sind sozial ungerecht. Liebe CDU-Fraktion, lieber Herr Beuß, ich möchte Ihnen hier gern in Ruhe meine Stichworte, die im Übrigen keine Spickzettel sind, mit einer gewissen Aufmerksamkeit vortragen können. Seien Sie doch nicht so nervös, warten Sie einfach einmal ab.

Frau Präsidentin, können Sie bitte die CDU-Fraktion irgendwie motivieren, weiter zuzuhören, wobei das eigentlich nicht so wichtig ist.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Haben Sie eine vorgefertigte Rede?)

Wir sind gegen Studiengebühren, denn sie sind sozial
B ungerecht. Sie werden dazu führen, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien nach einem Studium mit einem großen Schuldenberg dastehen und Kinder aus einkommensstarken Familien dieses Problem nicht haben. Wir werden damit den jetzigen Trend, der in Deutschland so negativ ist, fortsetzen, dass nämlich Kinder aus einkommensschwachen Familien deutlich weniger studieren, als Kinder aus einkommensstarken Familien.

Das Problem ist, dass Sie uns bisher noch nicht einmal eine Idee mitteilen konnten, wie Sie denn Studiengebühren sozialverträglich ausgestalten wollen. Stipendien sind überhaupt nicht in Sicht und Ihre Kreditmodelle sehen wir auch nicht.

Außerdem werden Studiengebühren eine Generation belasten, die schon heute deutlich mehr benachteiligt ist als andere, weil sie nämlich die Daseinsvorsorge für sich selbst und auch für die ältere Generation tragen wird.

Dann wird gern Bildungsrendite ins Feld geführt. Es gibt jetzt neue Studien des Hochschulinformationsservices, die belegen, dass diese deutlich geringer ausfallen, als man bisher angenommen hat. Das heißt, ein Studium lohnt sich noch weniger, wenn es Studiengebühren gibt.

(Zuruf von *Dr. Diethelm Stehr CDU*)

Es ist daher nicht verwunderlich, dass allein die Ankündigung, Studiengebühren einzuführen, dazu führt, dass es einen richtigen Rückgang bei den Menschen gibt, die studieren wollen. Und, liebe CDU-Fraktion, das ist ein riesiges Problem, denn wir haben in Deutschland viel zu wenig und nicht zu viel Studierende.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die aktuelle Diskussion bestätigt leider alle schlimmen C
Befürchtungen von den Studiengebührengegnern. Sie werden nämlich schon – und das macht auch Ihre Diskussion deutlich – als neuer Topf der Haushälter gesehen, wo beliebig eingezahlt werden und man Haushaltslöcher stopfen kann, um dann beispielsweise Kindergärten zu finanzieren.

(*Robert Heinemann CDU*: Frau Opitz, wo leben Sie denn?)

Die Folge wird sein, dass die Hochschulen nicht mehr Geld haben und somit die Predigt der Studiengebührenbefürworter, dass Studiengebühren zu einer Verbesserung der Lehre führen würden, natürlich überhaupt nicht eintreten kann.

Im Übrigen sind das jetzt nicht irgendwelche Zukunftsvisionen, sondern das sind einfach Fakten. Wir fangen einfach mal international an.

In Australien führen die Studiengebühren dazu, dass es zu einer Absenkung des Hochschuletats gekommen ist. Jetzt kommen wir zu Deutschland. Beispielsweise Niedersachsen, CDU-regiert, hat gerade beschlossen, den Hochschuletat mit der Begründung abzusenken, dass sich die Hochschulen das Geld von den Studierenden holen können, weil demnächst eine Studiengebühr eingeführt wird.

Jetzt komme ich zurück auf die Diskussion in Hamburg und hier konnten wir lesen, dass Studiengebühren dafür dienen sollen, Kindergärten zu finanzieren. Toll, Klasse! Hierzu würde ich schon etwas von Ihnen hören wollen, Herr Heinemann.

(*Robert Heinemann CDU*: Nein, das habe ich nie D
gesagt! – *Dr. Andreas Mattner CDU*: Alle lieben Heinemann!)

Herr Heinemann und liebe CDU-Fraktion, lassen Sie mich doch mal ein paar Dinge klarstellen, die Sie so schön in der Presse vorgetragen haben.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Frau Opitz, haben Sie mir eigentlich zugehört?)

Liebe CDU-Fraktion und Herr Heinemann, ein Studium ist nicht umsonst. Ein Studium heute kostet schon sehr viel Geld und das zeigt schon von grandioser Unkenntnis, wenn man noch nicht realisiert hat, dass die Lebenshaltungskosten für Studierende im Moment bei mindestens 700 Euro im Monat liegen.

(Zuruf von *Barbara Ahrons CDU*)

Sehen Sie, Frau Ahrons, das ist genau das Problem.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Glauben Sie eigentlich alles, was in der Zeitung steht?)

Es haben nicht alle so viel Geld. Ein Teil erhält BAföG und viele arbeiten. Dadurch haben wir auch die langen Studienzeiten.

Der nächste Fehler von Herrn Heinemann: Ein Studium nützt der Gesellschaft. Es ist gerade zu notwendig, dass viele Menschen studieren, weil ein möglichst großes "Know how" die Basis unseres Wohlstandes ist.

Zum Schluss noch ein Wort zum Kindergartenargument. Ein Argument, was so einfach wie falsch ist. Die Kindergärten können nicht mit Studiengebühren finanziert werden.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das will doch gar keiner!)

Das ist ein völlig anderes Prinzip, denn Kindergartengebühren werden einkommensabhängig bezahlt, was bei den Studiengebühren nicht der Fall sein wird. Das nächste Problem ist, dass die Eltern natürlich beides zahlen, sowohl Studiengebühren, als auch Kindergartengebühren.

Aber das eigentliche Problem an der Geschichte ist – und das ist das Schöne an dieser Diskussion –, dass Sie nicht diskutieren wollen, endlich wegzukommen von dem Einverdienermodell im klassischen Familienbild, nämlich weg vom Ehegatten-Splitting, um damit die ganzen Bildungskosten im unteren Bereich, wie Kindergärten, Vorschule und ähnliche Dinge zu finanzieren. Was glauben Sie, wie viel Geld wir hier zur Verfügung hätten und wie gut das Deutschland anstehen würde.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfhard Ploog CDU*: Das würden Sie ganz anders verbraten!)

Stattdessen versuchen Sie nur, die Eltern von Kleinkindern und die Studierenden gegeneinander auszuspielen. Sie treffen doch immer die gleichen, nämlich die Eltern oder die Menschen, die nicht über die nötigen finanziellen Ressourcen verfügen.

Wir stimmen daher dem Antrag der SPD in Ziffer 1 zu. Wir sind für ein gebührenfreies Studium bis zum Master. Bei Ziffer 2 enthalten wir uns, weil wir hier ganz eigene Vorstellungen haben, wie die Lebenshaltungskosten über ein BAFF-Modell finanziert werden sollen.

Aber ich sage Ihnen: Wenn Sie ernsthaft Studiengebühren einführen, dann muss man weiter am BAföG festhalten, um dann wenigstens eine Förderung für die Lebenshaltungskosten zu erhalten in der Hoffnung, dass es dadurch nicht zu den furchtbar negativen Konsequenzen kommt, die sich leider schon jetzt teilweise abzeichnen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: Tolle Debatte!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/2602, besprochen worden ist.

Nun zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/2472. Diesen möchte die GAL-Fraktion ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 zustimmen? – Gegenprobe – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8, Drucksache 18/2422, Große Anfrage der GAL-Fraktion: Jugendarbeitslosigkeit und Jugendhilfe in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion der GAL: Jugendarbeitslosigkeit und Jugendhilfe in Hamburg – Drucksache 18/2422 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Die GAL-Fraktion hat eine Überweisung mitberatend an den Schulausschuss beantragt.

Wer wünscht das Wort? – Frau Gudrun Köncke.

Gudrun Köncke GAL:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die letzten Verlautbarungen zur Ausbildungssituation in Hamburg zeigen einmal wieder ganz eindrucksvoll, wie unterschiedlich Wirklichkeit eigentlich wahrgenommen werden kann.

Für Herrn Senator Uldall – das kennen wir schon – ist ohnehin immer alles ein großer Erfolg. Das zeichnet Herrn Senator Uldall aus. Herr Schmidt-Trens von der Handelskammer schwärmt – und das ist jetzt ein Zitat:

"von dem Ausbildungsparadies Hamburg."

Die Zahlen, die wir aus unserer Großen Anfrage erlesen haben, zeigen nun allerdings ein ganz anderes Bild.

Mit 44,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr sind ausgerechnet die Jugendlichen die am stärksten wachsende Gruppe unter den Arbeitslosen, im Übrigen auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Das ist nicht nur ein statistischer Effekt nach Hartz IV, wie einige interpretiert haben.

Diese Situation als Ausbildungsparadies zu bezeichnen ist nicht nur lediglich als Euphemismus zu bewerten, sondern schlichtweg eine Verkennung der Tatsachen und eine Provokation gegen die jungen Schulabgänger, die bis heute noch keinen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben.

(Beifall bei der GAL)

Um gleich im Vorwege dem Zahlenspiel und unterschiedlichen Interpretationen der Statistik entgegenzuwirken, lassen Sie mich einige Eckpunkte der Anfrage kurz darstellen.

Wir haben in Hamburg 11 000 arbeitslose Jugendliche. Hinzuzurechnen sind mindestens 3500 Jugendliche in Arbeitsgelegenheiten und Trainingsmaßnahmen sowie circa 5000 Jugendliche in schulischen Maßnahmen ohne Anschlussperspektive. Wir sprechen in Hamburg von insgesamt gut 20 000 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren. Viele Jugendliche werden auch 2005 ohne Lehrstelle bleiben.

Die von der Handelskammer herausgegebenen Erfolgszahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass im aktuellen Ausbildungsjahr rund 1700 Ausbildungsstellen weniger angeboten werden, als vor vier Jahren.

Das Versprechen, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot zu machen und eine Ausbildung zu geben, wurde nicht eingelöst. Hiermit ist der Ausbildungskonsens zwischen dem Senat und der Wirtschaft gescheitert. Wir hoffen auf weitere Ausbildungsverträge im September und Oktober, aber auch die werden die Misere nicht beheben können.

Nun sitzt Herr von Frankenberg wahrscheinlich schon in seinem Startloch, denn er ist für diese Debatte angemeldet, und wird uns irgendetwas über den Bundeskanzler, die Bundesregierung und die konjunkturelle Lage erzählen.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Warten Sie doch erst mal ab. Reden Sie doch mal über Ihre Pläne!)

Herr von Frankenberg, verschonen Sie uns mit dem Versuch, sich aus der eigenen Verantwortung zu stehlen. Dass die Konjunktur schwächelt, Herr von Frankenberg, ist eine Binsenweisheit und kein Erklärungsansatz für die konkreten Probleme in Hamburg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Gehen wir einfach mal in die Hamburger Situation. Das konkrete Problem in Hamburg ist, dass die Quote der ausbildungsberechtigten Betriebe und die Quote der Betriebe, die tatsächlich ausbilden, die geringsten in der ganzen Bundesrepublik sind. Es sind gerade die kleinen Betriebe, die sich nicht dazu entscheiden können, auszubilden.

Das konkrete Problem in Hamburg ist weiterhin, dass es zu wenige zukunftsorientierte Perspektiven für Jugendliche gibt. Circa 30 Prozent der Sechzehn- bis Zwanzigjährigen parken in einem so genannten Berufsvorbereitungsjahr mit ausgewiesener mangelhafter Anschlussperspektive. Nur 9 Prozent dieser Jugendlichen kommen danach in Arbeit oder Ausbildung. Rückgängig und gestrichen sind genau die Angebote, die eine Zukunft versprechen. Die außerbetrieblichen Ausbildungsangebote wurden um 143 Plätze zurückgefahren.

Das konkrete Problem in Hamburg ist, dass dieser Senat kein Konzept hat, um die Ausbildungssituation für Jugendliche effektiv zu verbessern.

(*Lydia Fischer CDU*: Ja, wenn die Wirtschaftslage besser wäre!)

Sie gefallen sich in großen Gesten bei medienwirksamen Veranstaltungen und an gegenseitigem Schulterklopfen mit den Vertretern der Wirtschaft und den Unternehmensverbänden. Dirigistisch und über die eigentlichen Verhältnisse hinweg wird hier eine Ausbildungspolitik inszeniert, die den Namen nicht verdient.

(Beifall bei der GAL)

Hören Sie auf, Arbeit und Ausbildungspolitik als Mildtätigkeit und Almosen zu verstehen. Hierin liegt die Zukunft dieser Stadt, nicht in Ihrer Ereignispolitik.

Was braucht diese Stadt konkret? Konkret muss es heißen: Natürlich muss man die Ausbildungsquote erhöhen. Die Ausbildungsumlagen, von Ihnen als Ausbildungsabgabe und Bürokratismus diffamiert, wären eine Möglichkeit gewesen, gerade kleine Betriebe zu unterstützen. Das funktioniert im Übrigen in anderen Ländern sehr gut. Durch ideologisches Scheuklappendenken – ein pragmatischer Vorschlag wurde hier nur instrumentalisiert – ist diese Chance heute vertan. Ich glaube auch, dass heute dieser Vorschlag verbrannt ist. Stattdessen schlagen Sie vor, die Ausbildungsvergütungen zu senken. Das steht im Übrigen auch im CDU-Wahlprogramm der Bundespartei.

Genau solche ausgeklügelten Ideen sind dann eine direkte Wahlkampfhilfe für die PDS und die WASG. Das ist eine Klientelpolitik und keine Lösungsstrategie.

Für die Betriebe muss deutlich werden, warum es sich lohnt, auszubilden. Ausbildungsberatungen und mehr gezielte Zuschüsse für Ausbildungsverbände wären hier eine Alternative.

Trotzdem zeichnet sich ab, dass das heutige Ausbildungsangebot der Wirtschaft nicht ausreicht, um die Nachfrage zu decken. Was ist eigentlich die Konsequenz daraus? Man sollte versuchen, sich diese Konsequenz wirklich einmal zu Gemüte zu führen. Das duale System hat sich in seiner Qualität, aber nicht in seiner Quantität bewährt. Davon sind wir, glaube ich, alle überzeugt. Daher sind hier außerbetriebliche Ausbildungsangebote gefragt, weil das Hochlohnland Deutschland qualifizierte Fachkräfte und keine Geringverdiener benötigt.

Das gerade reformierte Berufsbildungsgesetz bietet auch bei ganz unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen eine Vielzahl von Möglichkeiten. Die Vorschläge sind gemacht und liegen vor, beispielsweise zertifizierte Teilqualifikationen, Qualifizierungsbausteine sowie Stufenausbildung. Fehlende Visionen des Senates begründen hier die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen.

Der Mangel an Möglichkeiten, eine anerkannte Ausbildung zu erreichen, macht Jugendliche hilfebedürftig und damit schließlich zu Kunden der ARGE. Aber auch hier setzt sich – so muss man das sagen – die kurzsichtige Politik des Senates durch. Statt zu qualifizieren, setzt die ARGE nach Maßgabe des Senates – und dieser ist dafür verantwortlich – auch bei Jugendlichen fast ausschließlich auf Arbeitsgelegenheiten und kurze Trainingsmaßnahmen, nach der Devise: Alle einmal anfassen und dann wieder fallen lassen. Verbindlichkeit, Förderung der Potenziale, Zielorientierung, was die sechzehn-, siebzehnjährigen Jugendlichen brauchen, bleiben hierbei unberücksichtigt. Unter diesen Voraussetzungen könnte Hartz IV tatsächlich zum Scheitern verurteilt sein.

Anstatt die flächendeckenden 1 Euro-Jobs einzusetzen, fordern wir ein, mit jedem Jugendlichen innerhalb von 100 Tagen eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen, die Schritt für Schritt, aber konsequent, unter fachlicher Begleitung entsprechend ausgebildeter Fallmanager eine individuelle Entwicklung und eine Chance auf Arbeit ermöglicht. So bleibt für uns die Aufforderung, sich dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu stellen und ein Konzept vorzulegen, um Fachkräftemangel vorzubeugen, den Jugendlichen Vertrauen in die Zukunft zu geben und der zunehmenden finanziellen und gesellschaftlichen Verschuldung entgegenzuwirken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst habe ich eine Enttäuschung für Sie parat. Einen Hinweis auf die Bundesregierung habe ich mir erspart. Ich glaube, das hat mittlerweile jeder begriffen, dass die rotgrüne Bundesregierung wirtschaftspolitisch recht unerfolgreich war.

(Beifall bei der CDU)

Insofern werde ich auf das Desaster, was Sie dort angerichtet haben, auch nicht weiter eingehen. Die Quittung dafür werden Sie auch am 18.09. erhalten. Hier bin ich mir ganz sicher.

(Beifall bei der CDU)

Frau Köncke, Sie haben hier noch einmal die GAL-Pressemitteilung vom Montag erläutert und verlesen. Hierfür schönen Dank.

(Lachen und vereinzelter Beifall bei der CDU)

An den dramatischen Zahlen von der GAL am Montag und an den heutigen Pressemitteilungen – das will ich einmal so bewerten – ist nichts dran.

(*Luisa Fiedler SPD*: Die Zahlen bleiben trotzdem!)

Allgemein möchte ich noch einmal ausführen, dass es ganz wichtig ist, festzustellen, dass jeder jugendliche Arbeitslose einer zu viel ist. Hierüber sind sich im Hause, glaube ich, alle einig und dass das für die Betroffenen ein persönliches Drama sein kann, steht völlig außer Frage.

Was sind die Gründe für den Anstieg, den wir jetzt zu verzeichnen haben? Zum einen ist es bedingt durch Hartz IV, dass die Arbeitsmarktstatistik Jugendliche, die vorher Sozialhilfe bezogen haben, erfasst hat und dadurch der Anstieg auch begründet ist. Der scheinbar überdurchschnittliche Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg ist auf einen statistischen Sondereffekt zurückzuführen.

(*Jens Kerstan GAL*: Ist es in Berlin anders?)

Generell haben die meisten Bundesländer alle erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger Anfang des Jahres in die Arbeitslosenstatistik eingearbeitet, so auch die jugendlichen Arbeitslosen.

In Hamburg hat man das allerdings erst nach einer genauen Prüfung der Erwerbsfähigkeit getan, sodass viele Arbeitslose erst Monate später in die offizielle Statistik gewandert sind. Daher war hier der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in den ersten drei Monaten auf dem Papier geringer, als in den meisten Bundesländern, und danach höher. Das ist ein ganz einfacher Effekt. Somit lassen sich die dortigen Zahlen auch leicht erklären. Aber wie gesagt, es ist nichts an dem, was Sie dort bisher prophezeit oder verkündet haben.

Ich will noch einmal einen anderen Aspekt herausgreifen. Sie monieren, dass Hamburger Betriebe zu wenig ausbilden, und zwar sind das nach Ihren Angaben nur 16 Prozent, während der Bundesdurchschnitt 25 Prozent beträgt. Sie verschweigen aber dabei, dass die Zahlen überhaupt nicht zueinander passen. Hamburg ist eine Dienstleistungsmetropole und wir haben hier rund 50 000 Klein- und Kleinstunternehmen, die überwiegend überhaupt nicht in der Lage sind auszubilden und das auch nicht tun. Insofern passen die Zahlen und vieles andere von dem, was Sie verkündet haben, auch nicht wirklich.

Daher ist es ganz wichtig, dass wir die Anfrage noch einmal in den Wirtschaftsausschuss überweisen, weil ich das Gefühl habe, dass es erforderlich ist, vielleicht dort das eine oder andere nochmals zu erklären.

(*Jens Kerstan GAL*: Vielleicht auch zu verstehen!)

– Vielleicht auch zu verstehen, das wäre schön. Sie sind danach dann sicherlich schlauer.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch auf einen ganz wichtigen Effekt hinweisen, der bei der Auswertung der Zahlen klar hervortritt. Je höher der Ausbildungsabschluss ist, desto geringer wird das Risiko, in die Arbeitslosigkeit zu fallen. Das ist klar erkennbar. Wichtig ist, dass überhaupt ein Abschluss erreicht wird. Wir haben das Thema erkannt und arbeiten daran, nämlich die Reform der Hauptschule zu mehr Praxisorientierung hinzuführen. Das sind beispielsweise auch Dinge aus der Schulpolitik, die dringend angefasst werden müssen. Hierfür hatten Sie eine lange Zeit und haben nichts gemacht. Jetzt beschweren Sie sich, dass zuviel auf einmal durchzuführen ist.

Um dann auch noch einmal nicht ganz die Bundespolitik auszublenden, da Sie sonst allzu sehr enttäuscht sind, möchte ich abschließend sagen, dass das beste Mittel für Ausbildungsplätze ein solides Wirtschaftswachstum ist, was mehr Arbeitsplätze, mehr Ausbildungsplätze und weniger Arbeitslosigkeit, also auch weniger Jugendarbeitslosigkeit, bedeutet. Hier ist die Bundesregierung sicherlich ein ganz wichtiger Faktor. Dieser Faktor wird sich nach dem 18.09. ändern. Welche Möglichkeiten habe ich, etwas gegen Jugendarbeitslosigkeit zu tun? – Am 18.09. CDU wählen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat jetzt Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Das ist wirklich ein interessanter Vorschlag, Herr von Frankenberg. Ich möchte doch mal ein bisschen in die Anfrage einsteigen, um zu zeigen, welche Bilanz Sie denn hier in Hamburg haben. Es gibt hier ganz viele Zahlen und eine davon, die immer sehr betrachtet worden ist und auf die Hamburg auch zu Recht stolz war, war die Zahl der Berufsausbildungsstellen je Bewerber in Hamburg. Das ist eine Zahl, die nicht ganz einfach ist, weil sie noch nicht viel aussagt, ob das wirklich zueinander passt, was wir an Ausbildungsstellen und an Jugendlichen haben und ob wirklich das Matching, wie das dann immer so schön heißt, klappt.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz)

Deswegen sagt eine Zahl über eins noch nicht, dass man auch praktisch wirklich jeden Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz versorgen kann, aber sie ist zumindest ein Indiz dafür, dass es theoretisch klappen würde. Wir hatten 2001 diese Zahl, 1,2 je Bewerber. Wir hatten ein Jahr später dann, CDU-regiert, 1,1. 0,9 haben wir jetzt. Das heißt, es ist in Hamburg nicht einmal mehr theoretisch möglich, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz in dieser Stadt bekommt. Und das sehen Sie als Wahlempfehlung für Berlin? Da muss irgendetwas in Ihrem Kopf verrückt geworden sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese Zahl ist das eine. Das andere ist, welche Chance denn noch für die Jugendlichen bleibt, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Auch dazu gibt es eine Zahl, nämlich die Zahl, wie viele unbesetzte Stellen es je unvermitteltem Bewerber in Hamburg gibt. 2001 immerhin noch 0,4, also zu wenig, denn das heißt, dass sich zweieinhalb Jugendliche einen Platz teilen müssten. Inzwischen waren wir 2003 bei 0,1 und immerhin jetzt wieder bei 0,2. Jetzt sind es fünf, die sich einen teilen müssten. Das ist auch eine tolle Wahlempfehlung im Bereich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Sie schaffen es jedenfalls hier in Hamburg nicht.

Was in der Großen Anfrage und vor allen Dingen auch im Arbeitsmarktbericht für den Monat Juli noch einmal ganz

klar wird: Es ist ein einsamer Rekord in der Bundesrepublik, einen Anstieg von 44,5 Prozent Jugendarbeitslosigkeit zu haben. Das ist ein trauriger Rekord. Und wenn Sie von Statistik reden, ist das gegenüber den Jugendlichen, denen damit die Zukunftsperspektive verbaut ist, wirklich eine Katastrophe und es ist der reine Zynismus, zu sagen, in der Wirtschaftsbehörde sind wir irgendwie ratlos, wahrscheinlich ist es die Statistik, aber genau wissen wir es auch nicht. Das ist wirklich eine extreme Schieflage in der Wirtschaftsbehörde.

Hamburg war in den Neunzigerjahren höchst erfolgreich in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Jugendarbeitslosigkeit ist ja leider kein ganz neues Phänomen in Deutschland. Aber auch in Hamburg ist etwas dagegen getan worden.

(Zurufe von *Robert Heinemann CDU*)

– Wenn Sie die Zahlen kennen würden, Herr Heinemann, würden Sie nicht so dumm dazwischenquatschen. Die Zahlen sind nämlich so gewesen, dass innerhalb von vier Jahren in Hamburg die Jugendarbeitslosigkeit halbiert worden ist, von etwas über 13 Prozent auf etwas unter 7 Prozent. Das war ein Erfolg rotgrüner Politik hier in Hamburg. An diesen Erfolg reichen Sie in den bisherigen Jahren bei weitem nicht heran.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Man kann es ja auch sagen: Es hat dabei auch einen hohen Beitrag der Unternehmer gegeben, die Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben, die Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt haben, weil sie in dieser Stadt eingebunden und angesprochen worden sind, weil die ganze Geschichte Chefsache war, weil es ein Bündnis gab, das sich in allererster Linie genau darum gekümmert hat, nämlich gemeinsam mit der Wirtschaft Ausbildungsplätze zu schaffen, aber nicht nur Ausbildungsplätze, sondern auch Chancen für junge Menschen zu schaffen, die eben noch nicht in der Lage sind, eine Berufsausbildung aufzunehmen. Hamburg war ja modellbildend in der Bundesrepublik mit dem Programm QUAS, Qualifizierung für Schulabgänger und Schulabgängerinnen. Dieses Modell ist ja Vorbild für die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche gewesen, die von der Bundesregierung, weil QUAS in Hamburg so erfolgreich war, mit 270 Millionen Euro gefördert wird.

Jetzt kann man sich angucken, wie Hamburg dieses Instrument nutzt, dass eigentlich wir entwickelt haben. Wir nutzen es fast nicht. Wenn man es sich anschaut: In Hamburg gab es 2004 140 solcher Stellen, bundesweit 127 000. 140 Stellen in Hamburg, von denen am Ende 87 unbesetzt geblieben sind. Das heißt, wir hatten im Bundesdurchschnitt deutlich weniger Stellen als andere Bundesländer und sie sind in Hamburg nicht einmal besetzt worden, weil das matching in dieser Stadt nicht geklappt hat. Man kann darüber spekulieren, woran es liegt. Für die Jugendlichen heißt es aber, dass sie weniger Chancen hatten als in anderen Bundesländern, auch als in anderen CDU-regierten Bundesländern. Wir sind trauriges Schlusslicht, egal, wohin man schaut.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich will das in Zahlen aufschlüsseln – Große Anfragen bieten dazu ja immer Anlass – und mit unserem nördlichen Nachbarn vergleichen. Ich mache das deswegen, weil dieser in der Anfangszahl der nicht vermittelten Jugendlichen im Oktober 2004 gleichauf mit Hamburg lag; es waren nämlich jeweils rund 800, 786 in Schleswig-Holstein, 798 bei uns in Hamburg. Davon sind in Schleswig-Holstein 177 in Berufsausbildung gekommen, bei uns 112. Da sind wir schlechter. In eine EQJ-Stelle, also eine Einstiegsqualifizierung, sind in Schleswig-Holstein 103 gekommen, in Hamburg 50. Auch da sind wir schlechter. Ich kann Ihnen hinsichtlich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nur sagen: Sie können es einfach nicht. Es funktioniert in dieser Stadt an keiner Stelle.

Ich will noch einen anderen Aspekt ansprechen, was auch offenbar überhaupt nicht funktioniert: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ja nicht nur ein Thema der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, sondern es ist auch ein Thema der anderen Behörden, die sich mit Bildung und mit Jugend auseinandersetzen. Man hat den Eindruck, es sei wirklich ein Ausnahmezustand, dass Sie beide einmal an einem Tisch sitzen. Sie reden ja jetzt auch nicht miteinander. Offenbar tun Sie es ansonsten, wenn es um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geht, nie, denn ein gemeinsames Konzept, gar eine gemeinsame Anstrengung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist nicht zu erkennen. Die Frage, ob vielleicht noch die für Jugend zuständige Behörde dabei sei, will ich gar nicht stellen. Da gibt es am allerwenigsten. Es gibt vielleicht manchmal punktuell eine Zusammenarbeit. Da feiert man dann, dass man einmal mit Schulen zusammen etwas gemacht hat. Aber was wir brauchen, ist ein Konzept, eine Rückkehr zur Chefsache zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und nicht dieses Herumgeeiere und Gerede über Statistik und falsche Zahlen. Gucken Sie es sich an: knapp 20 000 Jugendliche. Was wollen Sie da eigentlich retten, wenn Sie sagen, das sei ein statistischer Effekt? Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst sagen, dass ich Frau Köncke dankbar bin, dass sie diese Debatte angeregt hat, denn das Engagement für die jungen Menschen bei uns in Hamburg kann gar nicht groß genug sein.

(*Doris Mandel SPD*: Dann fang' doch mal an!)

Insofern ist es richtig, dass wir hier eine Auseinandersetzung über dieses Thema führen. Ich bin Ihnen auch insofern dankbar, als dass Sie in einer unendlichen Fleißarbeit, Frau Köncke, so viele Fragen zusammengetragen haben, die dann auch alle beantwortet worden sind.

(*Christa Goetsch GAL*: Das ist doch wohl selbstverständlich!)

Nun liegt bei Ihnen allen fast so etwas wie ein statistisches Jahrbuch auf dem Tisch. Meine Empfehlung geht dahin, dass man sich nicht mit großer Aufgeregtheit die eine oder andere Zahl herauspickt, sondern dass man sich diese Zahlen in Ruhe und Nüchternheit und immer mit der Zielsetzung ansieht, junge Menschen zu motivieren und nicht Katastrophenszenarien an die Wand zu malen, und sich die großen Linien einmal herausnimmt. Dann ist meine Einschätzung – da komme ich nun zu einem ganz anderen Ergebnis als die beiden Rednerinnen der Opposition –, dass wir zwar eine Bilanz vorzulegen haben, mit der wir nicht zufrieden sein können – wir

können nie zufrieden sein –, aber mit der wir uns im nationalen Vergleich in Deutschland überhaupt nicht zu verstecken haben.

(Beifall bei der CDU – *Antje Möller GAL*: Das ist doch nicht Ihr Ernst!)

Schauen Sie sich bitte insofern einmal im Vergleich nur die westdeutschen Länder an – einen Vergleich zu den ostdeutschen Ländern will ich gar nicht ziehen –, wie die Jugendarbeitslosigkeit im Bundesgebiet aussieht. Dann stellen Sie fest, es gibt immer zwei, die ganz hinten sind, das sind Bayern und Baden-Württemberg. Prima, sage ich. Ich will das politisch gar nicht bewerten. Da gibt es Landesregierungen seit vielen Jahrezehnten in Reinkultur. Das macht sich bezahlt. Die laufen außen vor.

Dann nehmen wir die norddeutschen Länder. Sie sind alle schlechter als Hamburg, was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft. Dann gibt es einen breiten Block von Hessen und Rheinland-Pfalz und Saarland, die sonst ja auch immer in vielen Punkten besser sind als wir. Hier ist Hamburg im guten Mittelfeld. Dieses sollten wir auch einmal herausstellen. Es gilt nicht dieses Katastrophenszenario.

Dann muss man in diesem Zusammenhang auch mit berücksichtigen, dass Hamburg – und da unterscheiden wir uns dann von Hessen oder Rheinland-Pfalz und anderen Ländern – eine Stadt ist, die aufgrund ihrer Metropolfunktion sehr vielen jungen Menschen aus dem Umland Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Das ist doch erfreulich. Es ist ein gutes Zeichen für die Wirtschaftskraft unserer Stadt, dass wir eben auch die angrenzenden Gebiete mit Arbeitsplätzen versorgen können.

(*Farid Müller GAL*: Wenn dabei die Hamburger auf der Strecke bleiben! – Gegenruf von *Bernd Reinert CDU*: Das liegt an der Bildungspolitik!)

Dies ist sogar mit steigender Tendenz versehen. Im Jahr 2003 waren es – bitte registrieren Sie diese Zahl – 3750 junge Menschen aus dem Umland, die in Hamburg ausgebildet wurden. Diese Zahl stieg sogar noch im letzten Jahr auf über 4000. Wir sind damit also ein Stadtstaat, der durch eine starke Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft Ausbildungsplätze auch für die anderen Länder zur Verfügung stellt. Wir freuen uns darüber und nehmen solche Zwischenrufe, wie sie eben kamen, gar nicht auf. Wir freuen uns deswegen darüber, weil wir nicht mehr in engen Stadtgrenzen denken, sondern immer in den Grenzen einer Wirtschaftsregion und dazu gehört eine gute Entwicklung auch in den Umlandkreisen.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann man sagen, bitte vergleicht nicht mit den anderen Bundesländern, sondern schaut euch doch einmal an, wie sich das in Hamburg entwickelt hat. Da hat doch ein schlechter CDU-Senat dafür gesorgt, dass sich die Entwicklung permanent verschlechtert hat. Das könnte ja sein, Frau Köncke. Deshalb habe ich noch einmal schnell in die Zahlen geschaut, nachdem Sie hier so richtig vom Leder gezogen haben – nein, ich will sagen, Sie haben charmant argumentiert, nicht vom Leder gezogen. Mir ist aufgefallen: Im Mai 2003 gab es 8215 jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren. 2004 ging es runter auf 6750. Schöne Entwicklung.

(*Bernd Reinert CDU*: Genau!)

Darüber freuen wir uns. Aber jetzt werden wir alle denken: Und was kommt 2005? 2005 können Sie jetzt zunächst einmal sagen, Frau Köncke, Sie hätten ja doch Recht gehabt. Da steigt die Zahl von 6750 auf 10 268. Also haben Sie doch Recht, das ist eine ganz schlechte Entwicklung in Hamburg.

Nun wurde eben schon von Herrn von Frankenberg darauf hingewiesen, dass wir ja eine Umstellung in der Statistik gehabt haben. Da muss man sich natürlich fragen, was denn nun eigentlich mit dazugekommen ist. Da habe ich mir berichten lassen, wie viele Jugendliche Ende 2004 Sozialhilfeempfänger waren, denn die werden ja jetzt als jugendliche Arbeitslose mitgezählt, bisher nicht.

(*Doris Mandel SPD*: Jugendliche waren immer in der Arbeitslosenstatistik!)

Jetzt hat die Bundesregierung die Statistik geändert und jetzt kommen natürlich diese Jugendlichen mit dazu.

Ich bin ja einer der letzten Verfechter von Hartz IV. Ich verteidige den Bundeswirtschaftsminister gegen die Koalitionspartei Grüne und gegen die Koalitionspartei SPD.

(Beifall bei der CDU)

Streiten wir uns jetzt nicht darum, wer die Statistikänderung im Gesetz verankert hat, sondern schauen wir uns einfach einmal an, wie viele junge Menschen Ende Dezember 2004 Sozialhilfe bezogen haben. Dieses waren weit über 17 000.

(*Doris Mandel SPD*: Aber deswegen waren die doch arbeitslos gemeldet!)

Nun sagen wir ganz richtig, da ist Ihr Zwischenruf ganz hilfreich …

(Glocke)

Ich möchte den Satz gern zu Ende bringen.

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): – Und dann gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): – Dann kann gern eine gute Zwischenfrage kommen.

Aber zunächst zu Ihrem wertvollen Hinweis, Frau Kollegin, sie seien nicht alle als arbeitslos einzustufen. Richtig.

(*Doris Mandel SPD*: Die waren immer arbeitslos gemeldet! – Gegenruf von der CDU: Das waren sie eben nicht!)

– Nein. Frau Kollegin, wenn Sie mir eine Sekunde Aufmerksamkeit schenken, werden Sie spüren, dass Sie in diesem Punkt noch etwas dazulernen können.

(Beifall bei der CDU)

Die wurden eben nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst, sondern waren als Sozialhilfeempfänger gelistet. Nun gucken wir uns einmal, sagen wir, 17 000 junge Menschen an. Von diesen 17 000 jungen Menschen – haben jetzt meine Fachleute ausgerechnet –, müsste man 10 000 hinzuzählen als neu in die Statistik übernommene. Wenn wir im Jahr 2004 6700 gehabt haben und jetzt kommen 10 000 dazu, müssten das eigentlich 16 000 sein. Aber da habe ich gesagt, das kann doch gar nicht stimmen. So gut sind wir doch auch nicht. Wir haben jetzt nur 10 000 arbeitslose Jugendliche, also sind nur 4000 dazugekommen.

(*Katja Husen GAL*: Und wo sind die anderen geblieben?)

Ich will jetzt gar nicht über 100 Arbeitslosenhilfeempfänger sprechen, sondern ich will nur eines sagen: Dieser positive Trend in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei uns in Hamburg, auch bei den jugendlichen Arbeitslosen, hat sich trotz Statistikveränderung auch 2005 fortgesetzt. Darüber sollten wir uns freuen und hier nicht unnötig herummäkeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Kann Frau Dräger jetzt ihre Frage stellen?

Zwischenfrage von Gesine Dräger SPD:* Herr Senator, vielleicht können Sie uns dann auch erklären, warum in allen anderen Bundesländern die Umstellung der Statistik zu einem wesentlich geringeren Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit geführt hat, weil diese Länder nämlich die Instrumente wie zum Beispiel EQJ und andere in einem sehr viel höheren Ausmaß genutzt haben und es ihnen auch noch viel stärker gelungen ist, Ausbildungsplätze zu schaffen?

Senator Gunnar Uldall: Es ist richtig, was Sie sagen. Wir haben aus mehreren Gründen einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen, der über dem Anstieg in anderen Bundesländern liegt. Einen hatte Herr Frankenberg schon erklärt. Das hätten Sie dort hören können. Herr Frankenberg hatte gesagt, dass es eine unterschiedliche Verhaltensweise der Bundesagentur in den einzelnen Bundesländern gab. In Hamburg wurde erst sehr sorgfältig geguckt, was neu hinzukommt. Die anderen Bundesländer haben das alles auf einmal gemacht. Warum ist das so gemacht worden? Weil man sich nämlich einen Trick für die Bundestagswahl überlegt hatte, die sich im Frühjahr dann schon für das Jahr 2006 abzeichnete. Da hatte man sich gesagt, jetzt machen wir einmal ordentlich die Zahlen nach oben und dann geht es – so hatte es ja der von mir geschätzte Clement immer gesagt – ab Mai kontinuierlich runter, sodass wir beim geplanten Wahltermin 2006 ein Optimum erreicht haben. Dies führt dann zu einer solchen Verzerrung, wie Sie es eben beschrieben haben.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Genau!)

Nun komme ich noch einmal zu der Ausbildungsplatzsituation. Auch hier ist es falsch zu sagen, es bahne sich eine riesige Katastrophe an. Wir haben im letzten Jahr ein hohes Niveau an Ausbildungsplätzen in Hamburg erreicht. Ich habe es schon beschrieben, dass deswegen viele Jugendliche von außerhalb hier nach Hamburg gekommen sind.

(*Christa Goetsch GAL*: Das ist ein Drama!)

Dieses hohe Niveau ist 2005 noch einmal erhöht worden. Wir haben dieses Mal noch zwei Prozent zusätzlich obendrauf gelegt. Ich kann nur sagen, wenn wir durch die Bundesregierung generell ein Wachstum in der Wirtschaft von zwei Prozent erzeugen würden, dann sollten wir jubeln. Das können wir leider nicht auf Bundesebene, aber in Hamburg können wir jubeln. Deswegen sollten wir diese zwei Prozent auch lobend hervorheben.

(Beifall bei der CDU)

Wie mir heute mitgeteilt wurde, sind aktuell bei der Handelskammer 1400 Auszubildendenplätze unbesetzt.

(*Farid Müller GAL*: Und woran liegt das?)

Nun wollen wir dafür sorgen, dass wir im September und Oktober noch einmal eine Nachvermittlungsaktion durchführen. Da werden die jungen Leute eingeladen und ihnen wird vorgestellt, was es für Ausbildungsplätze gibt. Ich hoffe sehr, dass die Teilnahme an diesen Nachvermittlungstagen, die in der Handelskammer durchgeführt werden, höher ist als im vergangenen Jahr, denn damals war die Resonanz sehr gering. Meine Bitte geht dahin, dass Sie, wo immer Sie können – Sie sind ja engagiert auf diesem Feld tätig – die jungen Menschen mit auffordern, an diesen Nachvermittlungsaktionen teilzunehmen. Das ist das Beste, was wir als Beitrag leisten können, um die jungen Menschen in eine Ausbildungsstelle zu vermitteln.

(Beifall bei der CDU)

Ein Thema, das uns besondere Sorgen bereitet – sicher über die Parteigrenzen hinweg – ist die Frage der Abbrecher. Die Zahl der jungen Menschen ist leider viel zu hoch, die einen Ausbildungsplatz angenommen haben und dann abbrechen. Das demotiviert natürlich auch den Handwerksmeister, wenn er sich Mühe gegeben hat mit einem jungen Menschen, eine Ausbildung durchzuziehen, und nachher sagt der, nö, ich habe jetzt keine Lust mehr, ich gehe hier weg. Deswegen erweckt es Hoffnung, Frau Köncke, dass sich die Zahl der Abbrecher in Hamburg reduziert hat, nämlich von 3300 auf 2800. Das sind, wenn ich das so schnell rechnen kann, etwa 10 bis 15 Prozent. Das ist doch eine erfreuliche Entwicklung, die wir auch einmal hervorheben und damit sagen wollen, liebe junge Leute, habt etwas mehr Durchhaltevermögen, wenn ihr einen Ausbildungsplatz angenommen habt, und trennt euch nicht so schnell.

Dass wir eine insgesamt bessere Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt haben, sieht man, wenn man sich einmal ansieht, was mit den jungen Menschen passiert, die dann tatsächlich ihre Ausbildung abgebrochen haben. 1995 haben immerhin 40 Prozent sofort in ein neues Ausbildungsverhältnis gewechselt. Das ist eine ganz gute Zahl, wenn man bedenkt, dass das Leute sind, die ihren Ausbildungsplatz verlassen haben.

Aber jetzt ist der böse CDU-Senat an der Regierung. Da ist diese Zahl von 40 Prozent auf 50 Prozent gestiegen. Mir ist das noch nicht genug.

(*Bernd Reinert CDU*: Das ist wie mit den Umfrageergebnissen. Da liegen wir auch bei der Größe!)

– Sehr gut, Herr Reinert. Ein wertvoller Hinweis.

Wir stellen fest, dass sich das hier ganz positiv entwickelt: 1995 wurden von diesen Jugendlichen noch 32 Prozent arbeitslos, heute sind es nur noch 26 Prozent. Viel zu viele, meine Damen und Herren. Aber wer aus einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von 32 auf 26 Prozent einen negativen Trend herauslesen will, hat diese Zahlen nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass wir eine positive Tendenz in diesen Zahlen haben. Aber ich füge auch mit allem Nachdruck hinzu: Wir sind nicht zufrieden mit dem, was wir erreicht haben, sondern das wollen wir noch

forcieren. Deswegen wird eine Menge zusätzlicher Programmpunkte angeboten. Wir werden 750 neue Plätze für Jugendliche mit mangelnder Einstiegsqualifizierung bereitstellen, Dank an die Kammer, Dank aber auch an meine Behörde, weil wir das zum großen Teil mittragen und initiieren. Wir werden zum Beispiel 200 Plätze für ALG-II-Empfänger im Hamburger Modell für die Jugendlichen, die arbeitslos sind, vorsehen. Wir werden ein Programm "Mehr Lehrstellen für Hauptschüler" auflegen und so weiter. Da wird mit sehr viel Kreativität herangegangen, um hier neue, zusätzliche Hilfe anzubieten.

(*Doris Mandel SPD*: Genauso kreativ wie Sie Statistiken machen!)

Aber lassen Sie mich auch eines hinzufügen: Die beste Hilfe für arbeitslose Jugendliche sind nicht zusätzliche Programme, sondern zusätzliche Arbeitsplätze, die auf dem Markt entstehen und angeboten werden. Das muss unsere Politik sein.

(Beifall bei der CDU)

Da möchte ich gar nicht alles beschreiben, was wir an Positivem hinsichtlich des Schaffens neuer Arbeitsplätze geleistet haben. Wir sind ja, was die Beschäftigungsentwicklung angeht, die Besten in Deutschland. Das füge ich immer gern und stolz hinzu.

Trotzdem möchte ich einige Beispiele nennen, die durch die Zeitungen in den letzten Wochen genannt worden sind. HHLA sagt "1000 neue Arbeitsplätze". Eurogate sagt "2200 neue Arbeitsplätze". Airbus sagt "700 neue Arbeitsplätze bis zum Jahresende 2005".

(*Doris Mandel SPD*: Und was ist mit den Jugendlichen?)

Die Zulieferindustrie sagt "Wir schaffen in den nächsten zwei Jahren über 2000 Arbeitsplätze". Wir haben ausgerechnet, dass im Tourismus neue Arbeitsplätze entstehen werden. Wir haben für die Logistikunternehmen ausgerechnet, was dort an neuen Arbeitsplätzen entsteht. Alles in allem, kann ich nur sagen, sind das ermutigende Zeichen. Wenn es geht, junge Menschen zu überzeugen, die Ärmel aufzukrempeln und mit Optimismus nach vorn zu gehen, dann sollten wir in diesem Sinne reden und nicht die Verhältnisse in Hamburg unnötig schlechtreden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Köncke hat jetzt das Wort.

Gudrun Köncke GAL:* Meine Damen und Herren, genau so viel zur unterschiedlichen Interpretation der Wirklichkeit – das war ein Beispiel dafür, Herr Uldall –: Ich glaube, die Hauptbotschaft, die ich transportieren wollte, ist noch nicht ganz bei Ihnen angekommen.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Die ist bei uns auch nicht angekommen!)

Die Hauptbotschaft ist, dass wir ungefähr 20 000 arbeitslose Jugendliche in dieser Stadt haben. Sie haben zwar viel über Zahlen geredet, aber eine echte Antwort darauf, was Sie mit diesen Jugendlichen machen möchten, haben Sie leider vermissen lassen.

(Beifall bei der GAL)

Ich lasse mich trotzdem noch einmal auf Ihre Zahlenspiele ein. Sie vergleichen ganz viel mit anderen Bundesländern. Es ist natürlich schwer, das nachzuvollziehen, wenn nicht jeder diese Anfrage vor sich liegen hat. Ich möchte noch einmal auf eine Zahl verweisen, die ich auch genannt habe. Ungefähr 5000 Jugendliche sind im Berufsvorbereitungsjahr mit 9 Prozent Anschlussperspektive. Das ist die höchste Zahl im Bundesvergleich. Das sind ungefähr 30 Prozent der Jugendlichen eines Jahrganges. Mecklenburg-Vorpommern folgt mit ungefähr 23 Prozent. Das heißt, sie parken im Berufsvorbereitungsjahr und haben keine andere Antwort. Das schönt die Statistik und die müssen Sie einfach mitzählen, Herr Uldall.

(Beifall bei der GAL)

Wir können jetzt ganz viel über Zahlen reden und hier und da noch ein bisschen etwas abschneiden und dazu tun, aber das ist das Problem und damit müssen Sie sich endlich einmal auseinandersetzen. Das Berufsvorbereitungsjahr reicht nicht aus. Ich freue mich, dass Sie Hartz IV wirklich so verteidigen, aber auch da finde ich manchmal, dass Sie Hartz IV nicht ganz verstanden haben. Denn was bedeutet Hartz IV? Hartz IV sollte eine Chance geben, in den Beruf integriert zu werden. Sie bieten hauptsächlich kurze Trainingsmaßnahmen an, Ein-Euro-Jobs für Jugendliche, für Sechzehn- bis Siebzehnjährige. Das kann nicht sein. Das ist keine Perspektive.

(Beifall bei der GAL)

Wenn sie stolz darauf sind, dass Jugendliche aus dem Umland hier Beschäftigung und Ausbildung finden: Ja, das finde ich gut, das sollte auch ganz genau so sein. Nur löst auch das wiederum das Problem hier in Hamburg nicht, denn es bedeutet nicht, dass Sie aus der Verantwortung für die Hamburger Jugendlichen sind, denn denen müssen Sie auch eine Perspektive bieten. Ich habe auch herausgestrichen: ja, das Duale System, bitte Berufsausbildung – da können wir nicht genügend für einwerben –, denn die Situation ist nun einmal so, dass nur noch ungefähr 50 Prozent in der dualen Ausbildung sind. Auch davor können wir die Augen nicht verschließen, auch da sind Antworten gefragt. Herr Uldall, bitte nicht nur Zahlenspiele, sondern Konzepte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Luisa Fiedler SPD*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dees hat jetzt das Wort.

Hans-Christoff Dees SPD: Herr Senator Uldall, eine Meisterschaft im Schönreden von Statistiken kann man Ihnen wirklich nicht absprechen. Ich will ganz eindeutig klarstellen, dass sich Hamburg leider nicht von den bundesweiten Arbeitsmarktzahlen abgekoppelt hat, wie Sie es im zweiten Halbjahr des letzten Jahres konstant behauptet haben und so wie Sie es immer wieder in Ihren Pressemitteilungen einzuflechten versucht haben.

(Glocke – *Wolfgang Beuß CDU*: Das ist ja wie in der Schule hier!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Dees, Entschuldigung. Aber es ist mir zu laut. Ich bitte, den Geräuschpegel doch wieder ein bisschen herunterzufahren. Das ging eben wieder eine ganze Zeit lang ganz gut. Ich bitte Sie, dorthin zurückzukommen oder ihre Gespräche draußen zu führen. Herr Dees, bitte.

Hans-Christoff Dees (fortfahrend): Hamburg hat sich nicht abgekoppelt. Ich finde es in diesem Zusammenhang durchaus richtig und löblich, dass Sie uns mit anderen Bundesländern vergleichen, weil das eigentlich die einzige Chance ist, einen gewissen Grund in dieses schwierige Thema hineinzukriegen. Nur, bitte schön, machen wir dann keine Momentaufnahme und vergleichen uns nicht von 2005 rückwirkend bis 2003, sondern vergleichen wir langfristige Entwicklungen. Wenn wir uns zum Beispiel Entwicklungen bei der Jugendarbeitslosigkeit angucken – darauf hat Frau Dräger schon hingewiesen –, sehen wir, dass in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre die Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg mit außerordentlichem Mitteleinsatz halbiert worden ist. Seitdem steigt sie, alternierend und abwechselnd, aber stetig. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit war 2001 auf einem recht niedrigen Stand. Es gab schon einmal weniger, aber der Stand war insgesamt niedrig. Seit 2001 – und das hat auch eng etwas mit Jugendarbeitslosigkeit zu tun – steigt die Langzeitarbeitslosigkeit im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern, im Vergleich zum strukturschwachen Bremen und im Vergleich zu Berlin überproportional an, nämlich um über 40 Prozent.

Natürlich ist aufgrund der Strukturschwäche von Bremen und teilweise auch durch die Wirtschaftspolitik in Berlin die entsprechende Ausgangszahl höher als in Hamburg. Aber in den letzten Jahren wird die Situation in Hamburg immer schlechter und schlechter und nähert sich auch in den absoluten Zahlen langsam den Regionen an, mit denen wir uns wirklich nicht vergleichen wollen. Das ist vor allem ein ideologisches Problem und darauf haben Herr von Frankenberg und Sie zum Schluss mit Ihrem rhetorischen Hinweis auf den Ersten Arbeitsmarkt – damit haben Sie sich eigentlich selber einen Fallstrick gelegt – hingewiesen. Es ist immer schön und richtig zu sagen, wir wollen natürlich in den Ersten Arbeitsmarkt integrieren, davon handelt Hartz IV von vorne bis hinten. Aber Sie sind 2001 angetreten und haben die große politische Fata Morgana verbreitet, dass die ganze Hamburger Arbeitsmarktpolitik nichts tauge, weil sie nicht auf den Ersten Arbeitsmarkt orientiert sei. Und dann haben Sie bis 2006 in den Haushaltsplänen Kürzungen von fast 50 Millionen, je nachdem, wie man das rechnet, an Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik vorgenommen. Dass das auf Qualität und Leistung dessen, was man in dieser Stadt bewirken kann, natürlich Einfluss haben muss, ist doch selbstverständlich.

Es hat natürlich bei den Menschen Einfluss, die nicht so einfach einen Job in einem Betrieb finden, bei Jugendlichen, die nicht so einfach von der Schule gehen und einen Job in der Firma oder einen Ausbildungsplatz finden, sondern die sich in einem ganz schwierigen Übergangsprozess von einer abgebrochenen Schullaufbahn erst mal ins Nichts fallen. Im Übrigen haben alle Bundesländer – das hat auch etwas mit unserem Schulsystem zu tun – in der Vergangenheit Schwierigkeiten mit diesem Problem gehabt. Deswegen haben gerade vergangene sozialdemokratische Senate ganz genau und ganz scharf darauf geachtet, dass sich das ändern muss. Der Übergang von der Schule ins Berufsleben ist eines der Kernprobleme und mit den von Ihnen vorgenommenen Kürzungen werden Sie diesen Problemen nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Wie sehr Sie das Problem unterschätzt haben, zeigt letzten Endes, was sich jetzt mit Hartz IV offenbart. Hamburg hat nicht 80 000 Erwerbsfähige, die nicht arbeiten, sondern 130 000. Und Sie haben Ihre ganze Politik darauf zurechtgeschnitten, Menschen unmittelbar und möglichst schnell in den Ersten Arbeitsmarkt zu bringen, mit einem in Teilen sicherlich sehr guten Programm wie dem Hamburger Modell, haben aber den ganzen Rest vernachlässigt. Und bei dem gesamten Rest hat sich jetzt noch einmal offenbart, dass in dieser Großstadt 50 000 weitere Menschen nicht in der Lage sind, von ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten her sofort einen Job im Ersten Arbeitsmarkt zu finden, aber vielleicht mit der notwendigen Unterstützung und Begleitung einmal dorthin gebracht werden können. Diese notwendige Unterstützung und Begleitung haben Sie in den letzten Jahren um 50 Millionen gekürzt.

Jetzt betreiben Sie mit viel Mühe – das soll der letzte Punkt sein, es ist ein kleiner Exkurs, aber er führt genau zum Kernproblem – ein Hamburger Job-Center, eine ARGE. Die Anhörung hat leider gezeigt, dass Sie auch hier keinen wirklichen Plan haben, wie Sie mit diesem schwierigen Personenkreis, den die ARGE betreuen soll, umgehen und ihm helfen können. Es fehlt an Personal, es gibt kein klares Betreuungs- und Beratungskonzept, kein Fallmanagement. Es dauert Monate, bis man sich überhaupt einmal einigt, nach welchem Konzept man denn arbeiten könnte. Im Juni war es noch nicht so weit und das Kernstück der Reform ist eigentlich, dass mit Fallmanagement den Menschen geholfen werden soll.

Einer so neuen und schwierigen Organisation wie der ARGE mit künftig 1498 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen fehlt die Fokussierung auf eine Kernkompetenz. Man kann nicht sofort alles können, also muss man gucken, was man schnell erreichen kann und wo man sich Dienstleistungen auf dem Markt hinzukaufen muss. Das haben Sie im Augenblick noch nicht richtig bewerkstelligt. Sie machen zusammen mit der Bundesagentur Ausschreibungen, die mal hier, mal da Leistungen für ein halbes Jahr einkaufen, die von den Leistungserbringern unglaublich schwer zu erbringen sind, die aber immer damit rechnen müssen, dass ihnen nach einem halben Jahr wieder gekündigt wird und sie im Ergebnis überhaupt keine Kompetenzen in ihrem Feld mit aufbauen können.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Haben Sie schon mal etwas von Herrn Clement gehört?)

Die ARGE wird zu 50 Prozent in Hamburg betrieben und ein Geschäftsführer Bösenberg kann hier sehr wohl entscheiden, ob er zum Beispiel Fallmanagement anbietet und das mit seinen Leuten in Schulungen entsprechend in Angriff nimmt. Da muss er nicht immer nach Berlin gucken. Wir haben hier auch eine Verantwortung zu diesem Thema. Es fehlt ein klares Signal an den Dienstleistungsmarkt, was wir mit externem Sachverstand wollen und was wir selber können.

Das alles zeigt, dass Sie keinen Plan bei einem Thema haben, wo doch gerade die Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit besondere Mittel für die ARGE bereitgestellt hat, nämlich eine Betreuungsrelation von 1 : 75. Und wenn in Hamburg die Jugendarbeitslosigkeit mehr als bei anderen steigt, dann zeigt es, dass Sie im Augenblick nicht in der Lage sind, die Hamburger Job-Center und die ARGE vernünftig zu betreiben und die Möglichkeiten und Chancen, die die Bundesregierung Ihnen anhand gegeben hat, wirklich sinnvoll zu nutzen. Sie haben an dieser Stelle leider keinen Plan.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/2422, besprochen worden ist. Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung dieser Drucksache an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Wer möchte die Drucksache zusätzlich mitberatend an den Schulausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich rufe Punkt 21 auf, Drucksache 18/2476, Mitteilung des Senats: E-Government – Service für Bürger und Wirtschaft.

[Senatsmitteilung:
E-Government – Service für Bürger und Wirtschaft
– Drucksache 18/2476 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Herr van Vormizeele hat es.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Hinweis meines Fraktionsvorsitzenden, möglichst kurz zu reden, kann ich kaum nachvollziehen. Ich dachte eigentlich, das Thema E-Government würde hier die Gemüter so bewegen, dass wir stundenlang darüber debattieren können. Aber das will ich dann doch nicht tun und es kurz machen.

Wir haben heute die vierte Fortschreibung des E-Government-Aktionsplans vorliegen. Wir führen sozusagen als vorletzte Debatte eigentlich eine Fortführung dessen, was wir vorhin schon einmal gemacht haben, nämlich über Deregulierung zu reden. Deregulierung heißt, es für die Menschen im Alltagsleben in vielen Bereichen leichter und einfacher zu machen und genau das machen wir auch mit E-Government. Wir haben in den letzten Jahren erleben dürfen, dass sich unsere Gesellschaft in vielen Bereichen grundlegend verändert hat. Wir sind heute eine moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft und dazu gehört natürlich auch, dass nicht nur der einzelne Bürger seine Möglichkeiten der privaten Kommunikation wahrnimmt, dazu gehört auch, dass der Staat seine angebotene Serviceleistung bürgerfreundlich, schnell und einfach gestaltet. Das tut dieser Senat seit 2002 konsequent. Wir haben in den letzten Jahren eine Vielzahl von großen und wichtigen Projekten für den Bürger auf den Weg gebracht und mit dieser vierten Fortschreibung zeigen wir erneut, wie weit wir gekommen sind und wo es in den nächsten Monaten und Jahren hingehen soll.

Ich will jetzt nicht anfangen, 36 Seiten kleinbedruckte Drucksache vorzutragen, obwohl viele Projekte es wirklich verdient hätten, dass man einmal über sie spricht. Ich will nur deutlich machen, in welchen großen wichtigen Bereichen wir heute vorangekommen sind. Hamburg ist bundesweit mit seinen Projekten Spitze. Wir haben mit unserem HamburgGateway in vielen Bereichen Neuland erschlossen, wir sind so weit, dass wir mit dem HamburgGateway von vielen anderen Bundesländern neidisch betrachtet werden. Es gibt andere Bundesländer, die heute in Hamburg anklopfen und an unserem Erfahrungsschatz partizipieren wollen und es ist schön und gut, dass unsere Verwaltung diesen Erfahrungsschatz auch weitergibt.

Wir haben einen wichtigen und auch innovativ fördernden Schritt vollzogen, indem wir gemeinsam mit unseren nördlichen Nachbarn Dataport gegründet haben, unsere Servicedienstleistungseinrichtung für den modernen Informationsbereich. Was heute Dataport nicht nur in Hamburg und Schleswig-Holstein, sondern auch für andere Bundesländer bereits leistet, kann man Tag für Tag an den Projekten, die wir haben, ablesen.

Ich will noch einmal an ganz wenigen Beispielen deutlich machen, was wir schon erreicht haben und beispielhaft für vieles die elektronische Melderegisterauskunft nennen. Über 800 000 Menschen haben die elektronische Melderegisterauskunft bereits benutzt. Wir haben mit dem HamburgGateway und dem damit verbundenen Internetportal hamburg.de bundesweit die am dritthäufigsten besuchte Seite und wir haben eine ganze Reihe von vielen anderen Dingen, die ich nur einmal aufzählen will, geschaffen.

Ich nenne beispielhaft das Mahnverfahren im Amtsgericht, die Grundbucheinsicht, die Bauleitplanung im Beteiligungsverfahren, das Bauantragsverfahren. Das Melde- und Passwesen ist bereits elektronisch bereitgestellt. Sie sehen daran, dass wir sehr viele Serviceleistungen, für die der Bürger sonst lange Zeit auf Ämtern zubringen musste, heute im elektronischen Angebot haben und wir werden in vielen Bereichen auch noch voranschreiten.

Ein Bereich, den Hamburg in den letzten Monaten bereits angegangen ist und der in den nächsten Jahren für uns alle wichtiger werden wird, ist dabei nicht nur die Bereitstellung von Serviceeinheiten, von einfachen Verwaltungsdienstleistungen, sondern auch das HamburgGateway wird wichtiger werden, wenn es darum geht, Bürgerbeteiligungen darzustellen. Ich habe eben schon das positiv verlaufende Probeverfahren für die Bauleitplanung genannt. Wir werden mehr und mehr Diskussionsprozesse, die auch uns Politiker angehen, die wir wahrnehmen müssen, auch mit dem Bürger über das HamburgGateway führen dürfen. Wir werden mehr und mehr Prozesse dieser Art bekommen und ich glaube, diese Entwicklung ist richtig und gut.

Für meine Fraktion will ich hier offen und gerne bekennen, dass wir den Senat in dem forschen und energischen Vorangehen auf diesem Weg beim E-Government unterstützen. Hamburg ist dort Spitze und wir sind fest davon überzeugt, dass Hamburg auch Spitze bleiben wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Riecken.

Jan Peter Riecken SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vormizeele, wir sind uns in vielen Dingen einig und deshalb verzichte ich auf eine allgemeine Einleitung, wie toll das alles sei. Aber eines möchte ich doch sagen: E-Government hat nicht 2002 in dieser Stadt begonnen, wie es hier steht,

E-Government ist ein bisschen älter und die Strategie IuK-gestützter Servicedienstleistungen für die Bürger, für die Wirtschaft und die Verwaltung dieser Stadt ist deutlich älter und dies hat der rotgrüne Senat eingeführt; ein bisschen ehrlich muss man schon sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen natürlich die Kooperation – das waren auch immer die SPD-Positionen im Unterausschuss IuK – mit anderen Bundesländern. Das haben wir mit Schleswig-Holstein angefangen und Dataport ist nur eine Weiterentwicklung. Trotzdem ist es gut und wir stehen dahinter, dass es passiert und wir finden es auch gut, dass andere Bundesländer mit ins Boot genommen werden. Da muss man auch nicht sagen, die anderen sind neidisch oder so. Hamburg ist führend, das ist gut so, wir nehmen die anderen mit, das ist auch gut so, denn die Kostensenkungen kommen uns auch wieder zugute.

Bürgerservice ist wichtig, aber es ist ein ganzes Sammelsurium von Maßnahmen drin, was kurzfristig, mittelfristig und langfristig kommen solle. Das ist alles weder konkret noch stehen Zahlen drin und deshalb fordern wir auch die Überweisung an den Haushaltsausschuss. Wir wollen Butter bei di Fische. Es muss klar und konkret sein, was die Maßnahme kostet und was sie bringt, denn in Wahrheit brauchen wir das Geld, das hier ausgegeben wird, vielleicht ganz dringend an anderer Stelle; die heutige Debatte zur Schulpolitik hat es zum Beispiel gezeigt.

Wir wollen, dass es weitergeht, dass es für die Bevölkerung messbare Ergebnisse gibt. Wir wollen die Details im Haushaltsausschuss beziehungsweise im Unterausschuss besprechen und wir sind an Ihrer Seite, wenn es um Verbesserungen sowohl für die Verwaltung als auch für die Wirtschaft und für die Bürger geht. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort erhält jetzt Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man sich die 38 Seiten angeschaut hat, dann wünscht sich meine Fraktion, dass wir in dieser Art vom Senat Auskünfte auch in anderen Bereichen bekommen würden.

Aber gut, nun haben wir die Drucksache über die Fortschreibung des E-Government-Programms des Senats vorliegen und ich will mich auf die Themen beschränken, die hier vor allen Dingen politisch sind. Wir brauchen nicht darüber zu streiten, dass E-Government sicherlich eine wichtige Sache ist und Hamburg als Medienstadt da nicht zurückstehen darf. Aber es gibt schon Fragen, die hier nicht auftauchen, die uns im Parlament aber zu interessieren haben.

Bei der zunehmenden Digitalisierung unserer Verwaltung werden wir mehr und mehr abhängig von einem Monopolisten, der Microsoft heißt. Darüber wird in dieser Drucksache überhaupt nicht gesprochen. Das heißt, wenn wir irgendwann einmal vollkommen digitalisiert sind, werden wir in der Hand dieses riesigen Konzerns sein. Schon jetzt laufen bei mir allein einmal pro Woche Beschwerden auf, dass Menschen in dieser Stadt, die nicht mit Microsoft arbeiten, sondern zum Beispiel mit Apple, was viele Kreative in Hamburg tun, Schwierigkeiten haben, darüber ihre Einkommensteuererklärung abzugeben, denn das geht einfach nicht. Die Frage ist: Was bedeutet die Digitalisierung der Hamburger Verwaltung in Bezug auf ein Unternehmen, von dem wir abhängig werden? Darauf gibt der Senat keine Antwort.

Die nächste Frage, die ich mir gestellt habe, taucht ansatzweise, aber etwas hilflos, im Bericht des Senats auf. Man muss auch ein bisschen Werbung machen bei den Menschen, damit sie diese Vielzahl an Angeboten auch wahrnehmen. Und warum das aus meiner Sicht eine sehr oberflächliche Betrachtung ist, was hier angedeutet wird, will ich Ihnen gern sagen. Es ist das erste Mal, dass wir hier darüber reden, das Stichwort heißt digitale Spaltung.

Es ist allgemein bekannt, dass wir zwar inzwischen eine sehr große Zahl an Internetanschlüssen in dieser Stadt und im ganzen Land haben, aber dass es natürlich sehr viele Menschen in Hamburg gibt, die keinen Internetanschluss haben oder die nicht so recht wissen, wie das eine oder andere funktioniert. Und wenn man sich dann die Zahlen in der Drucksache anguckt, die vom Senat natürlich als großen Erfolg dargestellt werden, dass 22 000 Bürger registriert seien, dann ist das bei 1,7 Millionen Einwohnern ja nicht viel. Selbst wenn man 1,2 Millionen, also alle Personen ab 18 Jahren, sozusagen ins Verhältnis setzt, haben wir noch einen langen Weg vor uns und wir haben noch nicht wirklich beantwortet, wie wir die Menschen dazu bringen können – und bringen nicht nur im Sinne von Werben, sondern auch im Sinne von Befähigen –, diese Angebote auch zu nutzen. Dazu gibt es kein einziges Wort in der Drucksache. Das ist eine Sache, die uns im Parlament beschäftigen muss. Wir wissen um die Gruppen, das sind insbesondere die älteren Bürgerinnen und Bürger in Hamburg, es sind aber auch die Menschen mit einem etwas schwierigeren Bildungshintergrund. Auch da gibt es immer noch Berührungsängste beim Thema Internet und Digitalisierung. Wenn wir aber nicht wollen, dass diese Menschen in Zukunft ausgegrenzt werden, dann müssen wir uns etwas einfallen lassen. Aber auch davon habe ich in der Drucksache nichts gelesen.

Das nächste Thema, was letztlich die Konsequenz einer digitalisierten Verwaltung bedeutet, ist die digitale Unterschrift. Die wird zwar einmal kurz erwähnt und es ist auch technisch völlig klar, dass es da noch nicht die letzte technische Version gibt, bei der wir alle hurra schreien würden, weil es natürlich auch eine Kostenfrage ist. Aber wenn wir es in dieser Stadt wirklich ernst meinen mit E-Government, dann muss es ein Programm des Senats geben, das jedem Bürger und jeder Bürgerin den Zugang zu einer digitalen Unterschrift ermöglicht, und zwar zu einem annehmbaren Preis. Davon habe ich hier auch noch nichts gehört.

Der letzte Punkt, der von Herrn Vormizeele auch erwähnt worden ist, ist die Bürgerbeteiligung, zuletzt hier bei einem Antrag zum Haushalt angesprochen. Wir haben schon beim letzten Fortschrittsbericht festgestellt, dass die Bürgerbeteiligung im Netz eine zwiespältige Sache ist. Sie muss moderiert werden und sie muss vor allen Dingen für die Menschen, die nachher in die Diskussion einsteigen, in den Ergebnissen nachvollziehbar sein. Auch hier hat es gerade beim Thema "Wachsende Stadt" Defizite gegeben. Da wurden Projekte ausgewählt, aber die Diskussion, die vorher stattgefunden hat, war nicht mehr dokumentiert und das geht aus meiner Sicht so nicht. Das müssen wir anders machen, wenn man Bürgerbeteiligung ernst nimmt.

Und wenn man Bürgerbeteiligung weiter ernst nehmen will, müssen wir natürlich darüber nachdenken, wie wir die Repräsentanz hinbekommen, gerade wenn wir von der digitalen Spaltung sprechen. Das heißt, welche Bürger nutzen denn überhaupt die Bürgerbeteiligung im Internet? Haben wir da eigentlich Diskussionen, von denen wir annehmen können, dass es relevante Diskussionen in dieser Stadt sind? Ich habe da momentan noch meine Zweifel. Darüber muss auch nachgedacht werden, sonst haben wir sehr viele virtuelle Communities auf hamburg.de, das mag auch sehr gut sein, aber wir haben auch nicht nur annähernd einen Eindruck, was die Menschen in dieser Stadt tatsächlich beschäftigt. Da habe ich bisher beim Senat kein Konzept erkennen können. Das muss uns als Abgeordnete beschäftigen und ich würde mich sehr freuen, wenn wir im Ausschuss darüber weiter beraten würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Gesine Dräger und Dr. Andrea Hilgers, beide SPD*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und komme zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/2476 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit erfolgt.

Ich rufe Punkt 35 auf, Drucksache 18/2582: Bericht des Rechtsausschusses zum Bericht der Sonderkommission zur Überprüfung der Hamburger Justizvollzugsanstalten.

[Bericht des Rechtsausschusses über das Thema Bericht der Sonderkommission zur Überprüfung der Hamburger Justizvollzugsanstalten (Selbstbefassungsangelegenheit) – Drucksache 18/2582 –]

Diesen Bericht möchte die SPD-Fraktion an den Rechtsausschuss zurücküberweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu später Stunde …

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Es ist noch keine acht Uhr!)

– Ja, aber manche sind doch schon ein bisschen in die Unterhaltung vertieft. Aber ich werde versuchen, noch einmal die Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken und die Präsidentin hilft mir auch.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Lassen Sie uns das in Ruhe zu Ende bringen mit viel Aufmerksamkeit und Konzentration auf dieses Thema. Das ist auch nicht ganz unwichtig für Hamburg.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Ohne Rudelbildung!)

Dr. Andreas Dressel (fortfahrend): Die Sicherheit in den Hamburger Strafvollzugsanstalten ist ein Dauerbrenner in diesem Hause und im Rechtsausschuss mit einem Justizsenator, der mit seinem Umsteuern vom Behandlungsvollzug zum Verwahrvollzug konsequent das Strafvollzugsgesetz missachtet hat, was nicht nur die böse Opposition so sieht, sondern zunehmend auch die Hamburger Gerichtsbarkeit, und mit einem Justizsenator, der sich selber einen Sicherheitsgaranten nennt, aber immer mehr zum Sicherheitsrisiko für den Strafvollzug und seine Mitarbeiter wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wer erinnert sich nicht an die Berichte über den Weglaufknast in Billwerder, an die Flucht in der Mülltonne, den Gefangenen, der mit EC-Karte mal eben das Weite sucht, um seine Geldstrafe zu berappen und sich freizukaufen? Wer erinnert sich nicht an die Berichte über leere Wachtürme in Vierlande, wo dann, als Bürgerschaftsabgeordnete zu Besuch kamen, mal schnell alle Mann an Deck waren? Das waren aber nur wenige Schlaglichter, die Wahrheit ist für den Justizsenator noch ungemütlicher.

Die Wahrheit ist zu lesen im so genannten Sicherheitsbericht der Justizbehörde, verfasst im letzten Jahr, und in den ausführlichen Begleitakten hierzu. Um diesen Sicherheitsbericht hat sich ein einjähriger Streit in diesem Hause entzündet, dessen klägliches Ergebnis Sie in der heute vorliegenden Drucksache ersehen können. Man kann es so zusammenfassen: Der Justizsenator hat fast ein ganzes Jahr versucht, mit Tarnen, Tricksen und Täuschen das Parlament und die Hamburger Öffentlichkeit in Sachen Sicherheit des hamburgischen Strafvollzugs hinters Licht zu führen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein knappes Jahr haben Sie versucht, die Aufklärung Ihrer Sicherheitslücken zu verhindern, haben das vermeintliche Staatswohl bemüht, um Akten nicht herausgeben zu müssen, haben die Abgeordneten in ihrer Aufklärungsarbeit behindert und schikaniert. Und was ist die Begründung für diese Verschleierungspolitik? Zitat:

"Ich denke nicht daran, den Häftlingen Gebrauchsanweisungen für Ausbrüche zu geben."

Das haben Sie, Herr Kusch, in der "Bild"-Zeitung am 19. Januar dieses Jahres erklärt.

Das markiert schon einen Tiefpunkt des Umgangs des Senats mit der Hamburgischen Bürgerschaft, denn Sie unterstellen den Abgeordneten, die Aufklärungsarbeit in Sachen Vollzugssicherheit zu einer organisierten Fluchthilfe für Gefangene ausarten zu lassen; das ist eine bodenlose Frechheit.

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Das ist noch harmlos formuliert!)

Dafür sollten Sie sich schämen, Herr Senator, und ich erwarte, dass Sie sich hier und heute dafür entschuldigen.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Fraktion hat sich hierbei auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert, sondern mal wieder in ihrer bewährten Rolle als Ja-Sager und Abnicker diesen Vertuschungskurs bestätigt. Im Ausschussbericht steht es schwarz auf weiß, auch ein wirklich spannendes Zitat:

"Die CDU wünsche keine Dauerkontrolle des Hamburger Strafvollzugs …".

Parlamentarische Gepflogenheiten, laufende Beratungen angemessen fortzusetzen, kennen Sie leider auch nicht mehr. Sie haben sich vollends als Erfüllungsgehilfe des Justizsenators bei der Demontage parlamentarischer Rechte betätigt und das sollte Sie wirklich nachdenklich stimmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Inhaltlich ist der Sicherheitsbericht – da verrate ich kein Geheimnis, – vor allem ein Dokument der Hilflosigkeit des Justizsenators. Die Veröffentlichung des Berichts hätte keineswegs das Staatswohl gefährdet, wohl aber Ihren Sessel als Justizsenator.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Durch diesen Bericht wird ganz klar, dass zum Beispiel die überstürzte Umplanung von Billwerder auf Kosten der Sicherheit geht. Und dass der angebliche Superknast – das hat auch eine Anfrage der Kollegin Dräger ergeben – gar nicht so super ist, sondern vor Baumängeln nur so strotzt, ist mittlerweile auch klar.

Ansonsten bleiben viele Fragen, denen Sie nicht ausweichen können. Dabei schrecken Sie, Herr Senator, auch nicht davor zurück, die Verfassung zu missachten, um vom eigenen Versagen abzulenken, so geschehen übrigens bei einer Kleinen Anfrage. Ich danke deshalb ausdrücklich dem Präsidenten dieses Hauses, der gerade nicht da ist – aber das möchte ich an dieser Stelle deutlich betonen –, dass er eine vertuschende Senatsantwort zum Einschleusen von Drogen in den Vollzug wegen Missachtung der verfassungsrechtlichen Antwortpflicht dem Senat zur erneuten Beantwortung zurücküberwiesen hat. Immerhin hat es von da Schützenhilfe gegeben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Uwe Grund SPD*: Ein Armutszeugnis!)

Herr Kusch, die Öffentlichkeit will zum Beispiel wissen, wie und wann Sie die bekannten baulichen Mängel in den Justizvollzugsanstalten abstellen werden, wie und wann Sie die Transportrisiken zum Beispiel von Häftlingen in die Hamburger Außengerichte mittels Taxis

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Mit Kindersicherung!)

– das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – in den Griff bekommen wollen, wie und wann Sie abgängige und störanfällige Sicherheitstechnik in den Anstalten ersetzen wollen und wie es um die durchgehende Besetzung von Wachtürmen in den Anstalten bestellt ist.

Deshalb noch einmal unsere Aufforderung: Legen Sie die Karten auf den Tisch und sagen Sie dem Parlament und der Hamburger Öffentlichkeit die Wahrheit über die Sicherheitslage im Vollzug. Wir geben Ihnen heute hierzu eine weitere Chance. Mit der Rücküberweisung an den Rechtsausschuss können wir dort auch in einer nichtöffentlichen Sitzung die Beratungen fortsetzen, damit alle Fragen geklärt werden können.

Ich fordere Sie dringend auf, sich nicht diesem Kurs zu verweigern. Auch Sie können kein Interesse daran haben, dass an weiteren Beweisen gearbeitet wird, dass es hier nur um die Vertuschung geht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Frau Spethmann.

(*Uwe Grund SPD*: Alles ist gut! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Alles ist super!)

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum von Ihnen monierten Verfahren: Die Opposition hat die Diskussion um den Sicherheitsbericht extrem in die Länge gezogen, und zwar nicht nur durch monatelange Verzögerungen im Rechtsausschuss, sondern auch dadurch, dass teilweise von Ihnen Punkte angesprochen worden sind, die längst obsolet sind, zum Beispiel die Sicherheitstechnik der Justizvollzugsanstalt Vierlande. Die Anstalt wird eh geschlossen, wollen Sie da noch 100 000 Euro in eine Anstalt investieren, die eh geschlossen wird; das ist lächerlich.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Darum geht es doch gar nicht!)

Wir haben uns an diversen Terminen mit dem Sicherheitsbericht beschäftigt; ich lese Sie Ihnen einmal vor: 11. Januar, 9. Februar, 1. März, 20. April, 31. Mai, 28. Juni.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie haben nur über Formalien geredet!)

Deputierte und Abgeordnete haben am 21. Januar, 26. Januar, 21. Februar, 25. Februar und am 28. Juni Akteneinsicht genommen. Sie reden von mangelnder parlamentarischer Kontrolle, Sie hatten hier genug Möglichkeiten.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Woher wissen Sie das?)

– Das ist in der Bürgerschaftskanzlei notiert, Herr Neumann. Ich habe kein Herrschaftswissen, das sind Akten, die hier vorgelegt worden sind. Das stand alles in dem Bericht, Sie konnten das bei der Akteneinsicht ersehen.

Sie wollten eine Dauerkontrolle des Strafvollzugs. Eine Dauerkontrolle gibt es für Parlamentarier nicht, dazu stehe ich auch. Sie können Einzelkontrollen machen, Sie können aber keine Dauerkontrolle machen. Wir können uns doch nicht die nächsten drei Jahre monatlich über den Strafvollzug unterhalten.

(Zurufe von der SPD)

Das wollen wir nicht und Sie missbrauchen parlamentarische Rechte, wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Aber nun zum eigentlichen Thema, zur Gefängnissicherheit; immerhin haben Sie sich dazu auch geäußert. Hamburgs Gefängnisse sind sicher, das kann ich an vielen Beispielen belegen.

Erstens: Die Strukturen und Kapazitäten wurden verbessert. Die neue Justizvollzugsanstalt Billwerder ist mit fast 800 Haftplätzen im geschlossenen Vollzug neu geschaffen worden.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Sie hatten stattdessen einen offenen Vollzug geplant, ein völliges Versagen von Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

In der berüchtigten Haftanstalt Santa Fu findet ein gradliniger Kurswechsel statt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie bewegen sich auf einem dünnen Grat!)

Ein Stationsvollzug führt zu mehr Sicherheit und es ist kein allgemein offenes Haus wie früher. Es war fahrlässig, was Sie in der großen Anstalt gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Die Konzentration der Anstalten von zwölf auf fünf Standorte ist ein ganz wichtiger Punkt, der zu mehr Übersichtlichkeit und Kontrolle der Haftanstalten führt. Sie haben gesagt, das sei nicht machbar – ein Versagen Ihrer alten Regierung.

Zweitens: Vollzugslockerungen. Durch unsere Regierung hat es einen Rückgang von Urlaubsgewährungen im Jahr 2001 von 17 000 – das muss man sich einmal anhören – auf 8600 im Jahr 2004 gegeben. Es hat einen Rückgang der Ausgangsgewährungen von 22 387 auf 14 000 gegeben. Man stelle sich bitte einmal vor, da sitzt jemand in Haft und bekommt eine Ausgangsgewährung, gerade das, was wir nicht wollen. Wir wollen nicht, dass die draußen herumlaufen.

(Zurufe von der SPD: Regen Sie sich nicht so auf!)

Drittens: Die außerordentlichen Vorkommnisse in den Haftanstalten sind über die Hälfte reduziert worden; ich nenne einige Beispiele.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Das sind doch alles bekannte Themen, Sie ziehen das immer wieder hoch.

Hungerstreik: In den Jahren 1999 bis 2001 gab es unter Rotgrün 172 Hungerstreiks, in den Jahren 2002 bis 2004 nur 75, also minus 56 Prozent. Das zeigt doch, dass auch bei den Gefangenen weniger Bedarf war. Oder Gewalt unter Gefangenen. In den Jahren 1999 bis 2001 gab es 326 Vorkommnisse, 2002 bis 2004, unter CDU-Regierung, 195, minus 40 Prozent. Da sprechen Sie von Gefährdung im Strafvollzug, wenn es 40 Prozent weniger Gewalt unter Gefangenen gibt.

(Beifall bei der CDU)

Aber jetzt der allerschönste Punkt, die Entweichungen. In den Jahren 1999 bis 2001 gab es 220 Entweichungen, in unserer Regierungszeit 103 für den gleichen Zeitraum, also 53 Prozent weniger; man höre und staune. 53 Prozent weniger Entweichungen unter CDU-Regierung ist Sicherheit und nicht das, was Sie hier behaupten.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Sicherheitsproblem, das Telefonieren aus den Haftanstalten. Unter Rotgrün war es, einzigartig in der Bundesrepublik, möglich, ungeregelt und unkontrolliert von jeder Telefonzelle – man bedenke und staune, auf jedem Flur gab es Telefonzellen – mit einer Telefonkarte nach draußen zu telefonieren, die von draußen aufgeladen werden konnte; ein Skandal. Die neuen Regelungen für das Telefonieren dienen der Sicherheit. Maximal zwölf Stunden im Monat darf ein Gefangener telefonieren für maximal 100 Euro; das mag für manche Privatpersonen immer noch viel sein. Telefonieren ist nur von der eigenen Station aus möglich und es gibt gesperrte Listen. Die Opfer dürfen zum Beispiel nicht angerufen werden, es dürfen nur Familienangehörige angerufen werden aus reinen Resozialisierungsgründen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Oh, Sie haben das Wort in den Mund genommen! Das ist ja erstaunlich!)

Da sprechen Sie von mangelnder Sicherheit, nichts da.

(Beifall bei der CDU)

Thema Jugendarrest: Früher wurden Jugendliche gar nicht zum Jugendarrest vorgeladen. Der Sanktionscharakter ist nun tatsächlich auch eingeführt worden, die müssen antreten; das ist auch ein Sicherheitsaspekt. Die laufen nicht mehr herum, sondern werden viel früher an die Konsequenzen gewöhnt.

All diese Maßnahmen haben zu einem Mehr an Sicherheit geführt. Die Sicherheit des Strafvollzugs ist bei uns in guten Händen und lassen Sie die Angstmacherei, die Sie hier betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen werden wir Ihren Antrag auf Rücküberweisung an den Rechtsausschuss nicht annehmen, denn genug ist genug und wir machen da nicht mehr mit. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Spethmann, was Sie in dieser Angelegenheit im Rechtsausschuss abgeliefert haben, ist wirklich eine Karikatur dessen, was sich ein Abgeordneter gegenüber der Regierung leisten sollte.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie hier davon reden, Sie wollten keine Dauerkontrolle, dann kann ich wirklich nur darüber lachen, denn Sie haben sich dagegen verweigert, dass dieser Bericht, der aufgrund der beispiellosen Ausbruchsserie gefertigt worden ist, an dieser einen Stelle durchgesehen wird. Das wäre zumindest eine punktuelle Kontrolle gewesen. Darauf haben Sie sich aber nicht eingelassen. Sie wollten das nie und wir mussten uns als Oppositionsfraktion jeden kleinen Schritt mühselig und mit großem Aufwand erkämpfen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wo waren Sie da die ganze Zeit!)

Es ist wirklich ein Hohn, wenn Sie jetzt davon reden, das sei eine Dauerkontrolle. Es ist höchstens eine dauerhafte Angelegenheit gewesen, diese punktuelle Kontrolle, die aufgrund dieser Ausbruchsserie wirklich geboten war, wirksam durchzusetzen.

Wir haben eine interessante Akteneinsicht in zwei Stufen erlebt. In positiver Erinnerung habe ich noch die Einsichtnahme des Sicherheitsberichts in den Räumen des Staatsrats. In diesem Fall muss man den Senat loben, hier wurde zumindest das Lesen dieses Sicherheitsberichts von den äußeren Bedingungen her sehr angenehm gemacht. Dafür danke ich Herrn Lüdemann noch einmal ausdrücklich. Wir konnten dann schon einmal erste Erkenntnisse gewinnen, indem wir den Sicherheitsbericht zumindest selber einsehen konnten.

Wir hatten im Rahmen der Akteneinsicht beantragt, dass wir sowohl den Sicherheitsbericht sehen als auch die Vorgänge und die Akten, die bei dessen Erstellung zusammengetragen worden sind. Auch im Hinblick auf die Konsequenzen wollten wir Einsicht haben.

Wir haben bei dieser Gelegenheit zunächst nur den Bericht bekommen. Das war natürlich ziemlich unbefriedigend, aber wir konnten schon ein paar Punkte erkennen. Wir konnten feststellen, dass es im Hamburger Strafvollzug, Stand zweites Quartal 2004, also fast drei Jahre nach Antritt des jetzigen Justizsenators, ganz erhebliche Sicherheitsmängel im Hamburger Strafvollzug gegeben hat. Es gab eine Liste, auf der erhebliche Sicherheitsmängel aufgeführt wurden, aufgrund derer die Gefahr bestand, dass Ausbrüche passieren oder Straftaten innerhalb des Strafvollzugs begünstigt werden könnten. Diesen Stand konnten wir schon einmal feststellen.

Deswegen ist die Aussage absolut richtig, dass durch die Einsichtnahme der Abgeordneten die Sicherheit der Hamburger Bevölkerung nicht gefährdet war, sondern nur die Haltbarkeit des angeklebten Etiketts des Garanten der Sicherheit im Hamburger Strafvollzug, dieses Justizsenators.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben in der Diskussion um diesen Sicherheitsbericht nicht locker gelassen. Es gab sehr sonderbare Vorgänge. Dass sich die CDU-Fraktion dazu hergegeben hat, dass sich ihre Abgeordneten ihre eigene Rolle haben so klein machen lassen, ist kein Ruhmesblatt für ihre parlamentarische Arbeit.

(*Uwe Grund SPD*: Das ist beschämend!)

Ich erinnere dabei – das ist die Erklärung dafür, warum wir uns so oft und so lange mit diesem Sicherheitsbericht auseinander setzen mussten – an die Situation, in der wir den Sicherheitsbericht, den wir alle im Rechtsausschuss gelesen hatten, im Hinblick auf die Konsequenzen und die möglicherweise zwischenzeitlich ergriffenen Abhilfemaßnahmen beraten und durchgehen wollten. Dann wurde uns gesagt, die Gesetzbücher dürften nicht auf dem Tisch liegen, wenn gleichzeitig der Sicherheitsbericht ausliegt.

Dieses Anliegen hatte ich, weil im Sicherheitsbericht mehrfach auf das Strafvollzugsgesetz verwiesen wurde. Noch einmal in das Buch hineinzugucken, wäre sicherlich nicht verkehrt gewesen, damit man zumindest weiß, auf welcher Basis Strafvollzug stattzufinden hat.

Dass das die CDU nicht so stark interessiert, wissen wir, sie tritt das Strafvollzugsgesetz regelmäßig mit Füßen. Wir haben den Anspruch – den haben wir uns auch nicht abkaufen lassen –, dass wir eine vernünftige Kontrolle auf der Grundlage der für uns maßgeblichen Gesetze vornehmen. Dazu gehört natürlich auch, dass man seine wichtigsten Arbeitsmaterialen mitnehmen kann. Auf dieses alberne Verfahren haben wir uns deswegen nicht eingelassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es kam dann die zweite Stufe der Akteneinsicht, die noch mehr Erkenntnisse erbracht hat. Es stellte sich die Frage, nachdem wir sehen konnten, dass es erhebliche Sicherheitsmängel gibt, was eigentlich vorher gemacht worden ist, um diese Sicherheitsmängel abzustellen. Es gab sehr interessante Vorgänge, beispielsweise wurde ein Sicherheitsmangel ungefähr zwei Monate vor der Bürgerschaftswahl 2001 erstmals aktenkundig gemacht. Wie das so ist, wurde von den zuständigen Mitarbeitern ein konkreter Abhilfevorschlag gemacht. Es ging um eine bauliche Maßnahme. Es wurde ein Kostenvoranschlag eingeholt und alles ging seinen normalen Gang. Dann kam die Bürgerschaftswahl dazwischen und der Justizsenator schrieb – das kann man aus der Akte sehen –: Für diese Maßnahme ist leider kein Geld da. Wir müssen erst einmal den miesen baulichen Zustand in der Untersuchungshaft beheben und erst dann können wir diese baulichen Probleme beheben.

Wir haben gesehen, dass 2004 immer noch die gleichen Mängel bestanden – drei Jahre lang war Zeit – und die Sanierung der Untersuchungshaftanstalt zwischenzeitlich nicht erfolgt ist. Hier wurden Sicherheitsmängel auf die lange Bank geschoben und das auch noch mit vorgeschobenen Begründungen.

Welcher politische Kern steckt eigentlich darin? Frau Spethmann hat es schon deutlich gemacht, indem Sie sagte, Urlaubsgewährung und Ausgangsgewährung seien grundsätzlich von Übel und gehörten abgeschafft. Das ist genau der Punkt. Mit seinem Gerede, er würde für Sicherheit sorgen, hat Senator Kusch eine ganze Menge Maßnahmen begründet, die nicht nachweisbar zu mehr Sicherheit, sondern die bei den Gefangenen zu einer ganzen Menge Einschränkungen bei Maßnahmen geführt haben, die zur Resozialisierung absolut notwendig sind. Diese Einschränkungen wurden mit angeblichem Sicherheitsgewinn begründet. Den gab es aber nicht. Im Gegenteil. Es kommt heute viel häufiger als früher vor, dass Gefangene ohne jegliche Vorbereitung, mit der Plastiktüte in der Hand vor die Tür geschickt werden und ihnen gesagt wird: Guck, wo du bleibst. Wenn Sie sagen, das sei nicht mehr Ihr Problem, dann antworte ich Ihnen, Sie haben einen verkürzten Sicherheitsbegriff.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Mir ist wichtig, dass die Gefangenen nach ihrer Entlassung keine neuen Straftaten begehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dem können wir nur entgegenwirken, wenn wir alles tun, damit Resozialisierung klappt.

Es gibt aus den letzten Monaten ungeheuerliche Beispiele. Strafgefangene, die in wenigen Wochen entlassen werden sollten und sich um einen Job bewerben wollten, wurden in Fußfesseln vorgeführt. Es wird gesagt, das ginge nicht anders. Das Ergebnis ist klar, diejenigen bekommen keinen Job und stehen dann ohne irgendetwas auf der Straße.

(*Viviane Spethmann CDU*: Einzelfälle!)

– Einzelfälle?

Diese Fälle sind sehr häufig geschildert worden, sie basieren auch auf der grundsätzlichen Anweisung, dass in solchen Fällen nur gefesselt ausgeführt werden darf. Das ist eine bewusste Entscheidung, die natürlich von der Behördenspitze so mitgetragen und auch so nach unten durchgereicht worden ist.

Ich muss auf den letzten Punkt zu sprechen kommen, der eines meiner Herzensanliegen ist, und zwar, was Sie mit der Sozialtherapie angerichtet haben. Sie haben mit vorgeschobenen Begründungen im Hinblick auf angebliche Sicherheitsgewinne die praktische Zerschlagung der erfolgreichen Struktur der Sozialtherapie durchgesetzt. Das ist ein großer Anschlag auf Hamburgs Sicherheit,

A weil dadurch die Resozialisierung der Strafgefangenen erheblich erschwert wird. C

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

(*Michael Neumann SPD*: Feige!)

Wer einer Rücküberweisung der Drucksache 18/2582 an den Rechtsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft den Bericht des Rechtsausschusses aus der Drucksache 18/2582 zur Kenntnis genommen hat.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Fangen Sie etwas Schönes mit dem Restabend an. Wir sehen uns morgen.

Schluss: 20.13 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

B ---

In dieser Sitzung war nicht anwesend: die Abgeordnete Dr. Natalie Hochheim. D